

AFRIKA-HAUS BERLIN seit 1993



AFRIKA MITTEN IN BERLIN ENTWICKLUNGSPOLITISCHER DISKURS IM AFRIKAHAUS 2015

Afrika-Haus Berlin, Bochumer Straße 25 10555 Berlin (Moabit / Mitte)

Tel./Fax: 030 – 392 20 10,

www.afrikahaus-berlin.de afrikahaus@t-online.de

Gefördert von Engagement Global (FEB) im Auftrag des BMZ

Inhalt

Über das Farafina e.V. Jahresheft	4
Über das Afrikahaus	5
Finissage: Ausstellung Begegnungen	6
Wachsende Anzahl Menschen auf der Flucht	7
Afrikanische Länder aus denen die Menschen nach Europa fliehen	8
Drittes Entwicklungspolitische Werkstattgespräch Fighting Poverty by Doing Business?	10
Das Unternehmen Organic Africa	11
Zum Weltagrarbericht: Wege aus der Hungerkrise	13
BERLINER AFRIKAKREIS: Nigeria and the Presidential Election	14
Nigeria nach den Wahlen	15
Von der Kolonialmetropole zur afropolitanen Weltstadt	16
Ausstellung im Afrikahaus: Kolonialspuren im Stadtbild Berlins	17
Berlin auf dem Weg zur afropolitanen Metropole?	18
Dokumentarfilm: Die Frauen sind hier – Die Casamance zwischen ländlichem Alltag, Klimawandel und Bürgerkrieg	20
Gemeinsam für Frieden in der Casamance — Interview mit Cathy Kopp	21
Informations- und Dialogveranstaltung des Fair-Band e.V.	22
Ausstellung: Bedeutende Frauen Afrikas	23
AU-DELA DE LA RAISON DANS L'HISTOIRE	24
Über Anton Wilhelm Amo	25
Filmpremiere: Ein gewöhnlicher Schultag	26
Filmabend: Le Capitaine Thomas Sankara	27
BERLINER AFRIKAKREIS: Between TTIP and EPAs – What Future for African trade and development?.....	28
Ausstellung im Afrika-Haus: GESCHICHTE(N) DER SCHULDENKRISE	30
Neue Schuldenkrisen in Subsahara-Afrika?	32
Podiumsgespräch: SCHULDENKRISE – WAS TUN?!.....	33
Viertes Entwicklungspolitisches Werkstattgespräch: Indigene Landbausysteme — Gefahr oder Chance für den Klimaschutz?	34
Kino für Moabit: TGV-EXPRESS - DER SCHNELLSTE BUS NACH CONAKRY	37
Erste Beninische Kulturwoche in Deutschland (BekuD 2015)	38
BERLINER AFRIKAKREIS: Die Krise in Libyen / The Libyan Crisis	40
Libyen – ein schizophrenes Land	41
Buchpräsentation: Blaue Dahlie, schwarzes Gold. Eine Reise durch Angola	42
Angola vor seinem „Arabischen Frühling“?	43
BERLINER AFRIKAKREIS: Fighting Boko Haram - War crimes and the Nigerian Military	44
Nigeria: Buharis Kampf gegen Boko Haram	45
BERLINER AFRIKAKREIS: South Africa – divided forever?.....	46
Wahlprozess und Menschenrechte im Tschad	48
Demokratisierungsprozess und zivilgesellschaftliche Partizipation in der Region der großen Seen	50
Zur Menschenrechtsslage in Burundi	51
BERLINER AFRIKAKREIS: Angola in der Krise.....	54
Berliner Entwicklungspolitische Bildungswoche (benbi)	56
Der Afrikanische Kontinent und seine Regionen	59

AFRIKA MITTEN IN BERLIN

ENTWICKLUNGSPOLITISCHER DISKURS IM AFRIKAHAUS

Was bedeutet eigentlich „Schwarzafrika“?	60
Afrikas Reichtümer entwickel(te)n Europa	61
Äthiopien - Entdeckungen am Horn von Afrika	62
Filmabend: Remembering – In Erinnerung an Kevin Carter (13.09.1960 – 27-07-1994)	63
Wie ist eine postkoloniale Arbeit für LSBTI möglich?	64
Menschenrechte für LGBTI-Menschen (am Beispiel Ugandas)	65
VR China - Afrika (1964 – 2014)	68
Afrika und China: Neokoloniale Bestrebungen oder Win-Win-Situation?	68
SICHERHEIT, DEMOKRATIE, ENTWICKLUNG Drei Säulen tragen Afrikas Zukunft!	70
Dr. Christopher Fomunyoh im Afrikahaus	71
Afrika und die Herausforderungen der Sicherheit, Entwicklung und Guten Regierungsführung —	
Die Berliner Rede von Dr. Christopher Fomunyoh, gehalten am 25. November 2015 im Afrika-Haus Berlin	72
Über den „Kameruner der Zukunft“	77
Filmvorführung: Capitaine Thomas Sankara	78
Thomas Sankara: der Che Guevara Afrikas?	79
Was können Akteure der afrikanischen Diaspora für eine gemeinsame Perspektive nachhaltiger Entwicklung leisten?... 80	
Sieben Thesen zum Beitrag der afrikanischen Diaspora zu einer nachhaltigen Entwicklung in Subsahara- Afrika	81
BERLINER AFRIKAKREIS: Nach der Klimakonferenz: Klimagerechtigkeit — afrikanische Perspektiven	87
Podiumsgespräch: Afrikanische Wege zur Geschlechtergerechtigkeit	90



Über das Farafina e.V. Jahresheft

AFRIKA MITTEN IN BERLIN 2015

Entwicklungspolitischer Diskurs im Afrikahaus

Im vorliegenden Jahresheft sind die Veranstaltungen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit dokumentiert, die 2015 im Afrikahaus stattgefunden haben.

Das schließt Aktivitäten externer Veranstalter ein, für die das Afrikahaus, bzw. dessen Trägerverein Farafina e.V. gegen Übernahme eines Mietanteils seine Infrastruktur, (Räumlichkeiten, Technik, Veranstaltungswerbung usw.) zur Verfügung gestellt hatte.

Bei einigen Aktivitäten, (wie in der Reihe BERLINER AFRIKAKREIS) war das Afrikahaus / Farafina e.V. Kooperationspartner. Hinzu kommen die eigenen Veranstaltungen unseres Jahresprogramms „AFRIKA MITTEN IN BERLIN 2015“, ergänzt durch Schüler*innen-Workshops, die der Verein im Rahmen der Berliner Entwicklungspolitischen Bildungswochen (benbi) unter der Regie von Kate e.V. im FEZ (Freizeit- und Erholungszentrum) in der Berliner Wuhlheide durchgeführt hatte.

Der Dokumentation der Ankündigungstexte folgt i.d.R. ein kurzer Veranstaltungs- und ein Hintergrundbericht zum Thema. Darunter sind eigene Beiträge der Veranstalter. Da diese oft viel Raum eingenommen haben, haben wir bei anderen Veranstaltungen darauf ganz verzichtet.

Die von Dr. Fomunyoh im Afrikahaus gehaltene *Berliner Rede* ist in voller Länge in der (von uns angefertigten) deutschen Übersetzung dokumentiert. Die Originalrede in englischer Sprache steht auf unserer Website als PDF zum Download bereit.

Die Rede Fomunyohs und die sich daran anschließende Diskussion war nicht nur ein Highlight unseres Jahresprogramms. Die von unserem US - amerikanisch-kamerunischen Gast propagierte Notwendigkeit, Demokratie,

Sicherheit und nachhaltige Wohlstandsentwicklung als Einheit zu betrachten bzw. herzustellen und zu schützen, kann auch als das stille Motto unseres eigenen Jahresprogramms gesehen werden und durchzog auch den entwicklungspolitischen Diskurs der meisten „externen“ Veranstaltungen.

Nicht allein in Hinsicht auf unser stilles Jahresmotto zählten auch der in Kooperation mit der Erlassjahr Kampagne organisierten Diskussionspanel über einige Volkswirtschaften Afrikas aufziehenden dunklen Wolken einer erneuten Verschuldungskrise, die gemeinsam mit der Eddy-Hirschfeld Stiftung organisierte Veranstaltung über LGBTI Emanzipation in Afrika sowie unsere Abschlussveranstaltung zum Thema Afrikas Wege zur Geschlechtergerechtigkeit mit Dr. Salua Nour und Dr. Pierrette Herzberger-Fonana (moderiert von Elisabeth Kaneza) zu den Highlights, an die wir in den kommenden Jahren gern anknüpfen.

Redaktion: Oumar Diallo und Hans-Hermann Hirschelmann (hhh)

Gestaltung: hhh

Unser Dank gilt Dr. Christopher Fomunyoh für die Genehmigung des Abdrucks seiner Berliner Rede in deutscher Übersetzung (S. 72), der Zeitschrift Forain Policy für die Genehmigung der Wiedergabe unserer Übersetzung des Artikels „Angola Awaits Its Arab Spring von R. Loonley (S.43), dem Weltfriedensdienst für den Nachdruck der Interviews mit der WFD-Kooperantin Cathy Kopp (S. 21), dem ÖNZ für den Bericht zur Menschenlage in Burundi (S. 51) sowie den externen Autor*innen Gesine Ames, Gabi Beckmann, Milena Fusaro, Mara Liebal, Philipp Leuschner, Dr. Sabine Speiser, Dr. Rita Schäfer, Dr. Salua Nour und Jürgen Weber.



Über Farafina e.V. / Afrika-Haus Berlin

Was ist das Afrika-Haus?

Der gemeinnützige Verein Farafina e.V. ist Träger des Afrika-Hauses Berlin. Der Name bedeutet in der westafrikanischen Sprache Malinke „der schwarze Kontinent“ oder auch „Afrika“. Er steht für die Gemeinschaft im Zusammenleben verschiedener Ethnien.

Seit 1993 arbeitet der Verein für ein gerechtes und friedliches Zusammenwirken der Völker bzw. von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Sprache und Kultur. Der Verein möchte dazu beizutragen, dass seine Heimatstadt Berlin, die für Menschen aus über 100 verschiedenen Ländern eine Heimat ist, ein Ort bleibt, der für gegenseitigen Respekt vor Menschen mit national, politisch, kulturell und religiös unterschiedlichem Selbstverständnis steht.

Im Fokus der Arbeit liegen positive Entwicklungen in den verschiedenen Ländern und Regionen Afrikas sowie der aufklärerische Blick auf die Vergangenheit und Gegenwart sowie die Möglichkeiten einer gedeihlichen Zukunft der interkontinentalen Beziehungen zwischen Afrika und Europa.

Bildungsarbeit

Der Verein organisiert in seinem Vereinslokal „Afrikahaus“ Podiumsdiskussionen, Ausstellungen und Workshops für Schüler*innen.

Außerdem dient das Afrikahaus regelmäßig externen Gruppen (wie etwa INISA oder der SID) als Raum für deren entwicklungspolitische Aufklärungsarbeit, die im umfangreichen Verteiler und auf der Website des Afrika-Hauses angekündigt werden. Je nach aktuellen Möglichkeiten werden auch Beratungen für aus Afrika stammende Migrant*innen angeboten.

Seit Mitte der 2000er Jahre veranstaltet das Afrikahaus sein entwicklungspolitisches Jahresprogramm „AFRIKA MTEN IN BERLIN“, das in der Regel durch Fördermittel des BMZ bzw. dem Land Berlin (der Berliner Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit) finanziert wird.

Vereinsarbeit

Die Vereinsarbeit wird ehrenamtlich geleistet. Das Afrikahaus ist außerdem ein beliebter Ort für Praktikant*innen und dient als Einsatzstelle für Arbeitsgelegenheiten. Die Vereinsarbeit wird ausschließlich durch Spenden finanziert. Zur Raummiete tragen externe Institutionen, die das Afrikahaus für ihre Bildungsarbeit nutzen, mit einem Mietanteil bei.

Die Gesamtheit der Angebote werden im jährlichen Rückblicken dokumentiert. Seit diesem Jahr (2015) geschieht dies als formelles Jahreshaft "Entwicklungspolitischer Diskurs im Afrikahaus") ergänzt durch Protokolle und Hintergrundberichte.

2017 wird die Bildungs- und Begegnungsstätte Afrika-Haus Berlin auf 25 Jahre entwicklungspolitische Bildungsarbeit zurückblicken.



Finissage: Ausstellung **BEGEGNUNGEN**

**Bilder von Christiane Cicéron und Helmtrud Rumpf,
Masken von Alfred Nieswand.
Finissage mit den Künstlern.**

**Veranstalter: Christiane Cicéron, Helmtrud Rumpf und
Alfred Nieswand.**

Das multikulturelle Zusammenleben gehört in einer Stadt wie Berlin zur Normalität — Probleme inbegriffen.

Die von Christiane Cicéron und Helmtrud Rumpf präsentierten Bilder und die von der Maskenkunst Afrikas inspirierten Objekte Alfred Nieswands heben die anregende Seite des Multikulturalismus hervor.

Die Botschaft: Unser Leben besteht aus Begegnungen. Dazu gehören auch die im eigenen Innern. Auch hier begegnen sich Gegensätze, und auch diese sind keineswegs immer friedlich!

Mit Begegnungen kommen und gehen Freude, Leid, Hass etc. Sie schaffen oder durchkreuzen Identitäten, Gedanken und Wünsche.

In der Malerei und den plastischen Darstellungen finden diese Form und Farbe. Wir begegnen Menschen, die Afrika verlassen mussten, erfahren Möglichkeiten des Einflusses afrikanischer Tradition auf das moderne Leben und auf unsere Haltung zur natürlichen Umwelt.

Die Kunst verdichtet und schafft zugleich Begegnungen mit Flüchtlingen, mit als fremd empfundenen Traditionen oder mit einer gefährdeten Natur. So schafft sie Brücken, die in eine bessere Zukunft führen können.

Christiane Cicéron kam in Rive-de-Gier (Loire) in Frankreich zur Welt, lebte und arbeitete zunächst in Köln, heute lebt sie in Berlin. Ihre Collagen und Acrylgemälde wurden zunehmend Reaktionen auf gesellschaft-

liche Ereignisse. Ihr Verhältnis zur Malerei definiert sie mit folgenden Worten: „*Im Rausch der Farben finde ich mein Vergnügen. Und auf meinen Reisen durch die ganze Welt erfahre ich meine Inspiration. Malen ist die Suche nach sich selbst, dem anderen, dem Unbekannten*“

Helmtrud Rumpf wurde in Berlin geboren. Ihre Themen sind Menschen, die sich gegen Unterdrückung und Entwurzelung zur Wehr setzen und Harmonie durch ein Leben, das in Natur und Tradition eingebunden ist und jeden Menschen erlaubt, sich frei von Diskriminierung zu entfalten. Damit sie nicht erstarren und Begegnungen scheuen, müssen Menschen so akzeptiert werden, wie sie sind. Sie müssen ihre Wünsche und Vorstellungen nach Herzenslust zum Ausdruck bringen können wie ein Trommler.

Alfred Nieswand stammt ebenfalls aus Berlin. Im Mittelpunkt seines künstlerischen Schaffens steht die Absicht, auf Erlebtes, Erkanntes, zu Vermutendes und zu Hoffendes zu reagieren. Mit den Medien: Fotografie, Zeichnung, Skulptur, Installation und Malerei möchte er Anstöße für eine breite Kommunikation vorbereiten. Aktuell inspirieren ihn afrikanische Masken zu eigenen Gestaltungsexperimenten, die zur Diskussion darüber anregen sollen, welcher Maskenausdruck mit welcher Charaktereigenschaft verbunden werden könnte.



Christiane Cicéron: Melilla 2014

Finissage: Ausstellung B E G E G N U N G E N
**Bilder von Christiane Cicéron und Helmtrud Rumpf,
Masken von Alfred Nieswand.**

Finissage mit den Künstlern

Teilnehmer*innen: 23

Hintergrund

2015 — das Jahr, in dem eine wachsende Zahl Menschen auf der Flucht ...

... Europa vor Augen führte, dass Demokratie, Mitmenschlichkeit und (grüner) Wohlstand kein Privileg einer Minderheit bleiben dürfen.

Beinahe eine Million Menschen erreichte im vergangenen Jahr Deutschland, um Krieg, Unterdrückung und Perspektivlosigkeit zu entkommen.

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller wies in einem Interview mit der „Bild am Sonntag“ (am 09.01.2016) darauf hin, dass vermutlich „erst zehn Prozent der in Syrien und Irak ausgelösten Fluchtwelle bei uns angekommen“ sei.

Der Minister möchte die Abwanderung gern mit einem 10 Milliarden Euro schweren Sofortprogramm stoppen, mit dem Dörfer und Städte in Syrien und dem Irak wieder aufgebaut werden. Dazu müsste dort aber erst einmal Frieden einkehren.

Und Afrika?

Auch in Afrika sind meist Kriege und „bewaffnete Konflikte“ im Hintergrund, wo Menschen in großer Zahl ihre Existenzgrundlagen verlieren. Hinzu kommt die aus der Kolonialzeit rührende Ausrichtung der afrikanischen Nationalökonomien auf den Export von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten, die längst nicht überwunden ist. Und wo Billigprodukte aus Europa oder China die einheimischen Märkte überschwemmen, ist der Aufbau einer sich selbst tragenden Binnenwirtschaft schwierig, zumal das politische Standards und Ausrichtungen erfordert, an die eine politische Klasse, die in der postkolonialen ökonomischen Struktur verwurzelt ist, meist wenig Interesse zeigt.

Weiter werden die Existenzgrundlagen vieler Regionen Afrikas durch die Folgen bereits spürbaren Klima-

veränderungen entzogen.

Die im erwähnten Interview von Minister Müller geäußerte Erwartung, dass „die größten Fluchtbewegungen uns noch bevorstehen“, weil „Afrikas Bevölkerung sich in den nächsten Jahrzehnten verdoppeln“ würde, zeigt außerdem, dass auch die ganz normalen Begleiterscheinungen der Industrialisierung bzw. industriellen Modernisierung Afrikas zur globalen Herausforderung wird.

Industrialisierungsprobleme friedlich managen ist eine globale Herausforderung

Deren Dimensionen lassen sich erahnen, wenn wir die historischen Industrialisierungsschübe Europas betrachten. Dass zunächst mehr Menschen von ihren traditionellen Existenzbedingungen freigesetzt, als von den neuen Fabriken als Arbeitskräfte gebraucht wurden, verhinderte lange eine sich selbst tragende Entwicklung. Die kam erst in Gange, nachdem Auswanderungswellen das Angebot an Arbeitskräften verknappte und steigende Löhne die Maschinerisierung anheizten. Das war ein weitgehend urwüchsiger Prozess.

Das nationalsozialistische Deutschland plante, diesen Effekt in seinem „neuen Lebensraum im Osten“ bewusst hervorzurufen, d.h. durch Ermordung bzw. Versklavung eines Großteils der Menschen Osteuropas. Heute ist die Welt herausgefordert, nicht nur solch barbarischen „Lösungen“ entgegenzuwirken, sondern eine gemeinsame Weltentwicklungsplanung nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit zu etablieren.



Auszug aus einem Bericht der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in ihrer Funktion als Vorsitzende der CDU, danach auf dem CDU-Parteitag beschlossen als „Karlsruher Erklärung zu Terror und Sicherheit, Flucht und Integration“

Und dann die Nacht vom 4. auf den 5. September: Tausende Flüchtlinge waren in Budapest gestrandet. Sie machten sich zu Fuß auf den Weg über die Autobahn in Richtung Österreich. Deutschland und Österreich haben dann eine Entscheidung getroffen, diese Menschen ins Land zu lassen. Das war eine Lage, die unsere europäischen Werte wie selten zuvor auf den Prüfstand gestellt hat. Ich sage: Dies war nicht mehr und nicht weniger als ein humanitärer Imperativ.

In dieser Nacht wurde wie im Brennglas deutlich, was sich die ganzen Monate vorher schon gezeigt hat und auch seither zeigt:

Die Welt und Europa haben es mit der größten Flüchtlingsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg zu tun. Europa ist von dieser Flüchtlingsbewegung in seinem Innersten herausgefordert. Das, was für uns bisher weit weg schien, was wir im Fernsehen gesehen haben, das kommt nun

buchstäblich bis vor unsere Haustür. Der Krieg in Syrien, die Fassbomben von Assad, die Ausbreitung des IS in Syrien und im Irak, die Tatsache, dass Libyen keine funktionie-

rende Regierung hat, die Situation in Afghanistan – all das ist nicht mehr weit weg, sondern all das kommt zu uns, und das ist eine historische Bewährungsprobe für Europa, und ich

möchte – ich sage: wir möchten, dass Europa diese Bewährungsprobe besteht.

Afrikanische Länder aus denen die Menschen nach Europa fliehen

1. Eritrea

Die meisten afrikanischen Flüchtlinge, die in Deutschland einen Asylantrag stellen, stammen aus Eritrea. Von hier flüchten jeden Monat 5000 Menschen.

Eritrea zählt zu den repressivsten Diktaturen des Kontinents. In Deutschland liegt die Anerkennungsquote für Asyl suchende Menschen aus Eritrea bei 77 Prozent. Die ehemalige italienische Kolonie wurde 1993 nach einem langen Bürgerkrieg von Äthiopien unabhängig. Seither regiert Präsident Isayas Afewerki. Die Menschenrechtssituation exakt einzuschätzen ist schwierig, da die Regierung kaum ausländische Beobachter ins Land lässt. Von der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ wird Eritrea als das für Journalisten gefährlichste Land der Welt geführt. Die UNO legte im Juni 2015 einen 500-seitigen Bericht zur Menschenrechtssituation in Eritrea vor, der sich auf die Aussagen von 550 im Ausland lebender Eritreer und 160 schriftlich eingereichte Berichte stützt.

Die Bevölkerung leidet vor allem unter dem unbegrenzten Militärdienst: Oft leisten Männer und Frauen jahrelang Zwangsdienste für ihren Staat. Von ihrem Sold können sie nicht leben, Deserteure werden streng bestraft. Beobachter sprechen von einer Form der Leibeigenschaft.

2. Nigeria

Das bevölkerungsreichste Land Afrikas gilt als eines der instabilsten Länder der Welt. Wenige Jahre nach der Unabhängigkeit 1960 kam es zum ersten Militärputsch, es folgten viele weitere. Ab 1998 kam es zu einer Demokratisierung. Zwar stabilisierte sich die Demokratie, doch gilt das erdölreiche Land nach wie vor als hoch korrupt und seit 2010 destabilisiert die Gewalt der islamistischen Terrorgruppe Boko Haram den mehrheitlich muslimischen Norden Nigerias. Die Gruppe verübt Anschläge auf Sicherheitskräfte, lokale Kontrahenten und die christliche Bevölkerung. Nach Angaben der Regierung fielen dem Konflikt mehr als 13 000 Menschen zum Opfer. Über eine Millionen Menschen sind vor den Kämpfen auf der Flucht, während die Gewalt auch in die nördlichen Nachbarstaaten übergreift.

3. Somalia

Somalia gilt als der Prototyp eines sogenannten „Failed State“, in dem die Staatsgewalt vollständig zusammengebrochen ist. Nach dem Sturz des Diktators Siyad Barre 1991 gelang es über zwanzig Jahre nicht, eine Regierung in Somalia zu bilden. Clans und lokale Warlords konkurrierten um Macht und ökonomische Ressourcen. Ab 2009 gelang es der islamistischen Al-Shabaab-

Miliz, Kontrolle über weite Teile Süd- und Zentralsomalias zu erlangen. Mithilfe einer Mission der afrikanischen Union wurde Al-Shabaab zurückgedrängt und 2012 wurde der neue Präsident Hassan Sheikh Mahamoud gewählt. Dieser besitzt allerdings nicht einmal Kontrolle über alle Viertel Mogadischus, geschweige denn das restliche Staatsgebiet. Al-Shabaab ist noch immer sehr aktiv und auch viele lokale Warlords widersetzen sich der Regierung. Im Herbst 2013 hielten Al-Shabaab Kämpfer die Westgate Shoppingmall in Nairobi besetzt und töteten mehr als 70 Menschen – offenbar aus Rache für die Teilnahme kenianischer Truppen am UN-Einsatz. Große Hungersnöte fordern immer wieder zahlreiche Tote in Somalia. Bei der schweren Hungerkatastrophe zwischen 2010 und 2012 starben mehr als eine Viertelmillion Menschen. Das Fehlen von Sicherheitsstrukturen und die grassierende Armut führten zu massiver Piraterie am Horn von Afrika.

4. Gambia

Der kleinste Staat des afrikanischen Festlands – das Staatsgebiet beträgt ein Drittel der Fläche Baden-Württembergs – wird seit einem unblutigen Putsch im Jahr 1994 von Präsident Yahya Jammeh regiert.

Die meisten Einnahmen stammen aus dem Erdnussanbau und dem

Hintergrund

Tourismus, der von der Atlantikküste mit ihren breiten Sandstränden profitiert. Die innenpolitische Situation wird vom Auswärtigen Amt als „angespannt ruhig“, aber „volatil“ bezeichnet. Langjährige Phasen der Ruhe wurden immer wieder von erfolglosen Putschversuchen unterbrochen.

In den letzten Jahren hat Präsident Jammeh zunehmend repressive Maßnahmen eingeführt: UN-Sonderbericht erstatter berichten von Folter und Inhaftierung von Oppositionellen, Menschenrechtsaktivisten und Journalisten. Die EU hat deshalb alle Entwicklungshilfegelder für Gambia eingefroren.

Besonders Homosexuelle leiden unter zunehmender Verfolgung und müssen mit mehrjährigen Haftstrafen rechnen. Es gibt auch Berichte über die kurzzeitige Inhaftierung europäischer Homosexueller. Seit dem Einfrieren der Entwicklungsgelder hat Präsident Jammeh einen zunehmend antiwestlichen Ton angeschlagen und den Austritt des Landes aus dem Commonwealth erklärt.

5. Sudan

Im jüngsten Staat der Welt, dem

Südsudan, herrscht seit über zwei Jahren ein Bürgerkrieg. Die humanitäre Lage ist katastrophal und wird durch die vom Wetterphänomen El Niño hervorgerufene Trockenheit weiter verschlimmert. Mehr als 730.000 Menschen sind in benachbarte Länder geflohen, Äthiopien beherbergt mehr als 275.000 Südsudanesen, zusätzlich zu 425.000 Flüchtlingen aus anderen Ländern. Mehr als 155.000 Flüchtlinge sind seit Dezember 2013 in Uganda angekommen, gefolgt von 22.000 Südsudanesen, die sich nach der Unabhängigkeit ihres Landes dazu entschlossen haben, in Uganda zu bleiben. In Karkuma (Kenia) wurden im Flüchtlingslager etwa 46.000 südsudanesischen Flüchtlinge aufgenommen.

1,5 Millionen wurden zu Binnenvertriebenen. In sechs Camps bieten die Vereinten Nationen den Menschen im Südsudan Schutz vor dem Bürgerkrieg. Über 150.000 Zivilisten haben inzwischen dort Zuflucht gefunden. Viele Menschen sind gezwungen, sich in sogenannten „safe cattle camps“ anzusiedeln, Orten, an denen normalerweise Nutztiere während der Trockenzeit oder bei Überflutungen untergebracht werden.

Da fast die gesamten arbeitsfähigen Männer für Kriegsdienste rekrutiert werden, sendet man Frauen, Kinder, ältere und schwache Menschen zu den Viehherden, wo sie in Sicherheit sind. Allerdings stellt die Ernährung hier ein großes Problem dar, zumal die Getreideproduktion aufgrund der Kriegshandlungen und der Dürre eingebrochen ist.

Hilfsorganisationen wie ADRA fördern die Ernährungssicherheit durch Verteilung von Spezialnahrung, verbesserte Anbaumethoden und durch das Anlegen von Saatgutbanken und stellen Produktionsmittel für besonders benachteiligte Bevölkerungsgruppen bereit.

hhh

Quellen:

1. <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.fluechtlinge-aus-afrika-warum-fliehen-die-menschen.61021923-6e22-4d4d-9874-aac1b15cc4c2.html>
2. Webpräsenz ADRA: <http://www.adra.de/projekte/detail/adra/hilfe-fuer-binnenvertriebene-und-gastkommunen-im-suedsudan/>
3. Spiegel-online, vom 7.7.2015 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/suedsudan-mehr-als-150-000-fluechtlinge-in-uno-lagern-a-1042550.html>
4. UNHCR Webpräsenz: <http://www.unhcr.de/home/artikel/84d5e9094fcbefaef6cb74b38f3673e9/suedsudan-ueber-225-millionen-vertrieben-1.html>

Ein Menschheitsproblem

Über 20 Millionen Menschen sind derzeit weltweit auf der Flucht. Nach Schätzungen des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) gibt es weitere 15 bis 20 Millionen nicht registrierte Binnenflüchtlinge, die sich innerhalb des Heimatlands auf der Flucht befinden. Etwa 75% aller Flüchtlinge sind Frauen und Kinder. Sie fliehen vor Hunger, Armut, Krieg, Gewalt und Naturkatastrophen. Ca. 200 Millionen sind Arbeitsmigranten, bzw. „Überlebensflüchtlinge“. Ca. 10 Millionen sind Kriegsflüchtlinge.

Umweltflüchtlinge, also Menschen,

die aufgrund der Zerstörung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen fliehen, werden (noch) nicht erfasst. Die UN geht davon aus, dass im Jahr 2010 über 50 Millionen Menschen vor Umweltkatastrophen geflohen sind. Das ist bereits eine höhere Zahl als die der Kriegsflüchtlinge.

Die meisten Flüchtlinge gibt es mit 8,8 Millionen in Asien, das sind ca. doppelt so viele wie in Afrika (4,8 Millionen).

Für viele ist Europa das Ziel ihrer Flucht. Um dorthin zu gelangen, nehmen sie unendliche Strapazen auf sich, bezahlen horrenden Sum-

men für Schleuser, geben Heimat und Familie auf. Viele bezahlen die Flucht mit dem Leben. Aktuelle Meldungen berichten über gescheiterte Fluchtversuche, dramatische Rettungsaktionen und zahlreiche Todesopfer vor den Küsten Spaniens, Siziliens und Italiens. Die Meerenge von Gibraltar ist inzwischen das größte Massengrab Europas, rund 15.000 Menschen sollen nach Angaben von „Pro Asyl“ in den letzten Jahren dort ertrunken sein.

hhh

Quelle: Webpräsenz der Evangelischen Kirche: <https://www.ekd.de/international/berichte/81465.html>

Drittes Entwicklungspolitisches Werkstattgespräch:

Fighting Poverty by Doing Business?

Die Rolle sozialer Unternehmen in der ländlichen Entwicklung am Beispiel ORGANIC AFRICA (Zimbabwe)

Die Entwicklungspolitik der Bundesregierung setzt bei der ländlichen Entwicklung und der Ernährungssicherung seit einigen Jahren vermehrt auf private Unternehmen. Dabei reicht das Spektrum von einzelnen Unternehmen, die neue Wertschöpfungsketten knüpfen, bis zum internationalen „Agribusiness“. Das Forum für Umwelt und Entwicklung hat zur Partnerschaft zwischen Entwicklungspolitik und internationaler Agrarindustrie eine kritische Studie (2014) erstellt.

Doch wie sind Betriebe zu beurteilen, die sich als soziale Unternehmen verstehen? Welche positiven Effekte können sie im Hinblick auf die wirtschaftliche Inklusion Landarmer und Landloser erzielen? Welchen Beitrag können sie für einen sozialen und ökologisch nachhaltigen Strukturwandel ländlicher Regionen leisten? Welche Stärken und Schwächen haben sie im Vergleich zu selbstverwalteten Organisationen wie Gewerkschaften, Bauernorganisationen und Genossenschaften? Am Beispiel des Unternehmens Organic Africa wird dies im dritten Werkstattgespräch diskutieren.

Gesprächspartner:

- **Dominikus Collenberg**,
Agrarwissenschaftler, Biobauer, Organic Africa
- **Theo Rauch**
Volkswirt, Wirtschafts- u. Sozialgeograf,
FU Berlin und SLE

Gesprächsleitung:

Gabi Beckmann



I.n.r. Herr Prof. Dr. Theo Rauch, und Herr Dominikus Collenberg
Moderation: Gabi Beckmann



Verein der „Freunde und Förderer des Seminars
für ländliche Entwicklung (SLE) e.V.

(sle-berlin.de; sle-freunde.de)

Teilnehmer*innen: 50

Hintergrund

Das Unternehmen Organic Africa

Das Unternehmen Organic Africa ist ein soziales Wirtschaftsunternehmen mit Sitz in Harare, Simbabwe. Gegründet im März 2007 förderte - damals noch KAITE company - seit der Anbausaison 2007/08 ökologischen Landbau und die Verarbeitung von ausgewählten landwirtschaftlichen Produkten. Aktuell arbeitet Organic Africa mit ca. 3500 kleinbäuerlichen Bio-Produzent/innen und 1500 in Umstellung zusammen.

Grundsätze des sozialen Unternehmens Organic Africa sind ökologi-

sche Produktion und Weiterverarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte, Unterstützung, Qualifizierung und Vernetzung von Kleinbäuerinnen und -bauern sowie Vermarktung über den fairen Handel. Damit kann ein Beitrag geleistet werden zur Reduzierung der Abhängigkeit der kleinbäuerlichen Bevölkerung, zum lokalen Umweltschutz und zum Aufbau nachhaltigen Wirtschaftens sowie neuer Partnerschaften.

Die anschließende Diskussion fragte insbesondere nach der Rolle sozialer Unternehmen im Unterschied zu

gemeinnütziger Förderung und den realen Überlebenschancen von Gründungen wie Organic Africa auf dem Weltmarkt.

Das Konzept ist übrigens in einer Linie mit dem Vertragsanbau, der aktuell auch bei uns neu erprobt wird.

Hier wie dort geht es um faire Preise für die Produzent/innen. In Zimbabwe heißt das, einen Tagesverdienst zu erwirtschaften, der mittelfristig aus der Armut führt, mit Produkten, die in die eigenen Haushalte passen (livelihood Strategien), d.h., sowohl

Entwicklungspolitische Werkstattgespräche des Vereins der Freunde und Förderer des SLE im Afrikahaus

Der Verein der „Freunde und Förderer des Seminars für ländliche Entwicklung (SLE) e.V.“ organisiert in lockerer Folge entwicklungspolitische Werkstattgespräche als Plattform für Diskussionen zwischen Expert/Innen aus Praxis und Forschung. Es geht uns darum, aktuelle Fragen und Themen aus Entwicklungspolitik und internationalen Zusammenarbeit gemeinsam zu diskutieren.

Entwicklungspolitische Werkstattgespräche setzen die Tradition der Teeseminare des SLE fort, die in den sechziger Jahren von Professor von Blanckenburg begründet bis 2009 zum 112. Mal stattfanden.

Seit 2015 finden die **entwicklungspolitischen Werkstattgespräche im Afrika Haus in Berlin** statt. Sie werden von Gabriele Beckmann und Dr. Sabine Speiser organisiert.

Alumni, Freunde und Teilnehmer/innen des SLE sind herzlich eingeladen, die Plattform zu nutzen und eigene Themen und Fragestellungen zur Diskussion zu stellen.

Es ist nicht leicht, in der Fülle der entwicklungspolitisch interessanten Veranstaltungen sichtbar zu werden. Die Einladungen erfolgen über das SLE, den Verein und mit Unterstützung des Afrikahauses. An den Werkstattgesprächen nehmen im Schnitt zwischen 25 und 60 Interessierte teil.



für den Eigenbedarf als auch den Markt produziert werden. Beispiele sind Medizinal- und Teepflanzen, die von Frauen gesammelt werden. Der Faire Handel als geschützter Markt ist dabei von besonderer Bedeutung. Die Erfahrung in Zimbabwe zeigt, dass die Menschen dauerhafte und verlässliche Beziehungen schätzen und innovative Projekte auf diese Verlässlichkeit angewiesen sind.

Das Beispiel Organic Africa zeigt, dass soziale Unternehmen nicht nur ein schöner Traum bleiben müssen, wenn es ihnen gelingt, für Kleinbäuerinnen und -bauern und ressourcenarme Produzent/innen Nischenprodukte aufzuspüren und hierfür Marktzugang zu schaffen.

Die Hauptherausforderung bleibt ein fairer und inklusiver Zugang zu Märkten. Dieser ist langfristig nur

durch tragfähige Formen der Organisation - nicht durch Philanthropie - zu erreichen. Die große Schwierigkeit besteht darin, die Marktlogik mit der Logik der Sicherung der kleinbäuerlichen Existenzgrundlagen (livelihood) sinnvoll zu verknüpfen.

Dr. Sabine Speiser

Erhalt der Bodenfruchtbarkeit ist eine globale Aufgabe

In vielen Regionen Afrikas sind die Böden nicht sehr fruchtbar, und man kann dort nicht produzieren, ohne Nährstoffe zuzuführen. Dennoch wird in Afrika vergleichsweise wenig Dünger benutzt: zehn Kilogramm pro Hektar und Jahr gegenüber 200 Kilo je Hektar in Deutschland.

Organische Substanz wie Kompost, Mist oder Ernterückstände haben hier immer schon eine wichtige Rolle gespielt. Mit Hülsenfrüchtlern – den Leguminosen – kann man Stickstoff aus der Luft im Boden fixieren.

Ein Problem stellt aber die Erneuerung von Nährstoffen wie Phosphat oder Kalium dar. Außerdem fließen mit jedem Kilogramm Weizen, Mais oder Baumwolle, das von den Böden Afrikas auf den Markt wandert, auch Nährstoffe ab. Afrika verliert insgesamt jährlich etwa 50 Kilogramm Nährstoffe pro Hektar, die irgendwie ersetzt werden müssen.

Um genügend Mist zu produzieren, bräuchte man die Ausscheidungen von einer Million zusätzlicher Tiere und entsprechende Transportkapazitäten.

Oft können die Menschen es sich auch nicht leisten, den Mist als Dünger zurück auf die Flächen zu bringen und verkaufen ihn stattdessen,

verfeuern oder nutzen ihn als Baumaterial.

Viele Agrarwissenschaftler und Entwicklungsstrategen sprechen sich deshalb dafür aus, vermehrt über mineralischen Stickstoffdünger zu reden, der über Mikrokredite finanziert werden müsste. Erosion, Arten-tod, Grundwasserverseuchung wegen zu viel Dünger seien dort kein Thema, weil die Düngermengen dazu im Vergleich zu Europa viel zu gering seien^(Anm. 1)

Allerdings waren die Chinesen vor 20 Jahren am gleichen Punkt. Nun wird dort so viel gedüngt, dass es massive Probleme gibt und man sich vermehrt nach unverbrauchten Böden in Afrika umschaute.

Probleme des Mineraldünger-einsatzes

Um die Nahrungsmittelproduktion anzutreiben und die Länder von Importen unabhängig zu machen, geben afrikanische Regierungen bereits bis zu 70 Prozent ihres Agrarbudgets für die Subventionierung von Dünger aus. Doch hat dies eine Kehrseite.

Der Einsatz von Mineraldüngern in den Tropen und Subtropen steigert den Ertrag meist nur kurzfristig. Oft

vermindert er aber auf längerer Sicht die Qualität der Böden und damit die Ernährungssicherheit ganzer Regionen. Zu diesem Schluss kommt eine Studie der Heinrich-Böll-Stiftung und der Naturschutzorganisation WWF.^(Anm. 2)

Der Stickstoffdünger etwa lasse die Böden sauer werden und hemme dadurch das Pflanzenwachstum. Da gleichzeitig Humus abgebaut werde, sei der Boden nicht mehr ausreichend mit Nährstoffen versorgt.

Insbesondere für kleinbäuerliche Existenzen würden dazu Preisveränderungen auf dem Weltmarkt das Verschuldungsrisiko steigern.

Der Aufbau von Humus mittels Kompostierung und tierischem Dünger könnte die Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit nachhaltig sichern. Eine organische Landwirtschaft bedeutete außerdem Schutz von Agrobiodiversität.

Dies sollte auch die Frage der gemeinsamen Verantwortung für die Nachhaltigkeit des globalen Nährstoffkreislaufes in den Vordergrund rücken.

Anm. 1: <http://www.taz.de/!5056145/>

Anm. 2: Spiegel-online 22.5.13 <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/landwirtschaft-einsatz-von-duenger-in-afrika-zerstoert-boeden-a-901242.html>

Hintergrund



Wege aus der Hungerkrise

Die Erkenntnisse des Weltagrarberichtes
und seine Vorschläge für eine
Landwirtschaft von morgen

In den letzten dreißig Jahren sind global 33 Prozent des Weidelands, 25 Prozent der Ackerflächen und 23 Prozent der Wälder signifikant degradiert. Das macht rund 30 Prozent der globalen Landfläche aus, von der etwa 3,2 Milliarden Menschen abhängig sind.

Auch in Europa, Amerika und Asien gibt es enorme Schäden durch Dünger und Pestizide, unbedeckte Monokulturen und schwere Geräte. Am schlimmsten um die Erde bestellt ist es aber südlich der Sahara.

(Anm. 1) Der Weltagrarbericht (Anm. 2) erfasst notwendiges Wissen über den agro-ökologischen Zustand der Welt und was auf diesem Sektor in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung geschieht.

Der Studie Studie "Economics of Land Degradation and Improvement" zufolge kostet die Bodendegradation der Menschheit schon jetzt jährlich etwa 300 Milliarden Euro. Deshalb bringe jeder heute in Bodenschutz investierte Euro in Zukunft fünf Euro Gewinn – die Hälfte als Ertrag, die andere Hälfte in Form von besserer Wasserqualität oder anderen Leistungen von Ökosystemen.

Dass sich Maßnahmen zur Verbesserung der Böden durch Agroforstsysteme und Ökometoden lohnen können, zeigen auch ohne Blick auf solche Bilanzierungen die erfolgreichen Baumpflanz- und Baumschutzprogramme in Niger und anderen Regionen der Sahelzone.

Der Weltagrarbericht zeigt die Notwendigkeit grundlegender agrarökologischer Veränderungen in der Landwirtschaft, der Lebensmittelproduktion und der Nachfragerregulierung. In den letzten 100 Jahren erlaubte die Erschließung und Nutzung fossiler Energiequellen einem Teil der Menschheit, den aufmerksamen Austausch mit der Natur durch den Einsatz von Maschinen und moderner Chemie zu ersetzen. Dies führte in den letzten 60 Jahren zu einer beispiellosen Intensität der Ausbeutung natürlicher

Lebensräume und Einbindung regionaler Agrar- und Ernährungssysteme in globale Produktions- und Handels- bzw. Wertschöpfungsprozesse, die das Bewusstsein der Notwendigkeit, sich um die nachhaltige Reproduktionsfähigkeit natürlicher Systeme zu sorgen verschwinden ließen.

Deshalb gewinnt die Agrarökologie als wissenschaftliche Disziplin, praktische Kunst und wirtschaftliches Erfolgskonzept seit den 80er Jahren weltweit immer mehr Anhänger. Agrarökologische Konzepte gründen auf traditionellem und lokalem Wissen und seinen Kulturen und verbinden es mit Erkenntnissen und Methoden moderner Wissenschaft. Ihre Stärke liegt in der Verbindung von Ökologie, Biologie und Agrarwissenschaften, aber auch von Ernährungskunde, Medizin und Sozialwissenschaften. Agrarökologie setzt auf die Einbeziehung des Wissens aller Beteiligten.

hhh

Anm. 1: <http://www.taz.de/!5276458/>

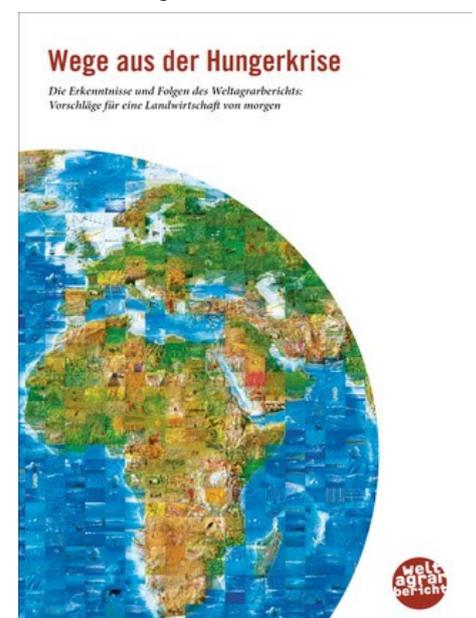
Anm. 2: <http://www.weltagrarbericht.de>

Weltagrarberichts-Broschüre

Die Broschüre **Wege aus der Hungerkrise** *Die Erkenntnisse und Folgen des Weltagrarberichtes: Vorschläge für eine Landwirtschaft von morgen* fasst die Ergebnisse des Weltagrarberichtes auf 52 Seiten zusammen. Download und Bestellung von Druckexemplaren auf der Webpräsenz des Weltagrarberichtes:

<http://www.weltagrarbericht.de/broschuere.html>

Themen: Über den Weltagrarbericht; Hunger im Überfluss; Gesundheit; Fleisch und Futtermittel; Weltmarkt und Handel; Spekulation mit Lebensmitteln; Ernährungssouveränität; Landgrabbing; Multifunktionalität; bäuerliche und industrielle Landwirtschaft; Geschlechterrollen; Agrarökologie; Wasser; Bodenfruchtbarkeit und Erosion; Klima und Energie; Agrarsprit und Bioenergie; Anpassung an den Klimawandel; Wissen und Wissenschaft; Saatgut und Patente auf Leben; Gentechnik und Biotechnologie.



BERLINER AFRIKAKREIS:

Nigeria and the Presidential Election

Es sprechen:

- **Tolu Ogunlesi**

Journalist, West Africa Editor at The Africa Report, Winner of the CNN Multichoice African Journalism Award, Lagos

- **Dietrich Becker**

Head of Division, Central and Western Africa, Federal Foreign Office, Berlin

Moderation:

- **Christian Arndt**

Society for International Development, SID-Berlin

On 14 February 2015 Nigeria will hold its 5th presidential election since the end of military rule in 1999. President Goodluck Jonathan (Peoples Democratic Party, PDP) will run for reelection but faces a serious challenge by main opposition candidate Muhammadu Buhari (All Progressives Congress, APC). The opinion in the country seems divided about the achievements in office of the incumbent president as well as about his chances to win

the upcoming election.

How were the election campaigns conducted so far? What are the pressing topics on the political agenda? What makes Nigerians vote, how will they align and what alliances of the political parties are to be expected? To what extent will the election influence Nigeria's role as a potential regional democratic hegemon in Sub-Saharan Africa?

The discussion will be in English.



VERANSTALTER:

Die Initiative Südliches Afrika (INISA) und die Society for International Development (SID-Berlin) in Kooperation mit dem Afrikahaus /Farafina e.V.

Besucher*innen: 34

Hintergrund

Nigeria nach den Wahlen

Die für den 14. Februar 2015 vorgesehene Präsidentschaftswahl in Nigeria war aufgrund der Sicherheitslage und der Bedrohung durch Boko Haram um sechs Wochen verschoben worden und fand schließlich am 28. und 29. März statt.

Es war die 5. Präsidentschaftswahl seit dem Ende der Militärregierung im Jahr 1999. Nach 2011 wurde das Wählerverzeichnis überarbeitet, um die Grundlage für freie, faire und glaubwürdige Wahlen im Jahr 2015 sicherzustellen.

Möglichkeiten der Mehrfach-Registrierungen wurden verhindert. Das Wählerverzeichnis wurde auf Basis biometrischer Daten erstellt. Zum ersten Mal kamen mobile Wählerkartenlesegeräte zum Einsatz

Wahlsieger wurde der frühere Militärdiktator Muhammadu Buhari. Nachdem Nigeria nach der Unabhängigkeit 1960 nicht weniger als sechs Militärcoups erlebt hatte und anschließend 16 Jahre lang ununterbrochen nur eine Partei geherrscht hatte, weckt der „friedliche, demokratische und faire Machtwechsel“ (EU-Kommissionspräsidentin) nun hohe Erwartungen. Buhari gilt als Lichtgestalt in einer ansonsten für ihre Raffgier bekannten Politiker-Kaste.

Korruption, Sicherheit, Arbeitslosigkeit - Muhammadu Buhari hat riesige Erwartungen geweckt. Jetzt wartet Nigeria gespannt darauf, wie er sie erfüllen will.

Für Buhari ist die Herausforderung Boko Haram von hoher Priorität: In Sicherheitsfragen fühlt sich der pensionierte General stark. Und Boko Haram ist nicht nur eine Sicherheitsfrage. Der Terrorismus legt teilweise



Ein neuer Stil: Der alte und der neue Präsident lächelnd vor der Kamera

die Wirtschaft im Norden und Nordosten Nigerias lahm.

Die Islamistenmiliz Boko Haram hindert in Nigeria und den Nachbarländern mehr als eine Million Kinder am Schulbesuch. Mehr als 2000 Schulen in Nigeria, in Kamerun, im Tschad und im Niger sowie Hunderte andere Einrichtungen hatten schließen müssen. Die fehlende Bildung wiederum ist ein Nährboden für Radikalisierung und Extremismus.

Aus Angst vor den Angriffen trauen sich viele Kinder nicht mehr in die Gebäude. Aber je länger sie der Schule fernbleiben, desto größer ist die Gefahr, misshandelt, entführt oder von bewaffneten Gruppen rekrutiert zu werden.

Trotz der Gewalt sind im nigerianischen Bundesstaat Borno seit Oktober mehr als 400 Schulen wiedereröffnet worden, heißt es von Unicef. Im äußersten Norden von Kamerun sei es dagegen nur eine von 135. Die Region wurde in den vergangenen Monaten von Selbstmordanschlägen erschüttert.

Nigerias Präsident Muhammadu Buhari hat seinen Streitkräften bis Ende des Jahres Zeit gegeben, den Aufstand niederzuschlagen. Doch Experten warnen: Selbst wenn dies gelingen sollte, werde das Land damit zu kämpfen haben, eine Generation von Schülern verloren zu haben.

Der neue Präsident hat sich beinahe ein halbes Jahr Zeit gelassen, um sein neues Kabinett zu ernennen. Doch nun scheint er es ernst zu meinen mit seinem Feldzug gegen Korruption und Terrorismus. Er ließ wie angekündigt, den Sicherheitsberater seines Vorgängers festnehmen. Sambo Dasuki wird vorgeworfen, mehr als zwei Milliarden Dollar aus der Staatskasse gestohlen zu haben. Er soll Phantomverträge abgeschlossen haben – für den Kauf von zwölf Hubschraubern und vier Jagdbombern, die für den Kampf gegen die Terrororganisation Boko Haram vorgesehen waren. Die Dschihadisten wollen im überwiegend muslimischen Norden Nigerias einen islamistischen Staat errichten – seit 2009 starben in ihrem Krieg nahezu 15 000 Menschen.

Der Vizepräsident des Industrieverbandes von Nigeria fordert, dass die Regierung endlich für bessere Infrastruktur, für eine stabile Währung und für Sicherheit sorgen möge.

"Wir in Nigeria sollten selbst produzieren, was wir konsumieren. Und dann den Rest der Produktion exportieren. Nicht nach Europa oder Asien. Sondern in die westafrikanischen Nachbarländer - da ist ein Markt von 300 Millionen Menschen. Aber ich könnte heulen, weil die Voraussetzungen nicht da sind, um das zu nutzen."

hhh

Quellen: Tagesschau 6.4.2015

<https://www.tagesschau.de/ausland/nigeria-291.html>

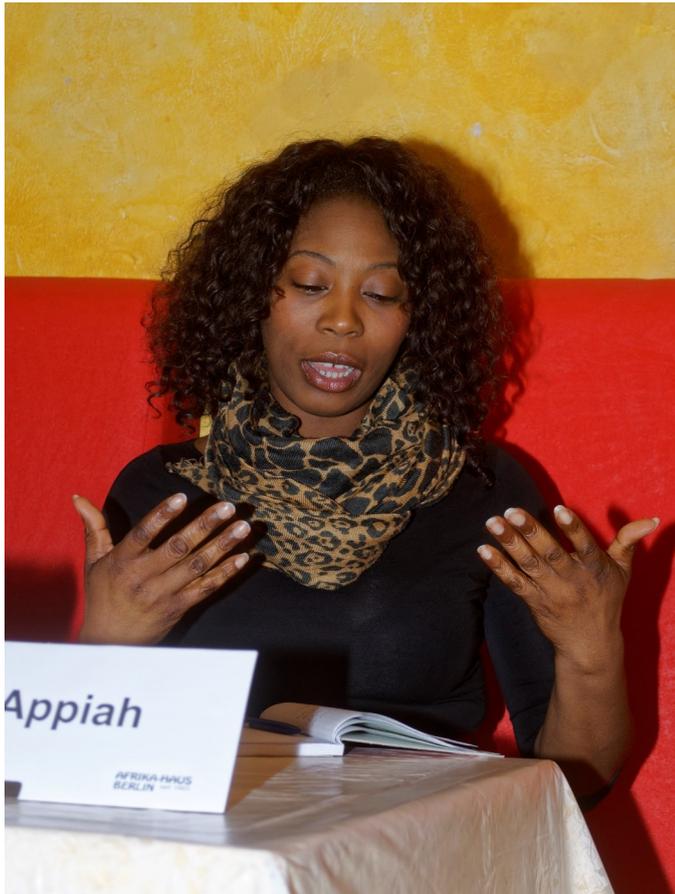
Spiegel online 22.12.2015

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/boko-haram-hindert-laut-unicef-eine-million-kinder-am-schulbesuch-a-1069038.html>

Von der Kolonialmetropole zur afropolitanen Weltstadt

130 Jahre nach der Kongo-Konferenz in Berlin (1884/85)

130 Jahre nach diesem prägenden geschichtlichen Ereignis rief das Afrikahaus die kolonialhistorische Vergangenheit in Erinnerung.



Eine (verleihbare) Ausstellung geht Spuren der kolonialen Expansion des wilhelminischen Kaiserreichs in der Topographie Berlins nach.

Auf einer Podiumsdiskussion werden Spuren der kolonialgeschichtlichen Vergangenheit im Stadtbild Berlins vergegenwärtigt und deren mögliche Bedeutung für Gegenwart und Zukunft der interkontinentalen Beziehungen reflektiert.

Es sprechen:

- **Dierk Schmidt**
Künstler, Autor
- **Özcan Mutlu**
Mitglied des Deutschen Bundestages
- **Dr. Christian Hanke**
Bezirksbürgermeister Berlin Mitte
- **Irene Appiah**
Bildungsreferentin bei der Behörde für Schule und Berufsbildung Hamburg

Moderation:

Jürgen Weber
Journalist, Berlin



Veranstalter: Farafina e.V. / Afrika-Haus Berlin

Gefördert durch die Berliner Landeszentrale für Politische Bildung mit Mitteln des Landes Berlin

Teilnehmer*innen: 32

2. bis 28. FEBRUAR 2015

Ausstellung im Afrikahaus: Kolonialspuren im Stadtbild Berlins

Auf dem Wege zur Kolonialmetropole entstand in Berlin eine Infrastruktur von kolonialen Verwaltungseinrichtungen, Organisationen und Museen.

Dazu gehört zum Beispiel das „Afrika-Haus“ am Karlsbad 10, das einst die Zentrale der Deutschen Kolonialgesellschaft beherbergte. Nicht zu vergessen ist das „Afrikanische Viertel“ im Wedding mit seinen kolonialgeschichtlich inspirierten Straßennamen.

In den vergangenen Jahren sind Bemühungen feststellbar, in Vergessenheit geratene Orte kolonialer Geschichte wieder sichtbar zu machen.

Vorbildgebend sind etwa die Errichtung einer Gedenkstele am Ort der Kongo-Konferenz in der Wilhelmhelmstraße, das Denkmal für den kongolesischen Freiheitskämpfer Patrice Lumumba auf dem Garnisonskirchplatz, der Stolperstein in der Brunnenstraße, mit dem an den 1944 im KZ Sachsenhausen ums Leben gekommenen Soldaten und Schauspieler Bayume Mohamed Husen erinnert wird.

Eine in der Krefelder Straße angebrachte Gedenktafel erinnert an den aus Ägypten stammenden Arzt Dr. Mod Helmy, der während der NS-Diktatur vielen Menschen das Leben rettete.

Zur Vermeidung postkolonialer Missverständnisse hatte ein Weddinger Kleingartenverein die „Dauerkolonie Togo“ in Dauer- Kleingartenverein Togo e.V. umbenannt.



Ende Februar 1885 ging in Berlin die Westafrika- oder Kongo-Konferenz zu Ende. Vertreter von zwölf europäischen Staaten, des Osmanischen Reiches und der USA regelten in ihrem Abschlussdokument die - damals bereits im vollen Gang befindliche - Aufteilung Afrikas. Bis heute gilt diese Konferenz als Sinnbild kolonialer Anmaßung und Ausbeutung.

Wir nahmen diesen Jahrestag zum Anlass, auf Spuren der Kolonialgeschichte im Berliner Stadtbild, aber auch in Geschichten der afrikanischen Diaspora hinzuweisen, deren Geschichte von der Kolonialgeschichte nicht zu trennen ist.

Mit der Ausstellung weist das Afrika-Haus auf Personen, Institutionen und Ereignisse aus der afrikanischen Migration der vergangenen rund drei Jahrhunderte hin.

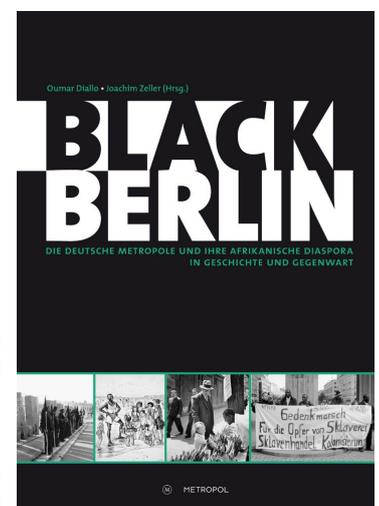
Hauptquelle ist neben aktuellen Recherchen der Sammelband Black

Berlin, den Joachim Zeller und ich zusammen herausgegeben hatten.

Die Präsentation der aus 20 Rollups (80 x 200 cm) bestehenden Ausstellung und das Begleitprogramm wurde von der Berliner Landeszentrale für Politische Bildungsarbeit mit einem Zuschuss von 4000 Euro gefördert.

Oumar Diallo, Farafina e.V.

Metropol Verlag 2013
ISBN: 978-3-86331-123-2
280 Seiten / 22 Euro



Die Ausstellung des Afrika-Haus über *Kolonialspuren im Stadtbild Berlins* besteht aus 20 frei im Raum platierbaren Rollups.

Ausleihbedingungen
verhandelbar

Entwicklungsziel Postkoloniale Emanzipation: Berlin auf dem Weg zur afropolitanen Metropole?

Berlin war (und ist) nicht nur „weiß“. Auch die afrikanische Migration prägte die Stadt und ihre Transkulturalität. Schon seit Jahrhunderten leben und arbeiten in Berlin Menschen afrikanischer Herkunft – oder Menschen dunklerer Hautfarbe. Heute könnte man von einem „afropolitanen“ Berlin sprechen. Mit diesem von der Schriftstellerin Taiye Selasi geprägten Begriff wird eine junge Generation kosmopolitisch geprägter Weltbürger mit afrikanischen Wurzeln umschrieben, wie sie in den großen Metropolen der Welt zu finden ist.

Wirft man einen Blick in das aktuelle „Afrika-in-Berlin Handbuch“, erhält man einen Eindruck von den zahlreichen Aktivitäten, Organisationen, Begegnungszentren Verbänden und Unternehmen der afrikanischen Community, die stetig im Wachsen begriffen ist.

Mitte des Jahres 2011 waren im Land Berlin 17.303 Afrikaner*innen gemeldet — ohne Afrodeutsche (also die schwarzen Deutschen) und andere Menschen afrikanischen Ursprungs aus anderen Ländern und Kontinenten, darunter Afroamerikaner, Afrobrasilianer oder Afrokariben.

Zählt man alle zusammen, dürfte sich die afrikanische Diaspora in Berlin auf mehrere Zehntausende Menschen belaufen. Damit beherbergt die deutsche Hauptstadt die wohl größte Gruppe von Schwarzen in der Bundesrepublik Deutschland, gefolgt von Hamburg.

Die Zahl der Menschen mit afrikanischen Wurzeln, die gegenwärtig in Deutschland leben, wird zwischen 400.000 und 800.000 geschätzt.

Verglichen mit anderen Metropolen

in Europa, vor allem in Frankreich und Großbritannien, ist die afrikanisch-deutsche Diaspora allerdings zahlenmäßig relativ klein.

Die jüngere (Emanzipations -) Geschichte des afropolitanen Berlins

Waren es im Westteil der Stadt vor allem die afroamerikanischen Soldaten und ihre Angehörigen, so trugen in der Hauptstadt der DDR die afrikanischen Studenten und die „Vertragsarbeiter“ insbesondere aus Mosambik und Angola, zur kosmopolitischen Prägung der geteilten Spree-metropole bei.

Die Reaktionen der weißen Mehrheitsgesellschaft auf die Anwesenheit der Afroamerikaner*innen belegen, dass das aus dem Kolonialismus und dem Nationalsozialismus herrührende rassenideologische Gedankengut auch in der Nachkriegszeit keineswegs verschwunden war.

So gab das Institut für Natur- und Geisteswissenschaftliche Anthropologie in Dahlem mit dem Einverständnis des Regierenden Bürgermeisters Ernst Reuter und in Zusammenarbeit mit dem Hauptjugendamt und dem Landesgesundheitsamt Anfang der 1950er-Jahre eine „anthropologische Studie an Mulattenkindern in Berlin“ in Auftrag.

Mit Bezug auf die NS-Rassenforschung kam die Studie zu der abstrusen Schlussfolgerung, dass die „intellektuelle Leistungsfähigkeit“ der Kinder „mäßig bleiben“ werde und die „starke Triebhaftigkeit, die sich bei den Mulattenkindern zeigte, als negrides Rassenmerkmal bestehen bleiben“ werde.

Es gab Diskussionen in der Öffent-

lichkeit, ob den „Europäer-Negermischlingen“ mit einer Politik der Integration oder der Segregation begegnet werden solle oder sie gar aus Deutschland auszuweisen seien. Von den bundesdeutschen Behörden wurden sie jedenfalls nur zögerlich als deutsche Staatsbürger anerkannt.

Die ungebrochene Fortsetzung (kolonial-) rassistischer Traditionen zeigte sich in vielen Bereichen wie etwa dem Filmgeschäft. So kam 1954 der – sinnigerweise in der Nähe der Zehlendorfer Siedlung Onkel-Toms-Hütte – gedrehte Film „Zehn kleine Negerlein“ in die Kinos.

Das Kindermusical nach dem bekannten Abzählreim lag im Trend der Exotik-Welle im Filmgeschäft der 1950er-Jahre. Es reproduzierte alle nur erdenklichen stereotypen Afrikabilder. Die Darsteller mussten mit Baströckchen bekleidet in einem „Negerdorf“ unter künstlichen Palmen Wilde mimen.

Sich eines rassifizierenden Vokabulars bedienend, hieß es dazu in der Berliner Tagespresse: „Die zehn jugendlichen Hauptdarsteller kennen Afrika nur vom Hörensagen. Sie sind in Berlin geboren und aufgewachsen. Die ‚erwachsenen‘ Neger dagegen sind alte Vorkriegsberliner und echte Schwarze, sie brauchen deshalb nicht geschminkt zu werden wie die Mischlingskinder.“

„Farbe bekennen“

Mit dem Buch, das maßgeblich auf der Diplomarbeit der afro-deutschen Schriftstellerin, Pädagogin und Aktivistin May Ayim (1960–1996) beruhte, manifestierte sich eine erste öffentliche Selbstdefinition schwarzer Menschen in Deutschland.

Hintergrund

Es galt der Aufarbeitung der eigenen verschütteten Geschichte und trug wesentlich zur Schaffung einer selbstbewussten afrodeutschen Identität bei. Dazu gehörte, den überkommenen diskriminierenden Fremdbezeichnungen der weißen Mehrheitsgesellschaft (z. B. dem N-Wort „Neger“) Eigenbezeichnungen wie Schwarze Deutsche, Afro-Deutsche oder People of Color entgegenzusetzen.

So entstand in den 1980er-Jahren unter den Schwarzen insbesondere im universitären Milieu Westberlins eine neue emanzipatorische Bewegung gegen Ausgrenzungen, Diskriminierung, Rassismus und Marginalisierung. Ausdruck dieser Entwicklung war die Gründung von Organisationen und Lobbygruppen, darunter im Jahr 1985 die „Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland“ (ISD) und 1986 ihrer Schwesterorganisation ADEFRA (Afrodeutsche Frauen/Schwarze Frauen in Deutschland).

Verdient machte sich die ISD unter anderem um die Offenlegung zweier Lebenslügen der Bundesrepublik Deutschland – sie sei kein Einwanderungsland und es gäbe keinen Rassismus. In diesem Sinne stellt auch ADEFRA fest: „Die deutsche Gesellschaft krankt noch immer an institutionalisiertem Rassismus, rassistischen und sexistischen Stereotypen und einer geringen Bereitschaft, Schwarze Menschen als einen integralen Teil dieser Gesellschaft anzusehen.“

Die in Berlin abgehaltene Veranstaltungsreihe „Black History Month“ bietet eine wichtige Bühne für die schwarze Kultur und Geschichte. Ziel war und ist, an die weitgehend verdrängte preußisch-deutsche Kolonialgeschichte zu erinnern, die auch einen wesentlichen Hintergrund der afrodeutschen bzw. afrikanischen Diaspora bildet.

Auch auf dem Feld der Kultur- und Sozialwissenschaften wird der Wandel greifbar. Dies spiegelt sich in Veranstaltungsreihen wider wie derjenigen mit dem Titel „Wissensmacht – Machtwissen“, die sich im Wintersemester 2009/10 an der Humboldt-Universität mit Rassismus und kolonialen Kontinuitäten in Universität und Wissenschaften auseinandersetzte. Studiengänge befassen sich zunehmend mit „postkolonialen Studien“ und der „kritischen Weißseinsforschung“.

Letztere nimmt nicht in erster Linie die Objekte bzw. die Opfer von Rassismus in den Fokus, sondern die Strukturen, die Rassismus ermöglichen. Weiße werden mit den sozialen Implikationen ihres Weißseins und den Parametern ihrer Dominanz konfrontiert. Im Zuge der transnational bzw. global orientierten Debatten stehen Diasporamodelle auf der Agenda, die sich gegen obsolet gewordene Konzepte von biologischer und kultureller Homogenität richten. Zukunftsfähigkeit wird solchen Gesellschaftsmodellen attestiert, die sich durch Vielfalt in einer verflochtenen Welt auszeichnen. In diesen Zusammenhang gehört etwa das Konzept des „Black Atlantic“, das der britische Kulturwissenschaftler Paul Gilroy als Antwort auf eine sesshafte Kulturgeschichte in den 1990er-Jahren entwickelte.

Es begreift und analysiert die weltweite – durch Sklaverei und Kolonialismus erzwungene – Zerstreuung schwarzer Kulturen als eine transnationale Bewegung. Unter dem Titel „Der Black Atlantic“ wurde das Konzept im Jahr 2004 in einer interdisziplinären Veranstaltungsreihe im Berliner Haus der Kulturen der Welt der breiten Öffentlichkeit vorgestellt.

In Berlin wurden weitere Organisationen etabliert, so etwa im Jahr 1997 „JOLIBA – Interkulturelles Netzwerk



in Berlin“. Der Verein tritt insbesondere mit Angeboten für afrikanisch-deutsche Familien hervor. Im Jahr 2002 wurden der „Rat afrikanischer Christen in Berlin und Brandenburg“ (RACIBB)³⁷ und 2005 der „Afrika-Rat“ gegründet. Die wichtigste Aufgabe des „Dachverbandes von Menschen afrikanischer Herkunft in Berlin und Brandenburg“, in dem 24 Vereinigungen zusammengeschlossen sind, ist es, die gemeinsamen Interessen der afrikanischen Diaspora in der Region zu bündeln und zu vertreten. Der (Selbst-) Ermächtigung der „People of Color“ dient auch die Etablierung schwarzer Medien, die ihren Anliegen Nachdruck verleihen.

So wurde am Ort der Kongokonferenz eine provisorische Gedenktafel mit folgender Inschrift enthüllt:

„Jeder Kolonialismus ist ein Verbrechen gegen die Menschheit. Die Bundesrepublik gedenkt der Menschen in Afrika, Asien und Ozeanien, die durch den deutschen Kolonialismus verletzt, ihrer Würde beraubt, verjagt und ermordet wurden. Sie bittet die Nachfahren um Entschuldigung.“

Quelle: Black Berlin

Dokumentarfilm:

Die Frauen sind hier – Die Casamance zwischen ländlichem Alltag, Klimawandel und Bürgerkrieg

OmU F2014, 60 Min

Die Casamance galt einst als Kornkammer des Sénégal, doch dann kam der Bürgerkrieg. Er riss Familien auseinander, zerrüttete Nachbarschaften und hinterließ ein vermintes Land. Viele flohen, geblieben sind die Frauen und Kinder.

Wie gehen Frauen mit der seit 30 Jahren andauernden Konfliktsituation in der Casamance im Süden Senégals um? Wie meistern sie ihren Alltag, mit welchen Proble-

men sind sie konfrontiert und welche Strategien haben sie entwickelt, um sich und ihre Familien durchzubringen. Frauen aus ländlichen Regionen, sowie Friedensaktivistinnen kommen in dem 60 minütigen Dokumentarfilm von Andrea Behrendt zu Wort. Begleitet werden sie bei der Reisernte, bei der Verarbeitung von Erdnüssen, bei der Arbeit in den ausgedehnten Mangrovenwäldern, wo Austern gezüchtet, Honig geerntet und kleine Mangrovenpflanzen gesetzt werden, um die Versalzung des Bodens zu verhindern.

Bei der Reisernte arbeiten die Frauen kollektiv auf den Feldern und singen dabei. Obwohl die Casamance als die Kornkammer Senégals gilt, sind die Menschen dort verarmt und müssen hungern.

Neben klimatischen Veränderungen ist die Konfliktsituation dafür ausschlaggebend. Der 60minütige Dokumentarfilm zeigt ihre Ursachen und begleitet die Frauen bei ihrer täglichen Arbeit. Er zeigt Aktivistinnen aus allen Gesellschaftsschichten, die trotz der schwierigen Lage für den Frieden und die Zukunft der Region kämpfen.



Veranstalter:

Rosa Luxemburg Stiftung

<http://www.rosalux.de/>

Besucher*innen: 18

Hintergrund

Gemeinsam für Frieden in der Casamance

Interview mit Cathy Kopp WFD-Kooperantin bei USOFORAL; Ziguinchor, zu den Friedensaktivitäten. (Original in WFD Querbrieff 2/2015 mit freundlicher Genehmigung)

Wie lebt es sich derzeit in der Casamance?

Cathy Kopp: Die Lage ist schwierig, vielen Menschen geht es schlecht. Es herrscht große Armut. Gerade ist Erntezeit für Cashewnüsse. Die Ernte ist nicht gut, dadurch sind die Preise sehr gestiegen. Es gibt Spannungen zwischen denen, die etwas ernten können und denen, die nichts haben. Diese existenziellen Sorgen um Zugang zu Nahrungsmitteln können auch zu Gewalt führen.

Wie reagieren die Frauen in der Casamance auf diese Situation?

CK: Die Frauen schließen sich zusammen und demonstrieren für ihre Forderungen. In den letzten Tagen wurde ein Strategiepapier verabschiedet mit Forderungen der Frauen der Casamance an die Regierung und die MFDC (Bewegung der demokratischen Kräfte der Casamance, die Red.). Sie fordern ein sofortiges Ende der Gewalt, Räumung der Minen, Maßnahmen zum wirtschaftlichen Wiederaufbau. Außerdem verlangen sie Transparenz im Friedensprozess und ihre Einbeziehung in die Friedensverhandlungen.

Was tun die Frauen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen?

CK: Zwischen Mitte April und Anfang Mai 2015 fanden in allen Regionen Senegals große Friedensdemonstrationen statt. Die Zivilgesellschaft in den anderen Regionen Senegals hat sich bisher wenig im Friedensprozess engagiert. Das ist seit dieser Aktion vorbei. Veranstaltungen haben in allen Hauptstädten der

Region stattgefunden. Dort wurde über die aktuelle Situation in der Casamance informiert und dazu aufgefordert, die Frauen dort zu unterstützen. Das Problem soll als ein senegalesisches Problem erkannt werden, nicht nur als ein Problem der Casamance. Das war ein großer Erfolg, es nahmen viele junge Menschen teil.

Wie läuft so eine Demonstration ab?

CK: Die Frauen haben die Farbe Weiß gewählt als Kleidung für diese Friedensdemos. Die Farbe Weiß als Farbe für Frieden. Es gibt große Transparente, auf denen die verschiedenen Forderungen der Frauen zu lesen sind.

Ein Auto mit Lautsprecher-Anlage ist auch dabei. Passanten werden aufgerufen, sich an der Demo zu beteiligen, sie werden über die aktuelle Situation informiert und die Bürger*innen werden aufgefordert, sich für den Frieden zu engagieren. An den Märschen beteiligen sich auch Politiker und religiöse Führer. Eine CD wurde produziert mit musikalischen Friedensappellen von 24 Sängerinnen und Sängern landesweit. Die läuft ständig in den verschiedenen Radiostationen (und kann beim Weltfriedensdienst bestellt werden).

Am Ende jedes Friedensmarsches wird ein Memorandum an Offizielle und Vertreter der MFDC übergeben. Darin fordern die Frauen Transparenz im Verhandlungsprozess, feste Termine dafür und dass die Frauen einbezogen werden. Die Gewalt soll sofort enden und die Minenräumung weitergehen. Es gibt aktuell etwa

eine Million Quadratmeter, die darauf warten, entminnt zu werden.

Waren viele Menschen auf der Straße?

CK: In den verschiedenen Städten nahmen zwischen 500 und 1.500 Frauen und Jugendliche teil. Wir sind sehr zufrieden mit der Mobilisation, besonders mit den Aktionen im Norden. Viele Menschen dort konnten die Situation in der Casamance nicht genügend. Dank der Aufklärungsarbeit der Komitees vor Ort hat es der Bevölkerung dort einen Schub gegeben sich zu engagieren.

Die Menschen sind aus sehr weit entlegenen Dörfern in die Hauptstadt ihrer Region angereist, um sich am Friedensmarsch zu beteiligen. Sie haben auch ihre Bereitschaft bekundet, weiter Druck zu machen, damit das Thema in den Medien bleibt.

Welche Rolle spielt die Unterstützung von außen bei diesen Aktionen?

CK: Wichtig ist es zunächst, den Partnern vor Ort zu ermöglichen, ihre Strategie landesweit und auch in den Nachbarländern umzusetzen. Außerdem berichten unsere Partner in Deutschland über die Situation im Land.

Durch die Vernetzungsarbeit und den Internetauftritt wird Aufklärungsarbeit über die Lage in der Casamance geleistet. Außerdem ermöglicht der Weltfriedensdienst den Austausch mit anderen Projekten der Friedensarbeit. So lerne ich Strategien aus anderen Ländern kennen. Das ist sehr bereichernd.

Herzlichen Dank.

Informations- und Dialogveranstaltung des Fair-Band e.V.



Die Firma bazarak hat im Rahmen des Monitorings des Fair-Bands einen Dialog durchlaufen.

Referentin bazarak UG: Debora Siller

Der Import von Schmuck und Drachen (landestypische Lenkdrachen) aus Afghanistan ist nicht einfach und eher untypisch. Dass es gelingt, hängt vom Zusammenspiel von mehreren Faktoren ab. Der Handelspartner ist eine sehr kompetente Frauengruppe in Afghanistan (Nazo Afghan Luminous Sun), gegründet aus einem Projekt der Entwicklungszusammenarbeit. Diese Gruppe wird nach wie vor von der engagierten Gründerin und dem deutschen Förderverein Nazo Deutschland e.V. beraten und unterstützt.

Die politisch angespannte und unsichere Situation in Afghanistan erschwert eine kontinuierliche wirtschaftliche Entwicklung. Immer wie-

der kommt es zu Produktionseinschränkungen und Importerschwierigkeiten.

Für die Schmuckherstellerinnen und Auszubildenden im Projekt ist eine Ausweitung der Produktion und eine kontinuierliche Vermarktung in Deutschland von großer Bedeutung, da das Einkommen den Familien ein wichtiges Grundeinkommen sichert.

Für die nachhaltige Entwicklung des Projektes werden folgende Schritte angegangen:

Die Zusammenarbeit aller Akteure um die Werkstatt und das Projekt in Afghanistan soll verstärkt werden. Denn hierbei sollen nicht nur die Produktion, sondern auch die sozialen Leistungen (z.B. Kindergarten und Verkaufskurse) gesichert werden. Vom deutschen Förderverein werden deshalb noch immer öffentliche Förderungen beantragt. Baza-

rak will die Entwicklung durch eine stärkere Präsenz auf dem deutschen Markt fördern.

Für weitere Informationen zum Dialog der Firma bazarak UG wenden Sie sich bitte direkt an den Fair-Band oder an die Firma bazarak UG.

Teilnehmer des Dialogs:

- Manuel Blendin (Forum Fairer Handel)
- Kurt Damm (Consultant im Fairen Handel)
- Nadine Berger (Fairhandels Beratung Berlin)
- Klaus Kruse (Ethiquable)
- Daniela Skaruppe (Filigrana-Schmuck,)
- Manfred Schumacher (Ndoro Trading)

23. März bis 25. April

Ausstellung:

Bedeutende Frauen Afrikas

Afrika auf dem Weg zur Geschlechtergerechtigkeit

Eine Ausstellung über afrikanische Fortschritte auf dem Weg zu mehr Entwicklungsgerechtigkeit zwischen den Geschlechtern. Wir präsentieren 27 Portraits afrikanischer Frauen, die im öffentlichen Leben Afrikas eine bedeutende Rolle gespielt haben oder noch spielen. Darunter befinden sich Staatspräsidentinnen, Friedensnobelpreisträgerinnen, Frauen, die sich erfolgreich für Menschenrechte, Umweltschutz und Frieden eingesetzt haben.

**Zu besichtigen ab Montag, den 23.03.2015
jeweils eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung
oder auf Anfrage.**

Ab Mitte Mai kann die Ausstellung auch ausgeliehen werden



Ellen Johnson Sirleaf
Seit 2006 Präsidentin von Liberia

Hintergrund

Eintritt frei

Unsere Ausstellung mit Kurzportraits bedeutender Frauen Afrikas ist natürlich nur ein Spotlight, das im starken Maße Mut machende Faktoren ins Rampenlicht holt.

Zu einer umfassenden Abbildung der Wirklichkeit gehören Licht- und Schattenseiten und das Licht darf auch nicht allein auf die Erfolgsgeschichte auserwählter Persönlichkeit privilegierter Schichten fallen.

Eine etwas breiter angelegte Sicht, auch auf die Mut machenden Faktoren erlaubt z.B. die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika. Danach ist Botswana vorbildlich bei der Verbesserung der ökonomischen Lage von Frauen. Bereits 2012 schaffte das im südlichen Afrika gelegene Land, dessen Regierung Steuereinnahmen aus dem

Diamantengeschäft zum Wohl der Bevölkerung investiert, Geschlechterparität in der Alphabetisierung junger Erwachsener .

Der Zugang zu Primär- und Sekundarschulen ist kostenlos. 2014 betrug die Einschulungsquote von Mädchen in Grundschulen 98,7 und die von Jungen 95,4 Prozent. In den Sekundarschulen waren Jungen und Mädchen mit jeweils 68 Prozent vertreten.

In Sachen politischer Partizipation ist Ruanda mit einem Anteil von 63,3 Prozent federführend, gefolgt von Senegal mit 43,3 Prozent und Südafrika mit 40,8 Prozent. Mosambik, Angola und Tansania liegen knapp unter 40 Prozent. In der Lokalpolitik setzen Benin mit 60 Prozent, Lesotho mit 49 Prozent und Gambia

mit 42 Prozent Frauenanteil den Trend.

Ein Hintergrund der verstärkten politischen Präsenz von Frauen bildet die Erklärung zur Geschlechtergerechtigkeit der Afrikanischen Union von 2004 und das Zusatzprotokoll der Afrikanischen Menschenrechtscharta zu Frauenrechten, das 2006 in Kraft getreten war. Bis 2020 sollen auch regionale Wirtschaftsgemeinschaften wie die westafrikanische ECOWAS oder die SADC im südlichen Afrika Geschlechtergerechtigkeit voranbringen.

Quelle:

Dr. Rita Schäfer: Frauen und Geschlechterpolitik in Afrika in Welt Trends Nr. 111

Die zur Ausstellungseröffnung am 23.3. vorgesehene Podiumsveranstaltung musste leider ausfallen, weil der in Algerien lebende Germanistin Frau Dr. Malika Bendaoud-Boulkifane das für ihre Deutschland – Rundreise benötigte Visum verweigert worden war.

AU-DELA DE LA RAISON DANS L'HISTOIRE

L'avenir de l'Afrique dans la phénoménologie de l'esprit

Referent:

Dr. Abou Sangaré

Maître de Conférence, Département de Philosophie
Université Alassane Ouattara, Côte d'Ivoire

Moderation:

Prof. Dr. Dr. Jacob Emmanuel Mabe

Vorsitzender der Amo-Gesellschaft



Abou SANGARÉ Maître de conférences
Département de philosophie
Université Alassane Ouattara
Bouaké- Côte d'Ivoire

RESUME

La Raison dans l'histoire, à cause des thèses afro-pessimistes qui y sont développées, cristallise tous les débats sur Hegel en Afrique. Ces débats, sur fond de querelles, mobilisent tellement les énergies dans les milieux intellectuels qu'il devient urgent de se demander s'il n'est pas possible de trouver, dans le corpus hégélien, une autre œuvre qui pourrait intéresser les Africains. Ne serait-il pas mieux d'envisager une Aufhebung de ces querelles dont la persistance n'empêche, ni Hegel d'exercer sur le monde intellectuel une certaine influence, pour ne pas dire une influence certaine, ni les pays africains de solliciter des éligibilités sur les listes des pays pauvres très endettés.

Nous inspirant des propos de Marx qui disait, dans sa onzième thèse sur Feuerbach que « Die Philosophen

haben die Welt nur verschiedenen interpretiert. Es kommt darauf an sie zu verändern », nous disons : Die Afrikaner haben bisher "die Vernunft in der Geschichte" von Hegel unter einem sehr pessimistischen Gesichtspunkt gelesen und tun so, als ob dieser Philosoph ihrem Kontinent nichts bringen könnte. Nun ist die Zeit gekommen, um Hegel in seinem phänomenologischen Korpus nochmals zu lesen, und zwar durch das Konzept des absoluten Wissens, mehr systematisiert und welches als normativer Bezugspunkt dienen könnte, um die Entwicklung Afrikas zu denken.

Mais Parler d'un au-delà de la Raison dans l'histoire suggère-t-il la fin, au sens d'une suspension, de cette œuvre dans tout projet d'évaluation de l'Afrique à la lumière de la philosophie de Hegel?

Loin s'en faut ! Penser cet au-delà, ce n'est ni une tentative de mettre un terme au contentieux Hegel-Afrique, ni un rejet systématique de cette pièce maîtresse de l'esprit objectif. Pareils tentative et rejet seraient, selon Dibi Augustin, « un reniement absolu de la dialectique, détermination essentielle du philosophe hégélien dans sa globalité » et une méprise de la systématité de sa philosophie.

Mais, si nous considérons comme admis le principe d'une Aufhebung de la Raison dans l'histoire, vers quelle oeuvre faudra-t-il lever le regard pour repenser le développement de l'Afrique, puisque ce qui est problématique dans l'avenir de ce continent, c'est la question de son développement? Ne conviendrait-il pas de séjourner, avec patience, dans la Phénoménologie de l'esprit qui, bien intuitionnée, peut libérer un potentiel d'intelligibilité qui puisse servir de référent normatif au développement de ce continent

? Quel est le fond substantiel de la Phénoménologie de l'esprit pour que soit envisagé le développement de l'Afrique à partir de cette œuvre ?

Le savoir asolu qui y est systématisé, ce savoir fondé sur la rigueur du concept, et dont l'appropriation ouvre des chantiers d'un développement intégral, ne serait-il pas la justification la plus élaborée du choix de cette œuvre pour penser le développement de l'Afrique ?

VERANSTALTER:

AWAG Anton-Wilhelm-Amo-Gesellschaft e.V.
[http:// www.antonamogesellschaft.de/](http://www.antonamogesellschaft.de/)

Teilnehmer*innen: 17

Hintergrund

L'objectif principal assigné à ce texte est de proposer une réflexion assez froide de la complexité des rapports Hegel-Afrique en dehors de tout africanisme passionné soutenu par les querelles suscitées par la Raison dans l'histoire au profit de ce que j'appelle un africanisme raisonné qui, sans doute, à travers une lecture de la Phénoménologie de l'esprit, dans la patience qu'exige l'activité du concept, pourrait permettre de voir Hegel

comme « le pur penseur de l'Afrique ». Il s'agit surtout, à travers le concept de savoir absolu systématisé dans cette œuvre, de fournir aux Africains, les instruments nécessaires à une représentation substantielle de soi, pour comprendre les conditions d'un développement authentique.

Dr. Abou Sangaré

Zusammenfassung

Aufgrund der afropessimistischen Thesen, die darin entwickelt sind, kristallisieren sich in „Hegels Vernunft der Geschichte“ sämtliche Debatten über Hegel in Afrika.

Der Fokus auf diesen Aspekt kostete viele Energien im intellektuellen Milieu. Es ist an der Zeit zu fragen, ob sich im Schaffen Hegels nicht etwas findet, das für Afrika interessant sein könnte.

Könnte nicht die Lektüre der „Phänomologie des Geistes“ erlauben, mit Hegel Afrika neu zu denken?

Das scheint für das Konzept des absoluten Wissens zu gelten, das in diesem Werk systematisiert ist. Es könnte für die Debatten in Afrika die notwendigen Instrumente für eine substantielle Selbstdarstellung zur Verfügung stellen, die helfen, die Bedingungen einer authentischen Entwicklung zu verstehen.

Anton Wilhelm Amo war der erste schwarze Philosoph an einer deutschen Universität



„Die Disputation ist ein feierlicher Akt, in welchem die im reflexiven Geistesakt gefundene Wahrheit gegen die durch urteilsgemäße Begründung erhobenen Einwände und Zweifel um der stärkeren Festigung der Wahrheit willen gediegen und öffentlich verteidigt wird.“

Anton Wilhelm Amo, Traktakt, Kap. III, Abschn. I, § 1, S. 270.

Anton Wilhelm Amo wurde zu Beginn des 18. Jahrhunderts in Axim im heutigen Ghana geboren. Sklavenhändler fingen ihn und brachten ihn als vierjähriges Kind an den Hof des Herzogs Anton Ulrich von Welfenbüttel (1633-1714). Ab 1727 studierte Amo in Halle Philosophie und Jura. In Wittenberg studierte er Physiologie, Pneumatologie (heute Psychologie) und Medizin.

Am 17.10.1730 erlangte Amo seinen Magister in Philosophie und den Freien Künsten. 1729 verfasste er

seine erste Disputation unter dem Titel *De jure Maurorum* in Europa in lateinischer Sprache (zu Deutsch: Über die Rechtsstellung der Mohren in Europa), in der er die Rechtsstellung der Schwarzen im damaligen Europa untersuchte, 1734 promovierte er in Philosophie, mit seiner Dissertation *De humanae mentis apatheia* (zu Deutsch: Das Leib-Seele-Problem). 1737 erhielt er die Lehrberechtigung. In Ablehnung zum Idealismus und in Anlehnung an den Rationalismus entwickelte Amo darin eine eigene materialistische Position.

Von 1736 bis 1738 unterrichtete er an den Philosophischen Fakultäten der Universitäten Halle und Wittenberg als Privatdozent. 1739 hielt er laut einer Vorlesungsankündigung aus seiner Feder an der Universität Jena philosophische und naturwissenschaftliche Vorlesungen unter anderem in Deutsch, Französisch, Griechisch, Hebräisch, Niederländisch

und Latein.

Amo kritisierte in seiner ersten Disputation die miserable Lage der an vielen europäischen Königs- und Kurfürstenhöfen dienenden Schwarzen, die als Leibgarden und Ausstellungsobjekte für schaulustige Europäer ohne jeglichen Rechtsschutz lebten. Diese Disputation lief fast parallel zu den Protesten der britischen Quäker, die sich 1727 gegen den Sklavenhandel erhoben. 1747 verließ er Deutschland in Richtung Ghana. Hintergründe sind vermutlich der Tod seiner Mentoren und Freunde, berufliche Schwierigkeiten, zunehmender Rassismus und gesellschaftliche Isolation.

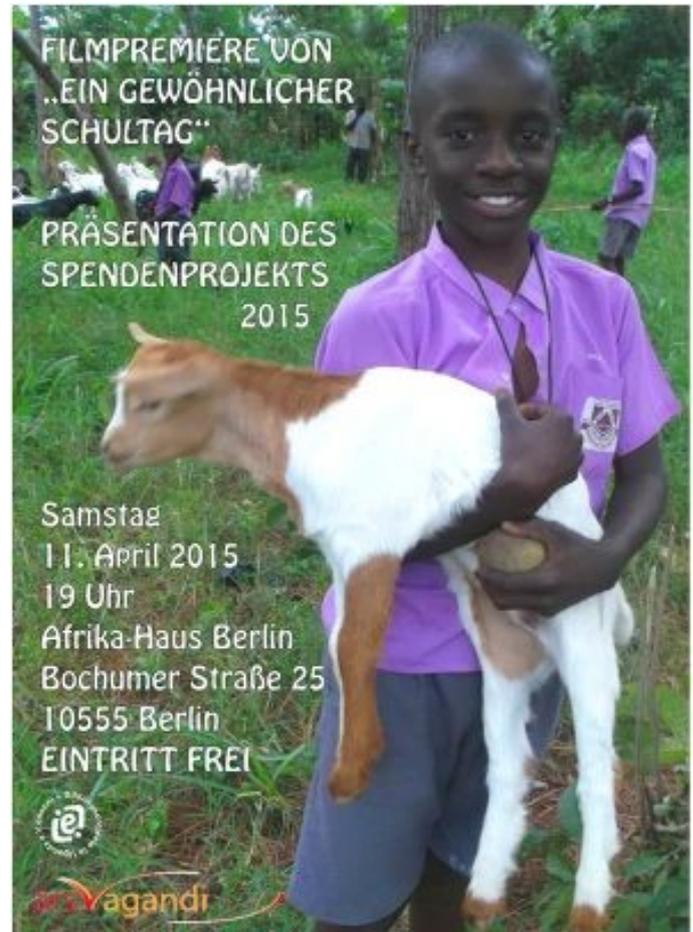
Quelle: Black History Month 2011: 4. Februar 2011 von Joe Dramiga Anton Wilhelm Amo der erste schwarze Philosoph an einer deutschen Universität <http://www.scilogs.de/die-sankore-schriften/black-history-month-2011-anton-wilhelm-amo-der-erste-schwarze-philosoph-an-einer-deutschen-universitaet/>

Filmpremiere: Ein gewöhnlicher Schultag

Der Film wurde im Herbst 2014 in der „Outspan Primary School“ in Namulonge/Uganda gedreht.

Diese Grundschule ist eine „boarding school“, d.h., ein Teil der Schüler wohnt während der Schulzeit in der Schule – Waisenkinder leben während des ganzen Jahres dort.

Der Film dokumentiert einen gewöhnlichen Schultag: vom Aufstehen um 05:00 Uhr früh bis zum Zubettgehen um 21:30 Uhr. Dazwischen liegen lange Unterrichtspha-



sen, unterbrochen von kurzen Essenszeiten und der alltäglichen Hausarbeit. Ein karges und hartes Leben für eine gute Schulbildung!

Zum Auftakt der diesjährigen Spendenaktion zeigen wir neben dem Film (s.o.) eine Fotodokumentation der letzten Projekte und informieren über jene Maßnahmen, die mit Hilfe des Spendenvolumens an den beiden Grundschulen in Uganda realisiert werden sollen.

Veranstalter:

Spendenprojekt 2015 von ennoni –
Bildungsprojekte in Uganda e.V.

Besucher*innen: 36

25. April 2015

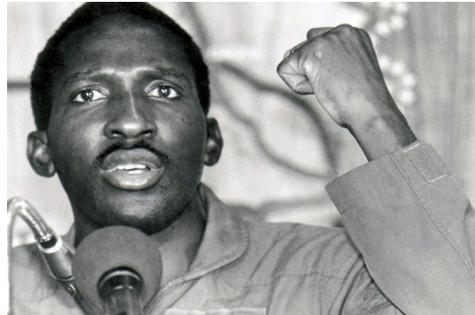
Filmabend: Le Capitaine Thomas Sankara

Samstag, 25.04.2015 um 18:00 Uhr

Ein Film von: Christophe Cupelin,
Schweiz/BF, 104 min., 2012
Französisch mit deutschen Untertiteln

**Burkina Faso Kulturverein Berlin e.V.
lädt ein zum Film-Abend.**

Das aus Archivmaterial zusammengestellte Porträt von Thomas Sankara, Präsident Burkina Fasos vom 4. August 1983 bis zu seiner Ermordung am 15. Oktober 1987, ist eine Hommage an den außergewöhnlichen Staatsmann, der durch seine weitsichtigen und mutigen Reformen und seine resolut anti-imperialistische Politik



die Geschichte seines Landes und des afrikanischen Kontinents nachhaltig beeinflusst hat.

Mit diesem Dokumentarfilm,

der mit der Energie eines zwischen Idealismus und Ironie schwankenden Punk-Manifests daherkommt, gibt uns Filmemacher Christophe Cupelin einen ganzheitlichen Überblick über das intellektuelle und politische Erbe dieses untypischen Staatschefs, der sowohl mit seinen Worten als auch mit seinen Taten Anstoß erregte.

„Brutal und bewegend.“ Le Monde

„Ein Film wie ein Faustschlag.“ Tribune de Genève

Eintritt 3,- Euro



Siehe auch den Bericht zur Veranstaltung am 10.12, als die Initiative KINO FÜR MOABIT den gleichen Film vorführte — ergänzt durch ein Publikumsgespräch mit der Filmexpertin (freiburger) sowie der Afrikaexperte (AfrikAvenir)

Auf Seite 78 und 79



Veranstalter: Burkina Faso Kultur Verein e.V.

Ansprechpartner: Clement Drabo: burkinainfo@web.de

Besucher*innen: 80

BERLINER AFRIKAKREIS:

Between TTIP and EPAs – What Future for African trade and development?

The Initiative Southern Africa (INISA) and the Society for International Development (SID-Berlin) cordially invite you in cooperation with the Afrikahaus:

Speaker:

- **Prof Francis A. S. T. Matambalya**
 Head of Research, International Small Enterprise Promotion and Training (SEPT) Program, University of Leipzig
- **Judith Helfmann-Hundack**
 Head of Foreign Trade & Development Policy, German-African Business Association
- **David Hachfeld**
 Policy Advisor Economy and Globalization, Oxfam Germany

Chair:

Mareike Brandt

Initiative Südliches Afrika, INISA e.V.

African regional economic communities continue to negotiate Economic Partnership Agreements (EPAs) with the European Union although the EU imposed deadline of October 2014 has expired and non-least-developed African countries have since lost their preferential access to European markets.

African states also find themselves subject to potential consequences of the TTIP negotiations between the United States and the EU. What risks and what opportunities would a Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) carry for African economies?

Does TTIP undermine the global effort of the Sustainable Development Goals process, as critics argue, or

does it on the contrary offer new growth and investment opportunities for the African continent within an expanding global economy?

Where do African countries currently stay in their economic relations with Europe and what future prospects exist?

The discussion will be in English.



VERANSTALER:

Initiative Southern Africa (INISA) und Society for International Development (SID-Berlin) in Kooperation mit dem Afrikahaus

Teilnehmer*innen: 60

Hintergrund

EPS-Handelsabkommen — alles auf gutem Wege?

Seit zwölf Jahren verhandeln EU und afrikanische Länder über die Liberalisierung ihrer Handelsbeziehungen. Den Rahmen bilden die sogenannten „Ökonomischen Partnerschaftsabkommen“ (EPAs). 2014 hatte die EU Vereinbarungen mit drei Regionalgruppierungen abgeschlossen: mit der westafrikanischen Gemeinschaft ECOWAS, der ostafrikanischen EAC und der SADC im südlichen Afrika. Entwicklungspolitisch engagierte Institutionen und Persönlichkeiten wie z.B. das europäische NGO-Bündnis CONCORD sahen darin eher eine Verfestigung der Ausbeutung Afrikas, während es in einem Papier der Heinrich-Böll-Stiftung ^(Anm.1) heißt, dass die „neokolonialen Blüenträume der EU nicht aufgegangen“ seien, was „einer Veränderung der internationalen Landschaft“ gleichkäme.

Die Kritiker hatten befürchtet, dass die EPAs mit ihrem Fokus auf Nord-Süd-Integration die entwicklungspolitisch vorrangige innerafrikanische Integration behindern würden. Anfangs waren die Verhandlungsgruppen auf afrikanischer Seite willkürlich zusammengesetzt, lagen quer zu existierenden regionalen Gemeinschaften. Und während die am wenigsten entwickelten LDCs schon vorher Zugang zu EU-Märkten hatten, mussten Non-LDC-Länder wie Ghana oder Kenia befürchten, dass ihnen beim Scheitern der Verhandlungen der Zugang beschränkt würde – tatsächlich hat die EU diese Drohung 2014 gegen Kenia eingesetzt.

Der Autor der Heinrich Böll Studie, Afrika-Ökonom Helmut Asche, hält dagegen fest, dass die nun mit den Regionalgruppen abgeschlossenen

EPAs sich auf Handelsliberalisierung beschränken und Versuche der EU, die Angleichung institutioneller Standards durchzusetzen zunächst gescheitert seien. Und dadurch, dass die drei bisherigen EPAs mit den existierenden Regionalzusammenschlüssen abgeschlossen wurden, sei die mit den EPAs verbundene Gefahr für den afrikanischen Integrationsprozess gebannt.

Weiterhin war befürchtet worden, dass die EPAs die Spielräume der betroffenen Länder für den Aufbau nationaler bzw. regionaler Verarbeitungsindustrien und deren ‚Aufstieg‘ innerhalb globaler Verarbeitungsketten einengen würden. Dazu gehören die Steuerung von Importen, nationale bzw. regionale Agrar- und Industriepolitik, die Förderung nationaler Unternehmen, Exportsteuern und Subventionen für Rohstoffe, um die lokale Verarbeitungstiefe zu steigern, usw.

Nach Asche sei es aber gelungen, Ausnahmeregelungen bzw. lange Übergangsperioden durchzusetzen.

Alles auf gutem Wege?

Im Informationsbrief WELTWIRTSCHAFT & ENTWICKLUNG (WEED) wird Asches Optimismus eher skeptisch gesehen. Der WEED Autor Jörg Goldberg schreibt:

„Obwohl m.E. Asche zuzustimmen ist, wenn er die Verhandlungsergebnisse positiv als Ausdruck veränderter Kräfteverhältnisse wertet, so ist doch fraglich, ob die (relativen) Erfolge ausreichen werden, um Afrika den Pfad nachholender Entwicklung zu öffnen (...) Die erkämpften Spielräume bestehen oft in komplizierten Klauseln und Ausnahmeregelungen, die von den afrikanischen Regierungen



erst ausgefüllt werden müssen. Kernpunkt ist die Handlungs- und Steuerungsfähigkeit der Regierungen, womit es bekanntlich in vielen afrikanischen Ländern hapert.“ ^(Anm.2)

Goldberg weist darauf hin, dass viele afrikanische Länder von Entwicklungshilfe abhängig und somit erpressbar seien. Außerdem bestehe die Gefahr, dass TTIP und CETA zu Handelsumlenkungseffekten zu Lasten afrikanischer Anbieter führen wird. Denn die afrikanischen Exporte betreffen vor allem Güter, bei denen es aktuell noch Beschränkungen im Handel Nordamerika/Europa gibt, Afrikaner also Vorteile haben, die nicht erfüllt werden (können).

hhh

Anm. 1: Helmut Asche: Europa, Afrika und der Transatlantik. Die Nord-Süd- Herausforderung für entwicklungsorientierte Handelspolitik, 19 S., E-Paper hg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, Oktober 2015. Bezug: über https://www.boell.de/sites/default/files/web_151020_e-paper_eruopa_afrika_transatlantik_v102_1.pdf

Anm. 2: Jörg Goldberg: Kontroverse um Ökonomische Partnerschaftsabkommen: Eine gewonnene Schlacht für Afrika? In Informationsbrief WELTWIRTSCHAFT & ENTWICKLUNG (WEED) Nr. 2/2016

Ausstellung im Afrika-Haus: **GESCHICHTE(N) DER SCHULDENKRISE**



Geschichten der Schuldenkrise

Seit einiger Zeit ist eine starke Neukreditaufnahme vor allem in Subsahara-Afrika zu beobachten.

Dazu gehören Länder, die ehemals unter der Entschuldungsinitiative für die ärmsten Länder Anfang des Jahrtausends entschuldet wurden.

In manchen Ländern zeigen sich bereits neue Krisenanzeichen, wie in Ghana und Sambia.

Wanderausstellung „Geschichten der Schuldenkrise“ im Afrikahaus Berlin

Vom 14. Mai bis zum 2. Juni 2015 ist die vom deutschen Entschuldungsbündnis erlassjahr.de konzipierte

Wanderausstellung „Geschichten der Schuldenkrise“ im Afrikahaus Berlin zu sehen. Auf zehn quadratischen, von innen beleuchteten Ausstellungssäulen bietet die Ausstellung einen umfassenden Einblick in die historischen Wege in und aus Schuldenkrisen.

Den Beginn machen Reflexionen zum eigenen Alltagsverständnis von Schulden. Schulden werden oft als

moralische Schuld wahrgenommen. Dabei sind sie an sich sehr nützlich. Sie erlauben es z.B. Staaten, Investitionen zu tätigen und damit Wachstum und Entwicklung anzustoßen. Nur wenn Kredite ohne Berücksichtigung der Rückzahlungskapazität des Schuldners vergeben werden, werden Schulden zum Problem. Das passiert jedoch regelmäßig. Schuldenkrisen sind keinesfalls die Ausnahme.

Die Schuldenkrisen seit den 1980er Jahren

1982 begann mit der Zahlungseinstellung Mexikos die sogenannte „Schuldenkrise der Dritten Welt“. Viele Länder in Lateinamerika, Afrika und Asien folgten in den 1980er und 1990er Jahren in die Schuldenkrise.

Die Ausstellung zeigt den langen Weg vom Ausbruch der Krise bis zu den ersten Versuchen, diese vernünftig zu lösen. Die wichtigsten Gläubigernationen, der Internationale Währungsfonds und die Weltbank entschieden sich, den Schuldendienst mit neuen Krediten zu finanzieren. Erst als offensichtlich wurde, dass das die Probleme nur noch verschlimmerte, begannen die Gläubiger schrittweise einige Schulden zu erlassen.

Trotzdem werden heute auch die Schulden Griechenlands immer wieder nur mit neuen Krediten gestreckt. Die Ausstellung zeigt, dass dies nicht die einzige Parallele ist.

Die Verschleppung hat insbesondere für die Menschen, die durch Armut und fehlende soziale Absicherung ohnehin am verwundbarsten sind, dramatische Konsequenzen.

1999 wurde dann beim G8-Gipfel in Köln der Erlass der Schulden von 39 armen hoch verschuldeten Ländern beschlossen. Entscheidend für die Verabschiedung der Erlassinitiativen war die internationale Entschuldungsbewegung, aus der auch erlassjahr.de hervorgegangen ist.

Veranstalter:

**Farafina e.V. / Afrikahaus-Berlin; erlassjahr.de -
Entwicklung braucht Entschuldung**

Gefördert von der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft / Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit und von Engagement Global (FEB) mit Mitteln des BMZ

Hintergrund

Der zivilgesellschaftliche Druck spielte auch eine entscheidende Rolle für die Aufnahme Boliviens in die Initiative, das ursprünglich als „nicht arm genug“ angesehen wurde. Am Länderbeispiel Bolivien zeigt die Ausstellung außerdem, welche Erfolge durch die Entschuldung bei der Armutsreduzierung erzielt werden konnten und wie der Erlass das Land auch politisch veränderte.

Mit drei interaktiven Multimedia-Elementen bezieht die Ausstellung die Besucherinnen und Besucher ein. An einer Stelle fragt sie zum Beispiel: „Würden Sie diesem Mann die Schulden erlassen?“. In einem Video bittet dieser Mann um einen Erlass für sein Land, das nach einem Krieg, den das Land selbst angefangen hat, daniederliegt und das sich durch einen Schuldenerlass einen wirtschaftlichen Neuanfang erhofft. Die Besucher/innen werden gebeten, mit Ja oder Nein abzustimmen.

Um welches Land es geht?

Dazu müssen die Besucher/innen des Afrikahauses noch ein bisschen weiter durch die Ausstellung gehen, vorbei an der Säule zur drohenden Schuldenkrise in Subsahara-Afrika und an der zu Geierfonds, bis hin zur Säule mit der Nummer 8. Hier erfahren sie dann: Das Land, um das es in dem Beispiel geht, ist Deutschland. Das Londoner Schuldenabkommen regelte den Erlass von etwa der Hälfte der deutschen Auslandsschulden im Jahr 1953. Die Ausstellung informiert über die quantitativen und qualitativen Dimensionen des Abkommens und ordnet es in seinen historischen Kontext ein, der notwendig ist, um zu verstehen, warum Deutschland damals einen derart großzügigen Erlass erhielt. Unter den Ländern, die damals auf ihre Forderungen gegenüber Deutschland verzichteten, ist übrigens auch Griechenland.

Auch wenn dieses und andere Beispiele zeigen, dass es Alternativen zum aktuellen, ineffizienten Schuldenmanagement gibt, gibt es bis heute kein geregeltes rechtlich verankertes Verfahren, mit dem ein Staat seine Schulden situation transparent und fair für alle Beteiligten regeln kann, so wie hier in Deutschland Menschen und Unternehmen auf ein rechtsstaatliches Insolvenzverfahren zurückgreifen können. Wie ein solches Verfahren aussehen könnte, auch das zeigt die Ausstellung.

Am Ende wird deutlich: Schulden sind kein Schicksal, das unabänderlich über die Völker hereinbricht, sondern ein Ausdruck von Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Die Ausstellung zeigt in Geschichten, Erfahrungen und Ideen, wie diese Verhältnisse verändert werden können.

Die Ausstellung kann gemietet werden. Weitere Informationen unter www.erlassjahr.de/ausstellung oder telefonisch in der erlassjahr.de-Geschäftsstelle unter 0211 4693-196.



Neue Schuldenkrisen in Subsahara-Afrika?

Der Internationale Währungsfonds (IWF) war 1999 überzeugt, dass seine Entschuldungsinitiative das Schuldenproblem der armen Länder ein für alle Mal gelöst habe. So formulierte er in einem Bericht über die im Rahmen der HIPC-Initiative (*heavily indebted poor countries initiative*, dt.: Initiative für hoch verschuldete arme Länder) entschuldeten Staaten:

„Die HIPC-Initiative macht es ihnen möglich, sich für alle Zeiten aus dem Umschuldungsprozess zu verabschieden“.

Schaut man sich heute die Überschuldungsrisiken der damals entschuldeten Staaten an, sieht man schnell, dass viele der damals entschuldeten Staaten aktuell wieder ein hohes oder mittleres Überschuldungsrisiko haben.

Die Aussage des IWF beruht auf der Annahme, dass Staaten nicht pleitegehen können. Wenn sie es dann doch tun, wird versucht, die Krise mit einer einmaligen „Hau-Ruck“-Aktion zu lösen. Danach gilt dann wieder (bis zur nächsten Schuldenkrise), dass Staaten nicht pleitegehen können.

Diese Annahme bestimmt auch heute noch das Verhalten von Politik, Kreditgebern und Anlegern. Sie vertrauen darauf, dass die Vergabe von Krediten immer Entwicklung und Wachstum anstößt, die die problemlose Rückzahlung der Kredite möglich machen. Und sollte das einmal nicht klappen, wird der Schuldner schon irgendwo sparen können, um seinen Schuldendienst nicht einstellen zu müssen.

Seit Jahren beobachten wir eine hohe Neukreditvergabe an Entwicklungs- und Schwellenländer. Im Fokus dieser Entwicklung ist

vor allem die Region Subsahara-Afrika.

Bis 2006 haben sich vor allem nordafrikanische Länder Geld am internationalen Kapitalmarkt geliehen. Doch seit Mitte der 2000er begann in Subsahara-Afrika ein Trend, der seit spätestens 2012 zunehmend Fahrt aufnimmt: Länder, die noch vor wenigen Jahren zu den größten Entwicklungshilfeempfängern der Region zählten, platzieren seither wie in einer Art Wettlauf sogenannte Euromarktanleihen auf dem internationalen Kapitalmarkt.

Viele dieser Länder haben nicht einmal eine anerkannte Einstufung ihrer Kreditwürdigkeit, an der sich Anleger sonst orientieren. Die Länder, die eine Einstufung besitzen, liegen meist unter der Anlagebonität. Trotzdem sind die Anleiheemissionen einiger dieser Länder mehrfach überzeichnet. Damit ist gemeint, dass die Nachfrage nach der emittierten Anleihe höher ist, als das Angebot. Auf eine kenianische Euromarktanleihe in Höhe von 2 Millionen US-Dollar, die im Juni platziert wurde, wurden beispielsweise fast 9 Milliarden US-Dollar geboten.

Dieser Trend hängt mit einem weiterhin großen Bedarf an Mitteln für die Entwicklungsfinanzierung in diesen Ländern zusammen. Viele Länder haben noch immer rudimentäre Straßennetze oder eine schlecht ausgebaute Energieversorgung. Da die eigenen finanziellen Mittel und Entwicklungshilfegelder knapp sind, müssen dazu Kredite aus dem Ausland aufgenommen werden. Gleichzeitig sind Entwicklungs- und Schwellenländer aufgrund ihres Rohstoffreichtums und ihres hohen Wachstumspotentials für Anleger und Investoren momentan besonders attraktiv, denn in reichen Län-

dern sind die Wachstums- und Gewinnaussichten zurzeit bescheiden.

Entwicklungsländer können sich daher im Moment vergleichsweise günstig verschulden. Dadurch besteht die akute Gefahr, dass Anleihen ungeachtet der eigenen Rückzahlungskapazitäten emittiert werden.

Der IWF hat jüngst festgestellt, dass die zunehmende Emission von Anleihen durch ärmere Länder nur eine geringfügige Zunahme an öffentlichen Investitionen zur Folge hat. Oft werden stattdessen Haushaltsdefiziten oder Lohnkosten im öffentlichen Sektor finanziert.

Gleichzeitig besteht noch ein weiteres Risiko: Schulden werden oft nicht aufgenommen, um sie irgendwann vollständig zurückzuzahlen, sondern um sie ständig zu refinanzieren und aus der Differenz zwischen erzielten Wachstumseffekten und fälligem Zins Entwicklung zu finanzieren. Schwierigkeiten können entstehen, wenn der Zugang von Entwicklungsländern zum Kapitalmarkt wieder schwieriger wird. Das kann passieren, wenn sich die Risikowahrnehmung der Anleger verändert oder Anleihen in anderen Regionen verhältnismäßig rentabler werden. Dass bei Fälligkeit der Anleihen weiterhin so viel billiges Geld zur Verfügung steht wie jetzt, ist keinesfalls gesichert.

Expertinnen und Experten beim IWF gehen schon davon aus, dass die Finanzierungskosten für neue Anleihen in der Zukunft höher sein werden als jetzt. Die Rückzahlung der Anleihen kann dann für die Schuldnerstaaten

Mara Liebal

29. Mai 2015

19:00 Uhr

Podiumsgespräch:

SCHULDENKRISE – WAS TUN?!

Es sprechen

- **Kiama Kaara**
Direktor des kenianischen Entschuldungsnetzwerks
- **Jürgen Kaiser / erlassjahr.de**

Moderation:

Dr. Konrad Melchers

Ehem. Editor in Chief ret., Entwicklungspolitik

Am 9. September 2014 passierte in der UNO-Vollversammlung Unerhörtes: Mit der Mehrheit ihrer Stimmen verabschiedeten die in der „Gruppe der 77 & China“ (G77) zusammengeschlossenen Entwicklungs- und Schwellenländer eine Resolution, in der die Weltorganisation verpflichtet wird, bis September 2015 einen Rechtsrahmen für eine geordnete Staateninsolvenz zu entwickeln.

Experten des Entschuldungsnetzwerkes in Deutschland und in Kenia diskutierten u.a., welche Chancen sich daraus für die Forderungen der erlassjahr.de ergeben:

erlassjahr.de will erreichen

- dass arme Länder bei künftigen Schuldenkrisen in einem fairen und transparenten Verfahren Schuldenerlasse erhalten können – statt weiterhin von



Gnade und Einsicht ihrer Gläubiger im Einzelfall abzuhängen;

- dass Auslandsschulden, die unter Missachtung internationaler Rechtsstandards zustande gekommen sind und die die Erreichung von international vereinbarten Entwicklungszielen verhindern, gestrichen werden;
- dass Standards für verantwortliche Kreditvergabe und Kreditaufnahme entwickelt und durchgesetzt werden, um die gemeinsame Verantwortung von Gläubigern und Schuldnern festzuschreiben.

Gefördert durch das Bundesministerium für Entwicklungszusammenarbeit, FEB und die Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit

Veranstalter:

Farafina e.V. / Afrikahaus-Berlin; erlassjahr.de -
Entwicklung braucht Entschuldung

(Über 600 Trägerorganisationen bestehend aus Landeskirchen, Diözesen, entwicklungspolitische Organisationen, Eine-Welt-Gruppen, Vereine, Kirchengemeinden und Weltläden).

Teilnehmer*innen: 16

Fortsetzung, Seite 32

zu einem Problem werden. In Ghana und Sambia zeichnen sich bereits die ersten Anzeichen einer neuen Schuldenkrise ab.

Kommt es zu neuen Schuldenkrisen, dann stehen diese Länder vor den gleichen Herausforderungen,

wie Mexiko, die Philippinen oder Senegal in den 1980er und 1990er Jahren: Es gibt kein Verfahren, um eine Schuldenkrise schnell und fair zu lösen.

Die Entwicklungs- und Schwellenländer haben erkannt, dass einmalige Schuldenschnitte keine nachhal-

tige Lösung sind. Sie haben im September 2014 die Schaffung eines Rechtsrahmens für Staateninsolvenz in der Vollversammlung der Vereinten Nationen gefordert. Doch die reichen Länder haben die Erarbeitung eines solchen Verfahrens bisher boykottiert.

Viertes Entwicklungspolitisches Werkstattgespräch: **Indigene Landbausysteme – Gefahr oder Chance für den Klimaschutz?**

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2015 zum „Internationalen Jahr der Böden“ ausgerufen.

Abnehmende Bodenqualität (Auszehrung, Versalzung, Verseuchung, Versauerung) und ungerechte Bodenverteilung (Konflikte um Landrechte, Landraub) sind nur einige der höchst brisanten Problematiken aktueller Bodennutzung.

Als wichtige Kohlenstoffspeicher spielen Böden nicht zuletzt im Rahmen des Klimaschutzes eine zentrale Rolle.

Das Jahr der Böden geht auf die Initiative des Königs von Thailand zurück. In Thailand, ebenso wie in weiten Teilen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, betreiben zahlreiche indigene Kleinbauern und -bäuerinnen ein in Europa fast vergessenes Landbausystem, den Wanderfeldbau (Shifting Cultivation).

Diese Form der Landwirtschaft wird oft als rückständig sowie als umwelt- und klimaschädlich deklariert und von offizieller Seite bekämpft. Indigene Völker weltweit streiten für die Anerkennung des Wanderfeldbaus und verweisen auf seine Nachhaltigkeit.

In dem vierten Werkstattgespräch möchten wir uns gemeinsam mit Dr. Prasert Trakansuphakon, einem indigenen Vertreter der thailändischen Karen und Spezialisten zu Wanderfeldbau und Klimaschutz, unter anderem über diese Fragen unterhalten.

Gesprächspartner

- **Sabine Schielmann**
INFOE e.V., Projektkoordinatorin "Indigene Völker und Wälder", Köln
- **Dr. Silke Stöber**
Seminar für Ländliche Entwicklung, Humboldt-Universität, Berlin
- **Dr. Prasert Trakansuphakon**
IMPECT e.V. (Inter Mountain Peoples Education and Culture in Thailand Association) und Pgaz K'Nyau Association for Sustainable Development, Chiang Mai
- **Wolfgang Kuhlmann**
ARA, Bielefeld

Gesprächsleitung:

Dr. Sabine Speiser



28. Mai 2015

19:00 Uhr

Das 4. Entwicklungspolitische Werkstattgespräch: Indigene Landbausysteme: Gefahr oder Chance für den Klimaschutz? vom 28. Mai 2015

Als Beispiel für indigene Landbausysteme konzentrierte sich das Werkstattgespräch auf den Wanderfeldbau, insbesondere im Fall der Karen in Thailand.

Dieses entwicklungspolitische Werkstattgespräch wurde in Kooperation des Vereins der Freunde und Förderer des SLE und INFOE e.V. (www.infoe.de/web/) durchgeführt. INFOE beteiligte sich mit Mitteln von Misereor an den Rahmenkosten und Reisekosten des Gastes aus Thailand, Dr. Prasert Trakansuphakon.

INFOE stellte die Veranstaltung in den Kontext der Diskussion einer eigenen Studie zur Beachtung indigener Rechte in Vorhaben der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zum Klima- und Naturschutz

(<http://www.infoe.de/web/projekt-indigene-voelker-und-wald/projekt-und-recherche#Studien>).



Im Zentrum des Abends stand eine Präsentation von Dr. Prasert Trakansuphakon, einem Vertreter der Karen im Norden Thailands und Forscher. Prasert Trakansuphakon zeigte und erläuterte mit Hilfe von Daten aus eigener Forschung zur Klimarelevanz des Wanderfeldbaus, wie sehr der Wanderfeldbau Teil des Alltagslebens und der Kultur der Ka-

ren und anderer indigener Völker in Thailand und den Nachbarländern ist. Anhand der Ergebnisse seiner Studie zu Wanderfeldbau stellte er den positiven Beitrag dieser traditionellen Anbaumethoden zum Erhalt natürlicher Ressourcen und Biodiversität, aber auch zum Klimaschutz dar. Wanderfeldbau schafft durch die langen Brachezeiten zu-

sätzliche CO₂ Senken, die wesentlich mehr CO₂ binden als durch die Brandrodung freigesetzt wird.

Die Expert/innen stimmten überein in ihrer Kritik an der Stigmatisierung und Kriminalisierung des Wanderfeldbaus und stellten diese traditionelle Anbau- und Landnutzungsmethode, die sich im tropischen Gürtel Afrikas, Lateinamerikas und Asiens findet, in ihrer Angepasstheit und ihren positiven ökologischen Auswirkungen vor. Stigmatisierung und Kriminalisierung des Wanderfeldbaus sind im Kontext der Klimadebatte zugespitzt. Wanderfeldbau basiert auf jahrhundertealtem Wissen, das nicht nur technisch und landwirtschaftlich, sondern ebenfalls spirituell, politisch, kulturell und gesellschaftlich von Bedeutung ist.

Aber: Wanderfeldbau funktioniert nur solange der Zugang zu ausreichend viel Land gesichert ist, um die langen Brachen von 7 – 10 Jahren zu erlauben. Ohne einen gesicherten Landzugang können diese Brachezeiten nicht eingehalten werden, ohne Subsistenz und Überleben der Bevölkerung zu gefährden. Aber nur mit langen Brachezeiten lässt sich der positive Effekt des Brandrodungsbaus belegen, dass Wald sich wieder herstellt, Biodiversität sich erneuert und dabei erheblich mehr CO₂ gebunden wird.

Diese Bedingungen sind leider auch in indigenen Gemeinden nicht immer gegeben. Migration, Marktdruck, wachsende Monetarisierung der lokalen Wirtschaft, konkurrierende Einkommensmöglichkeiten und Anbauverfahren führen vielerorts in Südostasien dazu, dass Flächen des Wanderfeldbaus reduziert werden oder der Wanderfeldbau unzureichend umgesetzt wird. Ein ganz wesentlicher Akteur bei der Verdrängung des Wanderfeldbaues ist das Agribusiness.



So wurden laut des aktuellen Forest Trends Berichts 71% des tropischen Regenwaldes zwischen 2000 und 2012 für den großflächigen Anbau durch Agribusinessfirmen vernichtet. Die verbrannten Wälder Indonesiens im Herbst 2015 aktualisieren diese traurige Statistik.

Denn angesichts von Klimawandel, demographischen Entwicklungen, illegalem Holzeinschlag und Agribusiness u. a. ist es auch für indigene Nutzer/innen notwendig, den Wanderfeldbau weiterzuentwickeln und anzupassen. Schon jetzt gibt es Mischformen, in denen Wanderfeldbau auf einigen Flächen mit Feldern für cash crops oder Reisanbau kombiniert wird. Eine entscheidende Frage ist: wer gestaltet den Übergang von Wanderfeldbau zu Mischformen? Wie werden die Autonomie und die Rechte (vor allem auf Land und die Nutzung natürlicher Ressourcen) lokaler Gemeinden gestärkt, um weiterhin diese angepassten Methoden und Verfahren zu nutzen und sie entsprechend an neue Herausforderungen anzupassen? Nur wenn das Recht auf die eigene Entwicklung indigener Völker respektiert wird, besteht eine Chance, das Gleichge-

wicht immer wieder auch zugunsten von Klima und Biodiversität herzustellen.

Beim Wanderfeldbau übernehmen Frauen - mit Ausnahme der Brandrodung - alle Arbeitsprozesse, insbesondere die arbeitsaufwändige mechanische Unkrautbeseitigung. Die Produktionsentscheidungen erfolgen auf der Grundlage indigenen und lokalen Wissens und eingebettet in ein spirituelles Verhältnis zwischen Gemeinschaft und Natur. Neben externen Faktoren muss auch ein Desinteresse der jugendlichen Bevölkerung an der Fortsetzung dieser sehr arbeitsintensiven Anbaumethode konstatiert werden.

Programme wie REDD+ (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation) wollen über die Verminderung von Abholzung zum Erhalt von CO₂ Senken beitragen, sind aber ausschließlich auf CO₂ orientiert und beachten sogenannte „co-benefits“, wie den Erhalt von Biodiversität, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit nicht gleichwertig. REDD+ berücksichtigt den Schutz solcher traditioneller Anbaumethoden bislang nicht, im Gegenteil, der Wanderfeldbau wird auch in

REDD Programmen weiter stigmatisiert. Darüber hinaus wird in vielen REDD Projekten deutlich, dass kaum mehr als 10% der Mittel tatsächlich bei den Zielgruppen ankommt. Ergebnisse gegenteiliger Studien wie die von Dr. Prasert Trakansuphakon werden noch nicht korrigierend zur Kenntnis genommen.

Nur wenn der Wanderfeldbau und seine Weiterentwicklung wie Agroförstsysteme anerkannt und der Zugang indigener und lokaler Produzent/innen zu Land gewährleistet ist, haben seine positiven Wirkungen auf Klima und Biodiversität eine Zukunft.

Gabi Beckmann, gabbeck@web.de
und Dr. Sabine Speiser

speiser@interculture-management.de

4. Juni 2015

19:30 Uhr

Kino für Moabit:

TGV-EXPRESS - DER SCHNELLSTE BUS NACH CONAKRY

Senegal 1997; R: Moussa Touré

Eine kleine, zufällig zusammengesetzte Gruppe Reisender, darunter ein flüchtiger Finanzminister, ein verirrt europäisches Ethnologenpaar auf der Suche nach der untergegangenen Mandingo-Zivilisation und ein Dealer, begibt sich in einem klapprigen, buntlackierten Linienbus, den sein Chauffeur (namens Rambo!) in Anlehnung an den französischen Hochgeschwindigkeitszug «TGV» nennt, auf die Fahrt von Dakar/Senegal nach Conakry/Guinea.

Doch an der Grenze zu Guinea plant das Volk der Bassari einen Aufstand... Ein tragikomisches Roadmovie, das auf charmante Weise von alltäglichen und politischen Problemen in Afrika erzählt.

„Mit herrlich instrumentierten und abgestimmten Dialogen, streitend, neckend und lachend fährt die zufällige Gesellschaft von einer augenzwinkernden Anspielung zur nächsten. Touré sucht dabei eine fürs schwarzafrikanische Kino eher ungewohnte, geradezu beschwingte Erzählweise. Das macht den Film auch für Jugendliche, die etwa die Ebene der politischen Anspielungen noch nicht verstehen mögen, leicht verständlich. Ein Trip zur Entdeckung eines halben Kontinents.“

Walter Ruggle

(Quelle: <http://www.trigon-film.org/de/movies/TGV>)

Französisch/Wolof mit dt. Untertiteln.

Mit Diop Makéna, Al Hamdou Traoré, Bernard Girardeau. Musik: Wasis Diop. 90 min.

Gastreferent:

François Tendeng

Künstler, Musiker und interkultureller Trainer.

Ort: Afrika-Haus, Bochumer Str. 25.

Veranstalter:

Kino für Moabit in Kooperation mit dem Afrikahaus /Farafina e.V.

Teilnehmer*innen: 27


06/2015

Kino für Moabit

TURM-PALAST

„Kino für Moabit“ auf Welt(film)reise: Afrika, Indien

Weltfilm in Kooperation mit dem Afrika-Haus

TGV EXPRESS - DER SCHNELLSTE BUS NACH CONAKRY

4. Juni | 19:30 Uhr
Afrika-Haus,
Bochumer Straße 25

Kinocafé:
PATER PANCHALI
06. Juni | 15:00 Uhr
Zunftwirtschaft, Arminiusstr. 2

Weltfilm:
APARAJITO
12. Juni | 19:00 Uhr
einrichtungsmesserei,
Oldenburger Straße 3a

„Kino für Moabit“: info@kinofuermoabit.de | www.kinofuermoabit.de




Erste Beninische Kulturwoche in Deutschland (BekuD 2015)

10. bis 20. Juni 2015

Veranstaltung im Rahmen der ersten Beninischen Kulturwoche in Deutschland (BekuD 2015)

- **Gemäldeausstellung des Malers Rodrigue Towanou**
- **Fotos von Charles Placide Tossou vom Festival FITHEB von 1998 bis 2014**

Präsent durch das Netzwerk Arts Vagabonds

Die BekuD 2015 findet statt: vom 9. bis 19. Juni 2015 in Rudolstadt, Dresden und Berlin

Schwerpunkte bilden das beninische Märchen «*MAIA, das schönste Mädchen der Welt*» mit Fidèle Anato dit «*Le baobab*», die musikalische Ballade «*Recommencement*» mit Espérance Gbaguidi und eine Gemäldeausstellung des Malers Rodrigue Towanou.

Außerdem werden Fotos von Charles Placide Tossou vom Festival FITHEB aus den Jahren 1998 bis 2014 präsentiert sowie in den Bereichen Musik-, Fotografie, Theater und Malerei Workshops für Jugendliche zwischen 7 und 27 Jahren angeboten - insbesondere angesprochen sind junge Flüchtlinge.

Dabei werden technische und ästhetische Mittel benutzt wie z. B: Klang, Körper, Musikinstrumente aus Benin (Gong, Gang usw.), die Jazz- oder Bluesgeschichte oder die Art und Weise der Märchenerzählung in Benin, die geeignet scheinen, die Künste Benin gebührend wahrzunehmen.

Die Workshop-Termine für Berlin sind der 16., 18. und 19. Juni 2015

Auftakt: Vorstellung des westafrikanischen Landes Benin durch die Plattform für die Förderung afrikanischen Theaters in Deutschland „Petit FITHEB de Berlin“ zunächst in Rudolstadt (Thüringen) im Rahmen des Festivals «*Theaterwelten*», danach in Berlin und in Dresden.

Petit FITHEB de Berlin veranstaltet alle zwei Jahre das größte und bedeutendste Theaterfestival auf dem afrikanischen Kontinent, das "Festival International du Théâtre du Bénin" (FITHEB).

Veranstalter: Netzwerk Arts Vagabonds unter Leitung von Christel Gbaguidi in Kooperation mit der Botschaft der Republik Benin in Deutschland, dem Beninischen Verein in Deutschland FARBA e.V., dem Beninischen Verein Berlin Brandenburg (BVBB), Africavenir International e.V. und dem Bund Deutsches Amateur Theater (BDAT)



VERANSTALTER:

Art –Vagabonds-Rezo-Afrik-Benin

<http://www.arts-vagabonds-rezo-afrik-benin.org>

<http://christel-gbaguidi.blogspot.de>

Teilnehmer*innen: 25

10. Juni 2015

Impressionen



BERLINER AFRIKAKREIS:

Die Krise in Libyen / The Libyan Crisis

Referent:

Salah Zater

Libyscher Journalist, bis 2014 für die libyschen Fernsehsender Al-Assema TV & AL-Nabaa, derzeit Gast der Hamburger Stiftung für politisch Verfolgte, Träger des Medienpreises der BBC 2015

Diskutant:

Wolfram Lacher

Wissenschaftler und Libyen-Experte der SWP - Stiftung Wissenschaft und Politik, Forschungsgruppe Naher / Mittlerer Osten und Afrika

Moderation:

Henry Webel

SID-Berlin

Die Veranstaltung findet auf Englisch statt. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Seit dem Aufstand gegen das Regime von Muammar al-Gaddafi und dessen Sturz im Herbst 2011 steckt Libyen in einer tiefen politischen Krise und ist zu einem scheidenden Staat geworden.

Wie gefährlich der journalistische Ansatz ist, sich als Berichterstatter nicht auf die Seite der einen oder anderen Konfliktpartei zu schlagen, hat der Fernsehreporter Salah Zater immer wieder erfahren müssen.

Für seine Reportagen über Entführungen, illegale und willkürliche Verhaftungen wie auch über Folter und Ermordung von Häftlingen in libyschen Gefängnissen erhielt er und seine Familienangehörigen in den vergangenen Jahren regelmäßig Morddrohungen.

Gemeinsam mit ihm und dem Politikwissenschaftler Wolfram Lacher wollen wir u.a. folgende Fragen diskutieren:

Was ist in Libyen angesichts der dort immer präsenteren

Terrormiliz IS in Zukunft zu befürchten?

Wie stark sind moderate islamische Kräfte und welche Möglichkeiten haben sie, auf eine friedliche Entwicklung des Landes hinzuwirken?



VERANSTALTER:

Die Initiative Südliches Afrika (INISA) und die Society for International Development (SID-Berlin) in Kooperation mit dem Afrikahaus und sowie dem Friedenszentrum Martin Niemöller Haus im Rahmen dessen Vortragsreihe „Weltsichten

Teilnehmer*innen: 50

Hintergrund

Libyen – ein schizophrenes Land

Libyen gehört – abgesehen von Somalia oder dem Jemen – zu den zerrissensten Staaten Afrikas. Das von der internationalen Gemeinschaft anerkannte Repräsentantenhaus in Tobruk, das jedoch 2014 vom Obersten Gerichtshof für ungültig erklärt wurde, wird vom 2012 in Tripolis gegründeten Nationalen Übergangsrat nicht gebilligt.

Dieser hat die Macht über die Verwaltung übernommen, während die anerkannte Regierung – deren Premierminister Abdallah al-Thani jedoch im August 2015 zum zweiten Mal zurückgetreten ist, ohne dass man weiß, ob dieser Rücktritt vom Repräsentantenhaus angenommen wurde – sich in ihrer Festung in El-Beïda verschanzt hat. Zur Krönung des Ganzen ist der Islamische Staat (ISIS) auch noch plötzlich inmitten der zahlreichen Schlachtfelder aufgetaucht und hat die Städte Sirte und Darna besetzt.

Auf den ersten Blick könnte man glauben, dass Libyen unter einer Auseinandersetzung zwischen Modernisten (in Tobruk) und mehr oder weniger fundamentalistischen Islamisten (in Tripolis) leidet; das wäre aber zu einfach. In der Tat ist das Land einem Bürgerkrieg ausgeliefert, der seit dem Sturz von Mouammar Kaddhafi vor über vier Jahren durch den Zusammenbruch der Zentralmacht entstanden ist, und durch zahlreiche Gräben zwischen den Klans, Ethnien und Stämmen, die sich gegen ihn erhoben haben, immer wieder angeheizt wird.

Die Tubu greifen die Tuareg an, die Berber bekämpfen die Araber und die angeblichen Islamisten sind entsprechend ihrer wirtschaftlichen Inte-

ressen oder familiären Feindschaften in allen Gruppierungen vertreten.

Hat sich die sogenannte islamistische Gruppe Fajr Ligya nicht bereit erklärt, sich von der ISIS zu trennen?

Der Versuch von General Khalifa Haftar, den Handstreich des ägyptischen Präsidenten Abdel Fattah al-Sissi zu imitieren, als er letztes Jahr die Truppen von Tripolis überwältigte, ist gescheitert: Die Kämpfer der ISIS sind aus Syrien zurückgekommen, um ihn anzugreifen.

Alte Reflexe!

Die unterschiedlichen Gruppierungen begreifen gerade, dass keiner von ihnen den Sieg davontragen kann. Die alten Reflexe, die die Emissäre der UNO für Libyen haben am ausgestreckten Arm verhungern lassen, sind jedoch sehr beständig, wie die mühsamen Verhandlungen immer wieder zeigen. Die Emissäre von „Tobruk“ und „Tripolis“ versuchen, sich über die 69 Artikel eines Textes zu einigen, in dem es darum geht, die Gültigkeit des am 25. Juni 2014 gewählten Repräsentantenhauses zu bestätigen und eine Regierung der nationalen Einheit zu bilden. Seit dem 10. Juni 2015 stocken die Verhandlungen jedoch.

Wirtschaftliche Probleme

Während die Milizen die Häfen angreifen, bricht die Wirtschaft durch den Rückgang der Erdölförderung



von 1,6 Millionen auf etwa 500 000 Barrel täglich zusammen. Die Zentralbank hat die Regierung ausgeschaltet und kontrolliert die öffentlichen Ausgaben.

Das für 2015 abgestimmte Haushaltsdefizit beträgt 25 Milliarden Dollar. Niemand weiß, wie hoch die Wachstumsrate der Wirtschaft in Libyen 2015 sein wird.

Nach einer gewaltigen Rezession von – 13,6% im Jahr 2013 und – 24% im Jahre 2014 rechnet der IWF mit – 6,1% für 2015, die Weltbank erwartet eine bescheidene Steigerung um +0,5% und die Prognostiker der OECD, des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und der afrikanischen Entwicklungsbank (AfEB) träumen von + 14,5% ...

Es gibt jedoch einen Rettungsring: die 67 Milliarden Dollar des libyschen Staatsfonds. Das Problem dabei ist, dass zwei Präsidenten sich um das Ruder streiten. Es ist einfach zum Verzweifeln!

Oumar Diallo

Quelle: Jeune Afrique, Hord Série, Nr. 42
L'Afrique en 2016

Buchpräsentation:

Blaue Dahlie, schwarzes Gold.

Eine Reise durch Angola

Zwischen postkolonialem Blues und Ölboom

In London lernt Daniel Metcalfe den angolanischen Dichter Rui kennen, aus dem bizarre Geschichten über seine Heimat nur so herausprudeln. Er karikiert die neue, märchenhaft reiche Elite, die Starlets und Präsidenten-Mätressen, Geschäftemacher und Ölmagnaten, die den Reichtum des Landes auf ihre Bankkonten lenken und die Skulpturen in ihren Villen Champagner pinkeln lassen.

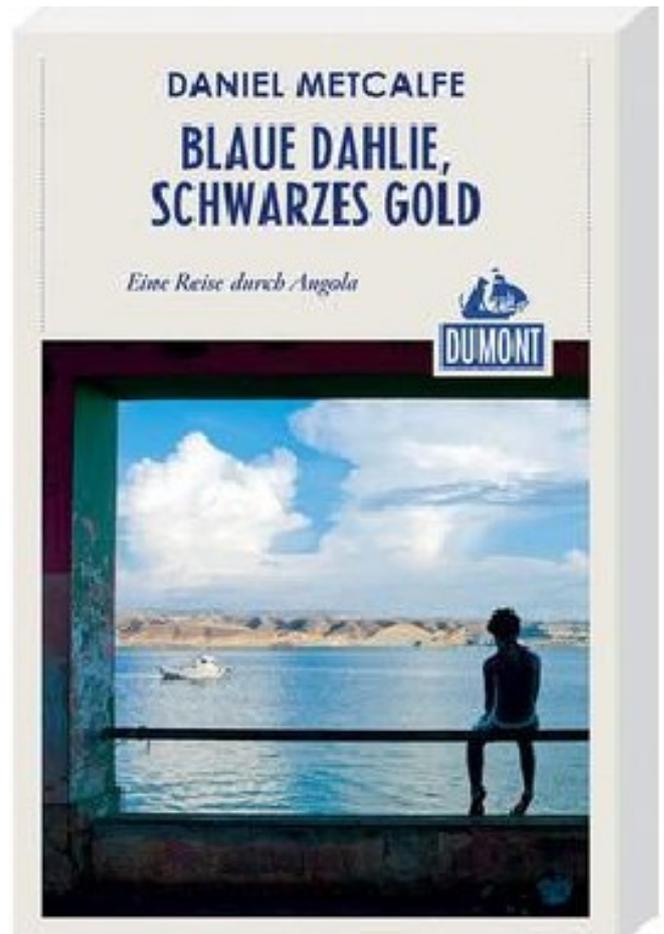
Die blumigen Namen der Bohrplattformen, von Orchidee bis Dahlie, können nicht verbergen: Das sprudelnde Öl nährt eine Welt anmaßender Exzesse. Neugierig geworden und trotz der Warnungen eines Reiseführers beschließt Metcalfe, als Rucksacktourist loszuziehen und jenseits der Baukräne von Luanda die alte Seele des Landes zu suchen: das Angola der gütigen Großväter, der guten Feste, des Kizomba-Tanzes und der kunstvollen Geistermasken.

In Bussen und klapprigen Jeeps ist er unterwegs, er spricht mit Stammesältesten und Minenräumern, Straßenkindern und Ölarbeitern und erfährt eine Lebenswirklichkeit voller Extreme. Er findet die Narben der portugiesischen Kolonialgeschichte, des Sklavenhandels und des fast drei Jahrzehnte dauernden angolanischen Bürgerkriegs. Seine Reise führt ihn direkt in einen explosiven Cocktail aus Korruption und Vetternwirtschaft, sprudelndem Ölgeld und schnellem Aufstieg der Neureichen, Elend und postkolonialem Blues.

Mehr Informationen, Videos und Bilder unter www.dumontreise.de/reiseabenteuer

Zum Autor:

Daniel Metcalfe, 1979 in London geboren, studierte in Oxford Altphilologie. Anschließend reiste er über ein Jahr lang durch den Iran und Zentralasien. Sein erstes



Buch, »Out of Steppe«, wurde 2009 für den Banff Mountain Book Award und 2010 für den Dolman Travel Award nominiert. Es folgten Reisen durch Afrika. Der vorliegende Band mit dem Originaltitel »Blue Dahlia, Black Gold: A Journey into Angola« basiert auf einem mehrmonatigen Aufenthalt in Angola. Daniel Metcalfe schreibt u.a. für »Economist«, »Guardian«, »Financial Times«, »Condé Nast Traveller« und »Literary Review«

Veranstalter:

Teilnehmer*innen 12

Daniel Metcalfe in Kooperation mit dem Afrikahaus / Farafina e.V.

Hintergrund

Angola vor seinem „Arabischen Frühling“?

Alleinherrschaft, Korruption und Ungleichheit: Läuft die Zeit für das Regime in Luanda aus?

Das ist Angola im Jahr 2015: Die Wirtschaft wächst seit über einem Jahrzehnt, aber die Arbeitslosigkeit bleibt mit 26 Prozent unverändert hoch. Über ein Drittel der Einwohner leben unterhalb der von der Weltbank definierten Armutsgrenze. Die städtischen Armen haben aus dem Wirtschaftsboom wenig Nutzen ziehen können – stattdessen sieht man jetzt neue Luxusvillen neben den sich ausdehnenden Slums als Zeichen der andauernden Ungleichheit des Landes. Eine privilegierte Elite behält die Kontrolle, die wenig um ökonomische Reformen bemüht ist, die dem durchschnittlichen Bürger zugute kommen könnten.

Die Institutionen des Landes sind besser mit „extraktiv“ denn als „integrativ“ charakterisiert. Es gibt wenig Haushaltstransparenz und auch wenig Pressefreiheit.

Dass diese Beschreibung genau so gut auf Tunesien oder Ägypten des Jahres 2011 passen würde — kurz bevor der „Arabischen Frühling“ deren Regierungen hinweggefegt hatte, sollte den Regierenden in Luanda zu denken geben. Tatsächlich macht das Land den Eindruck, als steuere es auf eine dramatisch politische Umwälzung zu.

Bis vor kurzem war die Regierung Angolas noch mit genügend Öleinnahmen überschwemmt worden, um den Anschein von Frieden bewahren zu können—nicht nur mittels populärer staatlicher Beihilfen für Treibstoff, sondern auch durch den Aufbau seiner heimischen Sicherheitskräfte.

Dieser Kraut- und Rübenansatz hat bisher die periodischen Demonstrationen gegen die dreißig raue Jahre

während der Regierung Präsident Jose Eduardo dos Santos und dessen dominanter Volksbefreiungsbewegung MPLA im Zaum halten können. Doch der in der zweiten Hälfte des Jahres 2014 startende und sich 2015 ausweitende massive Verfall des Ölpreises hat die Dynamik verändert.

Geringere Öleinnahmen (der Sektor bewerkstelligt 95 Prozent der Angolanischen Exporte) haben die Handelsbilanz verhegelt und dem Land eine rasche Entwertung seiner Währung beschert. Die Inflation könnte auf das Doppelte des Vorjahreswertes steigen.

Die knappen Kassen der Regierung sorgten für wachsenden öffentlichen Ärger über steigende Treibstoffpreise, als diese um 28 Prozent gestiegen waren, nachdem die Regierung sich gezwungen sah, die Subventionen für Öl zu streichen. Eine weitere Folge war ein höchst unpopulärer Einstellungsstopp für den öffentlichen Sektor.

Die langjährige Kritik an den wirtschaftspolitischen Aktivitäten der Regierung konzentriert sich auf die Unfähigkeit der Autoritäten, für eine gerechte Verteilung des Wohlstands zu sorgen, die Wirtschaft zu diversifizieren und das Land aus der Abhängigkeit von den Schwankungen des Ölpreises zu befreien.

Doch trotz einer gemeldeten Wachstumsrate von 8,1 Prozent über die letzten fünf Jahre ist die Wirtschaft heute weniger diversifiziert als vorher. Der Nicht-Ölsektor steht jetzt für über 43 Prozent des wirtschaftlichen Outputs (ohne öffentliche Verwaltung und Verteidigung) gegenüber über 47 Prozent im Jahr 2009.

Im ganzen Land verstärken sich die Proteste. In Luanda, der Hauptstadt, protestieren seit 2011 die städtische

Jugend und Veteranen des auf dem Land ausgefochteten Bürgerkrieges. Doch nun mischt sich die Intensivierung der Demonstrationen als Ausdruck neuer sozioökonomischer Probleme mit bereits vorher existierenden Spannungen.

Gruppen in Cabinda und Luanda, den Nord- und Südprovinzen haben begonnen, gegen mutmaßliche Menschenrechtsverletzungen des Militärs zu protestieren.

Diese Entwicklungen bringen die angolischen Autoritäten in eine Zwickmühle. Die drastischen Ausgabekürzungen könnten zu einem Szenario wie dem arabischen Frühling führen: Immer neue Runden stets militanter werdender Demonstrationen mit der Möglichkeit, dass die Ereignisse gänzlich außer Kontrolle geraten.

Auf der anderen Seite würde ein Schwenk zu den internationalen Finanzinstitutionen wie den IWF oder der Weltbank die Regierung angreifbar für Druck von außen hinsichtlich einer besseren Regierungsführung und ökonomischen Reformen machen, was die Möglichkeit einer Öffnung des politischen Systems eröffnete — und damit den Verlust des Machtmonopols. Für das Regime ist keine der Optionen akzeptabel.

Schließlich greift die Regierung zu einer Art „Gold-löckchen-Strategie“ - nicht zu austerativ und nicht zu reformorientiert. Ihr 2015er Budget enthält Kürzungen, aber sie fallen nicht so drakonisch aus, wie sie hätten sein können. Mit zusätzlichen Austeritätsmaßnahmen, insbesondere der Reduzierung von Investitionsgütern, würde sie länger währende ökonomische Probleme riskieren und

Fortsetzung auf Seite 52

BERLINER AFRIKAKREIS:

Fighting Boko Haram - War crimes and the Nigerian Military

Speaker:

Dan Eyre

Nigeria Researcher, Amnesty International

Discussants:

- **Prof Robert Kappel**

President Emeritus and Senior Research Fellow, GIGA German Institute of Global and Area Studies

- **Georg Schmidt**

Regional Director for Sub-Saharan Africa and Sahel, Federal Foreign Office

Chair:

- **Dagmar Dehmer**

Journalist, (Der Tagesspiegel)

The discussion will be in English.

No registration necessary.

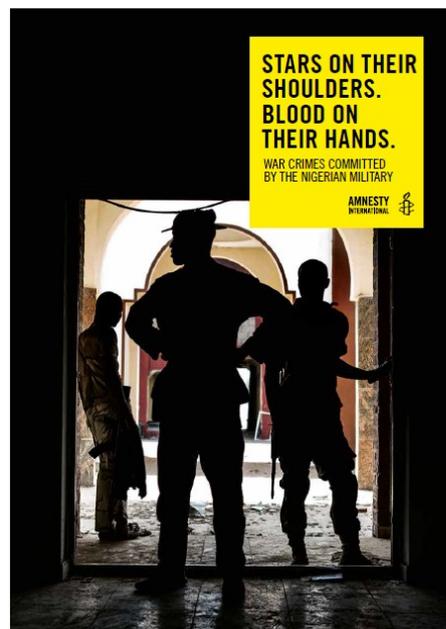
The ongoing conflict with Boko Haram in north-east Nigeria has inflicted terrible hardships on the local population and is now spreading to neighboring countries.

Amnesty International has documented multiple war crimes and crimes against humanity committed by Boko Haram, including the killing of at least 5,500 civilians, as it rampaged across north-east Nigeria during 2014 and early 2015.

Furthermore, according to Amnesty International, at least 2,000 women and girls have been abducted by Boko Haram since the start of 2014 and many have been forced into sexual slavery and trained to fight.

At the same time, the population suffered from grave human rights abuses by the Nigerian military. Amnesty International's new report "Stars on their shoulders. Blood

on their hands. War crimes committed by the Nigerian military", finds that the Nigerian military has arbitrarily arrested at least 20,000 young men and boys since 2009 in their response to Boko Haram's attacks in the north-east.



Almost none of those detained have been brought to court and all have been held without the necessary safeguards against murder, torture and ill-treatment. Moreover, at least 7,000 people have died in military detention facilities since 2012 due to starvation, extreme overcrowding, torture and ill-

treatment as well as denial of medical assistance. In addition, the Nigerian military has executed over 1,200 suspects, including more than 640 on one day.

Dan Eyre from Amnesty International and one of the co-authors of this report will present its key findings and discuss their political and legal implications, both for the Nigerian government and for the international community, as well as next steps for the government of newly-elected President Buhari.

How to address the threat that Boko Haram poses? How to address past abuses and prevent such atrocities in the future?

Veranstalter:

BERLINER AFRIKAKREIS

Initiative Southern Africa (INISA) und Society for International Development (SID-Berlin) in Kooperation mit Amnesty International und dem Afrikahaus

Teilnehmer*innen: 48

Hintergrund

Nigeria: Buharis Kampf gegen Boko Haram

Auch wenn Nigeria nach eigenen Angaben die bedeutendste afrikanische Wirtschaftsmacht ist, hat sich dieses Land zahlreichen Herausforderungen zu stellen. Auf innenpolitischer Ebene ist dieser am dichtesten bevölkerte Staat Afrikas (mit etwa 180 Millionen Einwohnern) jedoch 2015 durch die Organisation seiner Präsidentenwahl, bei der es zu keinen Zwischenfällen kam, mit gutem Beispiel vorangegangen, denn der abgewählte Präsident hat – erstmalig in der bewegten Geschichte des Landes – seine Niederlage akzeptiert. Der wegen seiner Untätigkeit angesichts der Taten von Boko Haram kritisierte Christ Goodluck Jonathan wurde von Muhammadu Buhari, dem 72 Jahre alten rigorosen Mohammedaner abgelöst, einem ehemaligen Putschisten, „der zur Demokratie konvertiert ist“, wie er selbst sagt.

Eine schwierige Aufgabe

Buhari steht vor der schwierigen Aufgabe, dem Terror von Boko Haram die Stirn zu bieten. Der neue Präsident hat sich jedoch bereits bewährt, denn die Armee hat bereits Terrain zurückgewonnen, denn Boko Haram wurde in den Nord-Osten des Landes zurückgedrängt. Dank der Unterstützung der Streitkräfte aus den Nachbarländern (insbesondere dem Tschad und dem Niger) hofft Buhari, in Nigeria wieder Frieden, Ruhe und Ordnung herstellen zu können, was für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Landes unabdinglich ist.

2000 bis 2010 hatte Nigeria eine Wachstumsrate über 7% erzielt, 2014 erreichte die Wachstumsrate 6,3% und 2015 vermutlich nicht mehr als 4%. Nach Angaben des IWF wird sie 2016 mit vermutlich



4,3% kaum höher liegen. Auch wenn Nigeria der größte Erdölproduzent Afrikas ist, gestaltet sich die Benzinersorgung im Land problematisch. Die tentakelartige Stadt Lagos mit 15 bis 20 Millionen Einwohnern leidet unter Benzinknappheit. Ein weiteres Problem besteht dadurch, dass die Stadt bereits von Generatoren abhängig ist, um die häufigen Stromausfälle notdürftig zu beheben.

Obwohl Nigeria in den letzten Jahren an seine Wirtschaft durch Diversifizierung der Landwirtschaft und des Dienstleistungssektors große Erwartungen geknüpft hat (dank Nollywood, dem weltweit zweitgrößten Produzenten von Spielfilmen), bleibt das Land in erster Linie eine Erdölmacht und läuft Gefahr, unter dem Verfall des Ölpreises zu leiden. Das schwarze Gold macht zwar nur noch 15% des BIP aus, aber zwei Drittel der Steuern und fast die gesamten Deviseneinnahmen. Der ehemaligen Regierung wird übrigens vorgeworfen, die gehorteten Gewinne veruntreut zu haben, als der Ölpreis auf dem höchsten Stand war, und jetzt, wo die Konjunktur schwieriger ist, die Staatskassen leer zu lassen.

Trotz allem großes Potenzial

Die hohe Korruption trägt nicht gerade dazu bei, Investoren anzulocken und Stabilität zu garantieren. Die Ungleichheiten in der Bevölkerung sind ausgesprochen groß. Nigeria bleibt dank seiner Ressourcen, seiner Demographie und seiner Organisation als wenig zentralisierter Bundesstaat trotz allem eines der Länder Afrikas mit den größten Potentialitäten. Es verfügt über den weltweit zweitgrößten Markt für Privatjets, das Land zählt seine Millionäre wie Aliko Dangote – der reichste Mann auf dem Kontinent – nicht mehr.

Sollte Buhari diese Umgestaltung gelingen, so verfügt Nigeria über alles, um der wahrhafte Riese des Kontinents zu werden. Auf panafrikanischer Ebene kann er außerdem mit der tatkräftigen Unterstützung der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfEB) rechnen, denn im Mai 2015 wurde Akinwumi Adesina, der ehemalige Landwirtschaftsminister Nigerias, zum Präsidenten dieser Institution gewählt.

hhh

Quelle: Spiegel-online 29.05.2015

BERLINER AFRIKAKREIS:

South Africa – divided forever?

Speaker:

- **Dr Ismail Lagardien**

Guest Scholar at German Development Institute;
former Member of the Secretariat of the National
Planning Commission in the The Presidency of
South Africa

- **Dr Naniso Tswai**

Journalist, Author and Researcher, Berlin

Chair:

Andreas Baumert

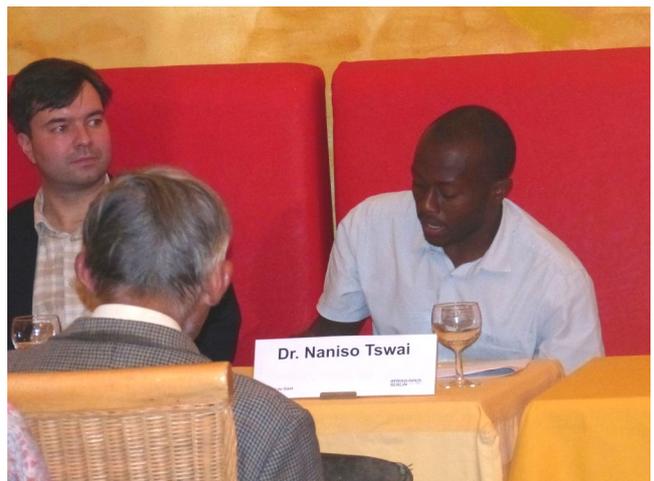
Initiative Südliches Afrika, INISA e.V.

The discussion will be in English.

South Africa is still one of the socio-economically most divided societies in the world (with one of the highest Gini coefficients). Racial origins determine to a large extent identity politics in post-apartheid South Africa. Whereas, at the outset of democracy Nelson Mandela and the Truth and Reconciliation Commission received much attention and praise for their efforts towards reconciliation and nation building. Today's continuity of racial, economic, and political division has massive implications for the development of South Africa, as large parts of society feel excluded and frustrated. Xenophobic attacks of recent years seem to be another aspect of a society at unease with itself.

Considering the state of the nation today, why are the apartheid cleavages so sustainable, never ending? How does this situation of a divided society influence developmental efforts of the South African government which stresses the concept of a developmental state based on collective and inclusive efforts for economic development? What needs to be done to overcome some of the dividing societal factors, if anything can be done at all?

Rene Gradwohl, INISA e.V.
www.inisa.de



BERLINER AFRIKAKREIS

The Initiative Southern Africa (INISA) and the Society for International Development (SID-Berlin) cordially invite you in cooperation with the Afrika-Haus

Teilnehmer*innen: 65

Hintergrund

SÜDAFRIKA 2015: Erreichtes – Erstrebenswertes

21 Jahre Demokratie in Südafrika” – Die Bilanz fällt ernüchternd bis besorgniserregend aus, wenn man die Lage im “neuen” Südafrika betrachtet und daraufhin überprüft, wie weit Land und Leute heute *“auf dem langen Weg in die Freiheit”* sind.

Die Klimaveränderungen machen die Herausforderungen nicht kleiner. 2015 hatte eine Hitze- und Dürrekatastrophe große Teile des Landes lahmgelegt. Das Trinkwasser war noch knapper, etliche Flussbetten zu Sandbänken geworden. Kälber und Kühe verelendeten täglich wie Fliegen. Menschen in ländlichen Gebieten mussten befürchten, wieder keine Ernte einfahren zu können.

Daneben bestimmten folgende Ereignisse das Leben in Südafrika: *Menschenfeindliche Hetze und Ausschreitungen gegen Zufluchtsuchende aus Kriegs- und Notgebieten*; Streiks für Lohnerhöhung; Demonstrationen wegen fehlenden oder unzureichenden Wohnraums; *Demonstrationen wegen fehlender oder unzureichender Trinkwasserversorgung, Abfallentsorgung und Gesundheitsfürsorge*; Proteste von Studierenden, die sich zwar gegen eine angekündigte Erhöhung der Studiengebühren richteten und richten, jedoch weitere Fragen bildungspolitischer Tragweite aufwerfen; *die Ein- und Ausreise des mit internationalem Haftbefehl gesuchten nordsudanischen Staatspräsident Omar al Bashir und der von Südafrikas Regierungspartei angedrohte Austritt Südafrikas aus dem Kreis der Gründer- und Trägerstaaten des Internationalen Strafgerichtshofs [ISGH]*; die zunehmende Annäherung und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China, die angekündigte Einführung der Sprache Mandarin als Unter-

richtsfach an südafrikanischen Schulen und die wiederholt erfolgte Verhinderung der Einreise des bekämpften Friedensnobelpreisträgers Dalai Lama in Südafrika.

Aber es tut sich etwas

Der Afrikanische Nationalkongress (ANC) war aus den Parlamentswahlen 2014 erwartungsgemäß zwar geschwächt [62,15% gegenüber 65,90% im Jahre 2009], dennoch wieder deutlich als Wahlsieger hervorgegangen. Aber neue Parteien waren hinzugekommen – unter ihnen die Economic Freedom Fighters (EFF) des früheren Vorsitzenden der Jugendliga des Afrikanischen Nationalkongresses (ANCYL) Julius Malema.

Die allgegenwärtige und alles bestimmende Regierungspartei ANC wird immer mehr von Bürgerinnen und Bürgern, die sich nicht ernstgenommen fühlen, zum Umdenken und zur Umstrukturierung herausgefordert.

Im außerparlamentarischen Raum melden sich immer mehr Stimmen, die — auch erfolgreich — nach Aufklärung verlangen, Recht fordern, oder protestieren. In dieser Hinsicht ist Südafrika in gutem Sinne „ein Land wie jedes andere“ geworden!

Und natürlich gibt es Fortschritte: Strände und etliche öffentliche Plätze, auch viele Schulen außerhalb der Townships und der früheren Zwangsumsiedlungsgebiete der ‘Homelands’, sehen heute in der Tat anders aus als zu Apartheidzeiten

Und auch wenn die meisten Menschen immer noch dort wohnen (müssen), wohin sie die Gesetze der Apartheid einst gegen ihren Willen versetzt hatten, haben in den früheren „Bantustans/Homelands“ oder

„Townships“ mittlerweile deutlich mehr Menschen ein Dach über dem Kopf, Zugang zu Trinkwasser und medizinischer Grundversorgung sowie allgemeinbildenden Schulen. Eine Minderheit zählt bereits zur entstehenden neuen Mittelklasse, verfügt über ausreichendes Einkommen und trägt als Konsument und Steuerzahler wesentlich zur Ankurbelung der Wirtschaft bei.

Vieles bleibt zu tun

Grund und Boden in Städten und landwirtschaftliche Betriebe auf dem Lande aber sind nach wie vor weitgehend in Händen früherer Nutznießer der Apartheid; Zwar endete die Leibeigenschaft, das „Labour-Tenant System“ mit dem Untergang des Apartheidregimes; doch finden die Farmarbeiterinnen sich oft auf der Straße wieder, wenn sie auf einem Arbeitsvertrag bestehen und gerechte Arbeitsbedingungen einfordern. Nicht selten werden aus Farmen private Wildreservate für zahlungskräftige Touristen, oder es werden Menschen angestellt, die als Flüchtlinge aus den Nachbarstaaten oft keine Arbeitsgenehmigung haben und jedes, auch noch so schlechte Angebot annehmen (müssen).

Der Wirtschaftswissenschaftler, Sozialpädagoge und Theologe Dr. Ben Khumalo-Seegelken, der Südafrika 1975 verlassen musste, inzwischen seiner ersten Heimat weiterhin verbundener deutscher Staatsbürger ist :

„Ich erkenne an: Im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus hat die Regierung Südafrikas alleine in den ersten 16 Jahren seit 1994 über 3 Millionen Haushalte erstmals zu und in einigen Fällen einem eigenen Dach überm Kopf mit Trinkwasser-

Fortsetzung von Seite 47

versorgung, Kanalisation und Abwasseranschlüssen, befestigten euchteten Geh- und Verkehrswegen, Schulen, Schulen und Schulen und die Infrastruktur für Lebensmittelgeschäfte und Gesundheitsfürsorge in erreichbarer Nähe verholfen. Eine Leistung, die sich in der Tat sehen lassen kann!“

Dennoch meine ich: mehr umzäunte Luxuswohnungen in weißen Stadtvierteln sind keine angemessene Antwort auf die Wohnungsnot“

Dr. Khumalo-Seegelken plädiert stattdessen ...

„... für neue Wohnorte, die von Grund auf dazu konzipiert sein sollen, eine neue Form des Zusammenlebens auf Dauer zu fördern, wo Kinder und Heranwachsende, Schwarze und Weiße, Flüchtlinge und Einheimische die Vision einer Regenbogennation im gemeinsamen Alltag schrittweise in die Tat umzusetzen versuchen könnten. Bestehende Wohnorte müssen entsprechend umgekrempelt und umgebaut werden, sonst werden Strukturen der Trennung und des Rassismus unter neuen Vorzeichen erst recht verfestigt und ausgeweitet statt abgeschafft zu werden. Das wäre Aufgabe Nummer 1, wenn die Apartheid-Geographie endlich der Vergangenheit anheimgestellt werden sollte!“

Landreform

Als 1994 die Apartheid abgewählt worden war, nahm sich die Regierung der Nationalen Einheit unter Staatspräsident Nelson Mandela vor, die Eigentumsverhältnisse und die Nutzungsrechte auf Grund und Boden neu zu regeln. Es sollte gewährleistet werden, dass Land wieder Lebensgrundlage aller wird und nicht mehr Vorrecht und Prestigeobjekt weniger bleibt.

Doch mit dem Prinzip „Willing seller,

willing buyer“, nach dem im Kolonialisierungsprozess angeeigneter Großgrundbesitz nur insoweit aufgelöst werden kann, wie die Besitzer Teile ihrer Ländereien veräußern wollen, konnte das nicht gelingen.

Dr. Khumalo-Seegelken:

„Ein (in der Regel vormals enteigneter) Landloser hätte sich verschulden müssen, um so den Boden unter den Füßen zurückzuerwerben, der ihm oder seinen Vorfahren einst entzogen wurde“

Bis 2014 wollte die Regierung bis 30% der in Frage kommenden Ländereien abgekauft und umverteilt haben. Doch gerade rund 3% des umzuverteilenden Landes sind in 16 Jahren auf diesem Wege auch tatsächlich umverteilt worden.

Nun macht die Regierung einen neuen Anlauf: Ein Entwurf für ein Enteignungsgesetz kommt demnächst ins Parlament. Zusätzlich kündigte Staatspräsident Zuma in seiner diesjährigen Rede an die Nation an, den Grundbesitz auf 12 000 ha je Betrieb zu begrenzen. Wer mehr hat, muss den Überschuss gegen Kompensation abgeben. Ausländische Staatsangehörige dürfen Agrarland künftig nur noch langfristig pachten, aber nicht kaufen.

Aushöhlung der Mehrsprachigkeit?

Ein Verstoß gegen das Versprechen einer Regenbogennation sieht Dr. Khumalo-Seegelken in der Aushöhlung von Mehrsprachigkeit:

Von den 11 Landessprachen erfährt das Englische bildungspolitische Bevorzugung als Unterrichtssprache an öffentlichen Schulen. Das sei ...

„... zum Vorteil jener Minderheit von Schülerinnen und Schülern, für die dies ohnehin erste Sprache ist.

Sozio- und friedenspolitisch ist dies

eine einseitige und rückwärtsge wandte Weichenstellung: (...) Die Mehrzahl unter Jugendlichen und Heranwachsenden in Südafrika heute lernt, denkt und arbeitet in einer Zweit- oder Drittsprache und ist in keiner der 11 Landsprachen wirklich zu Hause.

Ungleiche Bildungschancen zwischen verschiedenen Bevölkerungsteilen tragen auch dazu bei, dass in dem so reichen Land Armut immer noch ein solch skandalöses Ausmaß hat.

Auf dem „Index für menschliche Entwicklung“ (Human Development Index), in dem Eckdaten wie Wirtschaftsleistung, Lebenserwartung oder Bildungschancen zu einem Wohlstandsindex verarbeitet werden, steht Südafrika auf Platz 115. Zum Vergleich: Island steht auf Platz 1, Deutschland auf Platz 23 und Elfenbeinküste Platz 166.

Quelle:

Dr. Ben Khumalo-Seegelken: „SÜDAFRIKA 2015: Erreichtes – Erstrebenswertes“, Wiedergabe eines Vortrages beim Evangelisch-Lutherisches Missionswerk in Niedersachsen (ELM) Wiedergegeben auf <http://www.benkhumalo-seegelken.de/suedafrika-aktuell/1065-suedafrika-2015-erreichtes-erstrebenswertes/>

7. Oktober 2015

18:00 Uhr

Wahlprozess und Menschenrechte im Tschad

Die CASIDHO wird vertreten durch die Herren

- **Mahamat Digadimbaye und**
- **Abdoulaye Sabre Goudar**

Der Informationsabend wird freundlicherweise durch die Botschaft des Tschads Herrn

Abdoulaye Senoussi Mahamat

unterstützt.

Veranstaltungssprache: französisch
(Zusammenfassung auf Deutsch wird gewährleistet)

Eintritt frei

Veranstaltungsbericht:

Auf dem Podium vertreten waren der tschadische Botschafter aus Deutschland Herr Abdoulaye Senoussi Mahamat, sein Übersetzer Herr Oumar Alhadj Garaba, und die Vertreter der Menschenrechtsorganisation Coordination des Associations de la Société Civile et des Droits de l'Homme (CASIDHO) Herr Mahamat Digadimbaye und Herr Abdoulaye Sabre Goudar.

Die Veranstaltung begann mit einem historischen Rückblick auf das Land Tschad und seine politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen seit dem Ende der Kolonialisierung bis hin in die Gegenwart.

Es wurde eine 20-minütige Dokumentation gezeigt, die

die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation im heutigen Tschad widerspiegelte. „Anschließend wurden Anmerkungen von den Afrikahaus-Gästen entgegengenommen und deren Fragen beantwortet.“

Die Veranstaltung fand auf Französisch statt, mit deutscher Simultanübersetzung.

Hissène Habré vor Gericht

In Senegal steht Tschads Ex-Diktator Hissène Habré vor Gericht. Dem als „Pinochet Afrikas“ bekannten Habré werden Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Folter vorgeworfen. Bis zu 40.000 Menschen sollen während seiner Regierungszeit von 1982 bis 1990 getötet worden sein. Es ist das erste Mal, dass ein ehemaliger afrikanischer Despot in einem afrikanischen Land für seine Verbrechen zur Verantwortung gezogen wird. Dafür wurde eigens ein Sondertribunal der Afrikanischen Union (AU) geschaffen. Diese „Außerordentlichen Afrikanischen Kammern“ (Chambres Africaines Extraordinaires) könnten Rechtsgeschichte schreiben, wenn sie den 72 Jahre alten Habré tatsächlich zu einer langen Haftstrafe verurteilen. Gleichzeitig ist ihre Entstehungsgeschichte ein Lehrstück über die mitunter freihändige Interpretation von Recht und Gesetz auf dem Kontinent.

Quelle: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/afrika/tschads-diktator-hissene-habre-in-senegal-vor-gericht-13712050.html>



Veranstalter:

Coordination des Associations de la Société Civile et des Droits de l'Homme (CASIDHO) du Tchad.

Teilnehmer:*innen 18

Demokratisierungsprozess und zivilgesellschaftliche Partizipation in der Region der großen Seen: Herausforderung und Perspektiven

Teil 1. Ruanda:

Wie ist die heutige Situation u.a. soziale, politische und wirtschaftliche Lage in Ruanda?

Ruanda ist ein kleines Land im Herz Afrikas. Es grenzt an Burundi im Süden, an Uganda im Norden, an DR Kongo im Westen und an Tansania im Osten. Ruanda hat seit 1990 bis jetzt noch nicht den Frieden mit sich selbst und auch nicht mit den Nachbarländern gefunden. Wir diskutieren, warum die Versöhnung Ruandas gescheitert ist.

Diskussion mit Dr. Jean-Paul Rwasamanzi, Kenner der Regionen und Experte für die Region der Großen Seen Afrikas.

Teil 2. Burundi:

Diskussion mit dem Botschafter aus Burundi, S.E. Herrn Dr. Eduard Bizimana



Zur aktuellen Lage in Burundi hat uns das Ökumenische Netz Zentralafrika dankenswerterweise einen Bericht zur aktuellen Menschenrechtssituation in Burundi zur Verfügung gestellt. (Seite 51/52)

VERANSTALTER:

Dr. Jean-Paul Rwasamanzi, Kenner der Region der Großen Seen Afrikas

Teilnehmer*innen: 39

Hintergrund

Zur Menschenrechtslage in Burundi

Seitdem der burundische Präsident Pierre Nkurunziza im April 2015 angekündigt hatte für ein drittes Mandat zu kandidieren und seit seiner anschließenden, umstrittenen Wiederwahl im Juli 2015 befindet sich das Land in einer Gewaltspirale. Ungeklärte Morde, Inhaftierungen, Verschleppungen, Folter und Vergewaltigungen finden fast täglich vor allem in Burundis Hauptstadt Bujumbura statt.

Zudem ist eine Zunahme von ungeklärten Angriffen auf Polizeistationen, Regierungsgebäude und öffentliche Plätze zu verzeichnen. Seit Beginn der Ausschreitungen soll der Konflikt bereits zwischen 800 und 900 Todesopfer gefordert haben.

Die angespannte Lage nahm nach einem versuchten Militärputsch im Mai 2015 zu. Im Zuge der Niederschlagung des Putsches wurden innerhalb weniger Tage fast alle unabhängigen Radiosender Burundis geschlossen und zum Teil zerstört. Viele Journalist*innen flohen ins ausländische Exil. Die freie Berichterstattung ist fast unmöglich und auch die journalistische Arbeit aus den Nachbarländern wie der DR Kongo wird durch Zensur, Festnahmen und Einschüchterungen stark erschwert.

Zu den zwei gewalttätigsten Eskalationen in den vergangenen Monaten zählen zum einen bislang ungeklärte Angriffe auf drei militärische Einrichtungen in und um Bujumbura Mitte Dezember 2015. Die burundischen Sicherheitskräfte reagierten daraufhin mit unverhältnismäßiger Gewalt. Traurige Bilanz dieses Wochenendes waren über 90 Tote, über 40 Festnahmen und zahlreiche Verschleppungen. Zum anderen verursachte ein vom Präsidenten gestelltes Ultimatum zur Entwaffnung oppositioneller Personen Anfang Oktober 2015 Angst innerhalb der Bevölkerung. Die damit einhergehende aggressive staatliche Rhetorik zwang viele Bewohner Bujumburas zur Flucht aus ihren Wohnvierteln

und fing sich die Kritik vieler internationaler besorgter Stimmen ein. Immer wieder werden Massengräber um Bujumbura gefunden.

Der bestehende Konflikt in Burundi ist kein ethnischer, sondern vielmehr ein politischer: Es geht um das kompromisslose Festhalten des Präsidenten an der politischen Macht. Die Kriegsrhetorik gegen jegliche Kritiker nimmt zu und alte Wunden werden neu aufgerissen. Inwieweit sich der Konflikt außerhalb Bujumburas, in ländlicheren Gebieten Burundis ausweitet, ist kaum abzuschätzen, da es dazu fast keine Medienberichte gibt.

Aufgrund der gravierenden Menschenrechtslage und des harten Durchgreifens der Regierung sahen viele Menschen keinen anderen Ausweg, als die Flucht zu ergreifen. Über 230.000 Menschen sind bereits aus Burundi geflohen und haben in den benachbarten Ländern Zuflucht gesucht, die meisten von ihnen in Tansania. Offizielle Stellen geben zudem 15.000 intern Vertriebene an.

Auch viele Menschenrechtsaktivist*innen, unabhängige Journalist*innen, NGO Vertreter*innen und Oppositionelle mussten ins Exil fliehen, da sie zum Teil direkt bedroht wurden und ihre Sicherheit in Burundi nicht mehr gewährleistet war. Ausländische Botschaften zogen aufgrund der angespannten Sicherheitslage nicht benötigtes Personal ab und empfahlen ihren Landsleuten die Ausreise.

Im November 2015 sprach der burundische Innenminister ein Verbot gegen zehn Nichtregierungsorganisationen aus und ließ ihre Konten einfrieren. Unter ihnen befindet sich auch das renommierte Maison Shalom (Haus des Friedens), das von der renommierten Menschenrechtsaktivistin Maggy Barankitse geführt wird.

Alarmierend sind auch die zunehmenden Berichte von Fällen sexualisierter Gewalt und Vergewaltigungen von Frauen. Sexualisierte Gewalt wird zunehmend als Kriegswaffe eingesetzt. Dieses neu auftretende Phänomen kann darauf zurückgeführt werden, dass in bestimmten Vierteln Bujumburas, die als Hochburgen der Oppositionellen gelten, durch den anhaltenden gewaltvollen Konflikt viele Männer entweder geflohen sind oder inhaftiert bzw. ermordet wurden und Frauen daher zunehmend allein und schutzlos verbleiben. Die Täter sollen in erster Linie aus den Reihen der burundischen Nationalpolizei (Police Nationale du Burundi – PNB) und der regierungsnahen Miliz Imbonerakure stammen.

Aufgrund der fehlenden Rechtsstaatlichkeit, der grassierenden Straflosigkeit, der willkürlichen alltäglichen Gewalt und der fehlenden unabhängigen Berichterstattung herrscht in Burundi ein unüberschaubares Chaos. Die meisten der begangenen Menschenrechtsverletzungen bleiben daher ungeklärt. Oftmals sind die Gewaltakteure nicht identifiziert und unabhängige Untersuchungskommissionen unerwünscht. Staatliche Gewalt stößt zunehmend auf gewaltvolle Reaktionen seitens verschiedener bewaffneter oppositioneller Gruppen. Eine Gewaltspirale mit verheerenden Folgen.

Trotz regionaler und internationaler Kritik sowie verhängten Sanktionen,

wie dem Einfrieren von Geldern und dem Reiseverbot regierungsnaher Akteure, lässt sich Präsident Nkurunziza nicht von seinem repressiven Kurs abbringen.

Alle Mediationsversuche für eine friedliche Lösung durch verschiedene Dialoge und Konsultationen scheiterten bislang.

Die burundische Regierung zeigt sich wenig kompromissbereit. So fanden am 8. Dezember Konsultationen in Brüssel statt, welche die Europäische Union (EU) im Rahmen von Artikel 96 des Cotonou-Abkommens eingeleitet hatte.

Diese Konsultationen verliefen jedoch so unbefriedigend, dass sie nach dem ersten Treffen von der EU

abgesagt wurden. Auch der Dialog zwischen der burundischen Regierung und oppositionellen sowie zivilgesellschaftlichen Gruppen geriet ins Stocken. Am 28. Dezember 2015 fanden in Entebbe, Uganda unter Federführung des ugandischen Präsidenten Yoweri Museveni wieder aufgenommene Gespräche statt und sollten am 6. Januar 2016 in Arusha, Tansania fortgeführt werden sollte. Jedoch verweigert die burundische Regierung Verhandlungen mit Teilen der Opposition und sagte diesen Termin ab.

Der Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union (AU) hat im Dezember 2015 erstmals beschlossen eine 5.000 Mann starke Friedenstruppe namens MAPROBU nach

Burundi zu entsenden, wogegen sich die burundische Regierung jedoch wehrt. Die AU benötigt nun eine zweidrittel Mehrheit der AU-Staatschefs, um die Friedenmission zu legitimieren.

Die politische Krise in Burundi hat bereits zu viele Opfer gefordert und die Bevölkerung in eine unhaltbare Situation gebracht. Nun sind die regionalen und internationalen Akteure gefragt, den Druck auf die burundische Regierung weiterhin aufrecht zu erhalten, um einen nachhaltigen Dialog zwischen den burundischen Interessensvertreter*innen zu ermöglichen, mit dem Ziel, einen erneuten Friedensprozess zu starten.

Milena Fusaro, Gesine Ames ÖNZ

Angola vor seinem Arabischen Frühling?

Fortsetzung von Seite 43



der Regierung die Peinlichkeit abgebrochener Projekte bescheren.

Aufgeschreckt von der öffentlichen Unruhe und angesichts der Erfahrung, wie schnell der „Arabische Frühling“ Regime hinwegfegte, die lange als stabil galten, versucht die Regierung die Illusion aufrecht zu erhalten, dass alles unter Kontrolle und seine finanziellen Probleme nur von temporärer Natur seien. Die Au-

toritäten haben dafür plädiert, die sozialen Programme in den Bereichen Gesundheit und Bildung unangetastet zu lassen und haben ein fünf Milliarden Dollar teures Hausbauprogramm versprochen — allerdings noch nicht begonnen.

Aus ökonomischer Sicht ist die Antwort der Regierung wenig sinnvoll. Sie geht nicht die Grundlage der ökonomischen Schwäche an, die geringe Produktivität, ein dysfunktionaler Arbeitsmarkt und ein Mangel an Industriezweigen, die Jobs kreieren könnten.

Prognosen gehen, wenn überhaupt, von Jahren aus, bis der Ölpreis in der Lage wäre, die Wirtschaft in der Weise anzutreiben, wie es in der Vergangenheit gelang. Nur mit wirklichen Wirtschaftsreformen, zusammen mit einer verbesserten, d.h. effizienteren Regierungsführung, die eine größere Zuverlässigkeit garantierte, könnte eine Wende gelingen.

Dass sich die Regierung nicht in Richtung der notwendigen Reformen bewegt, lässt vermuten, dass die Offiziellen nicht davon überzeugt sind, dass dies einen großen Unterschied bedeuten würde oder dass die kurzfristigen Effekte, die für möglicherweise positiven Langzeiteffekte in Kauf genommen werden müssten, zu einer neuen Runde von Demonstrationen führen könnten, die möglicherweise eine Spirale in Gang setzten, die sie nicht mehr kontrollieren könnten.

Was die Regierung an der von ihr gewählten Strategie attraktiv finden dürfte, ist die Aussicht auf eine Fortsetzung des Status Quo, während sie die Hoffnung aufrecht erhält, dass Stabilität und relativer Friede durch die simple Verpfändung seines Ölreichtums wiederhergestellt werden kann.

Tatsächlich wurde dieses Spiel, oft als „Angolanisches Modell“ bezeichnet, seit zirka 2004 gespielt. Zu ihm

Hintergrund

gehört, China dazu zu bringen, Angolas massive Kreditlinien zu verlängern. Diese belaufen sich derzeit auf ungefähr 20 Milliarden US-Dollar. Sie finanzieren gewöhnlich die zentralen Investitionsprojekte der Regierung, wie etwa den neuen internationalen Flughafen in Luanda, oder Verbesserungen der elektrischen Überlandleitungen in Soyo. Die Rückzahlung erfolgt in Öl mit der Forderung, dass 70 Prozent des Projektinputs aus China sein muss. Alles in Allem musste Angola 2015 25 Milliarden einplanen, um allein den Ölpreisverfall auszugleichen. Das Arrangement mit China kam in den frühen 2000er Jahren zustande, nachdem die Regierung Angolas Auflagen für eine von den internationalen Finanzinstitutionen angebotene Aufbauhilfe nicht erfüllen konnte. Nicht einverstanden war die Regierung Angolas insbesondere mit der Auflage des IWF, die Transparenz zu verbessern, Maßnahmen in Richtung einer guten Regierungsführung zu ergreifen und die Menschenrechte zu respektieren.

China verlangt solche Bedingungen nicht. Interessanterweise hat sich ein Schlüsselement für die Auslösung des Arabischen Frühlings, die Korruption, seit 2005 verschlimmert, also kurz nachdem China begann, sein Kreditvolumen auszuweiten.

Angolanische Oppositionsgruppen und weite Teile der Bevölkerung sehen, dass die Gewinner dieser undurchsichtigen Kreditgeschäfte mit China die angolanischen Politiker und andere Insider sind. In einer kürzlichen Debatte in der Nationalversammlung kritisierte die Opposition eine China-Reise des Präsidenten. Der UNTA-Abgeordnete Raul Danda fragte: „Wieviel bekam unser Präsident von China? Niemand weiß, was wir am Ende zahlen. Niemand weiß es.“

Eine kleine Untersuchung über die Effekte dieser chinesischen Pro-

gramme bestätigt tendenziell diese Sorgen. Einfach gesagt: Governance matters. Gut regierte Afrikanische Staaten werden wahrscheinlicher Netto-Gewinne vom Chinesischen Investment davon tragen. In einem gut regierten Land stellt der öffentliche Druck sicher, dass die breite Bevölkerung am Ende von den Investitionen profitiert.

Auf der anderen Seite sind Gewinne für die Bevölkerung in korrupten und instabilen Ländern unwahrscheinlicher und die Projekte schaffen stattdessen Geschäftsfelder nur für die Eliten.

Zweifellos macht Angolas Ausweitung der Kreditaufnahme das Land anfälliger für Druck aus China. Während aus Regierungskreisen durchsickerte (wenn auch offiziell nicht bestätigt wurde), dass beim letzten China-Deal den Kreditgebern für 30 Prozent der Leihsumme über 1,2 Millionen Acres (ein Acre entspricht einem Fußballfeld) hochwertiger Ackerboden als Sicherheit angedient wurden. Würde dieser Deal wirksam, drohten starke Spannungen mit der lokalen Bevölkerung.

Was ist in den nächsten Jahren zu erwarten?

Es ist unwahrscheinlich, dass der Eröffnungszug des Goldlöckchenspiels der Regierung funktioniert. Öffentlicher Ärger wird wahrscheinlich wachsen, möglicherweise in Gewalt münden. Während die Regierung, wie in den Ländern des Arabischen Frühlings, die Pressefreiheit unterdrückt, werden sich die Sozialen Medien der wachsenden Opposition annehmen. Ist Angolas jüngste Vergangenheit ein Indikator, so ist mit steigender Unruhe und immer stärkeren Repressionsmaßnahmen zu rechnen.

Ein Aufwärtstrend beim Ölpreis könnte die Lage entspannen, aber ohne ernsthafter Reformen in Wirt-

schaft und Politik wird die Wirtschaft nicht zu retten sein — oder die wachsende Opposition nicht von der Übernahme der Regierung fern halten.

Wird sich Angola zu einer Afrikanischen Variante des Arabischen Frühlings entwickeln?

Sieht man vom religiösen Charakter ab, teilt das Land auffällige Gemeinsamkeiten mit einigen Nordafrikanischen Ländern, dessen Regime während der Aufstände des Jahres 2011 hinweggefegt wurden — das gilt etwa für die sozio-ökonomischen Indikatoren oder die politische Marginalisierung.

Die Regierung Angolas hat den Vorteil, dass sie studieren kann, wie Länder wie Jordanien, Marokko und selbst Algerien es schafften, die sehr ähnlichen Konstellationen zu meistern.

Unglücklicherweise hat Angola außer der Ausweitung der Ausgaben in einigen Gebieten nichts in die Wege geleitet, das den erfolgreichen ökonomischen und politischen Reformen dieser Länder gleichkäme.

Angola ist bisher einem dem Arabischen Frühling ähnlichen Aufstand entgangen. Dafür gibt es drei Gründe:

- 1.) Nach einem langen, blutigen Bürgerkrieg hat Sicherheit und Stabilität für die Angolaner*innen eine hohe Priorität.
- 2.) Als gewichtiger Ölproduzent hat die Regierung genug finanzielle Ressourcen zur Verfügung, um sich sozialen Frieden zu erkaufen.
- 3.) Kurz nach den Aufständen in Tunesien und Ägypten hat die Regierung ihre elektronische Überwachung von ihr verdächtigter Dissidenten und deren Umfeld ausgebaut.

Ein Spyware-Programm, das zu diesem Zweck entwickelt wurde, kann

BERLINER AFRIKAKREIS: Angola in der Krise?

Referent:

Emanuel Matondo

Redakteur, Informationsstelle Südliches Afrika, INISA)

Diskutant:

Christian Clages

Leiter des Referats 320: Afrikanische Union, Südliches Afrika, Große Seen, Auswärtiges Amt

Moderation:

Andreas Baumert

Initiative Südliches Afrika, INISA e.V.

Die Phase nach dem Ende des Bürgerkriegs 2002 war geprägt von politischer Stabilisierung und – getrieben vom Erdölboom – einer der höchsten Wirtschaftswachstumsraten der Welt.

Mit einer schweren Wirtschaftskrise seit dem Einbruch des Erdölpreises, einem als unfrei klassifizierten Regierungssystem, der Veruntreuung des Großteils von Staatseinnahmen aus dem Rohstoffsektor sowie dem autoritären Vorgehen der Regierung gegen kritische Stimmen der Zivilgesellschaft und der Opposition, scheint die allgemeine Situation in Angola zunehmend ernst und von politischen sowie sozialen Spannungen geprägt zu sein.

Das Europäische Parlament sah sich am 10. September 2015 zu einer Entschließung veranlasst und stellte u.a. fest, „dass die angolische Regierung in den vergangenen Monaten immer schärfer gegen alle vorgegangen ist, die vermeintlich gegen ihre Macht aufbegehren, und damit gegen die in der angolischen Verfassung verankerten Menschenrechte verstoßen hat; dass Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit in Angola weiterhin beschnitten werden und dass es wachsenden Anlass zur Besorgnis gibt, dass Militär und Geheimdienste zu den treibenden Kräften hinter der Festnahme und Verfolgung von Menschenrechtsvertefchern geworden sind“.



Das Europäische Parlament ist entsprechend „äußerst besorgt über die sich rasch verschlechternde Lage, was die Menschenrechte, Grundfreiheiten und den demokratischen Freiraum in Angola betrifft, sowie über die schwerwiegenden Übergriffe der Sicherheitskräfte und die mangelnde Unabhängigkeit der Justiz“.

Wir wollen über die aktuelle politische Situation in Angola und den Umgang externer Akteure mit der Regierung diskutieren und freuen uns auf einen interessanten Abend!

Prof. Dr. Peter Waller René Gradwohl

VERANSTALTER:

Initiative Südliches Afrika (INISA), Society for International Development (SID-Berlin) in Kooperation mit dem Berliner Afrikahaus.

Teilnehmer*innen: 41

27.Oktober 2015 / Hintergrund

Zur Veranstaltung

Emanuel Matondo legte in seiner zehnminütigen Rede die prekäre Menschenrechtsslage in Angola dar. In Wirtschaftssanktionen sah er allerdings kein geeignetes Mittel zur Veränderung dieses Zustandes. Er sprach sich für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit der Weltgemeinschaft, vor allem der europäischen Staaten und Deutschland mit Angola aus. Deutschland habe großes Ansehen in Angola und sollte das als eine Chance begreifen, die nicht leichtfertig verspielt werden sollte.

Christian Clages vom Auswärtigen Amt wies sowohl auf die Schwierigkeiten hin, in einem politisch instabilen und unsicheren Land Wirtschaft zu betreiben, als auch zu einer Regierungspolitik zu kommen, die bessere Bedingungen schafft.

Das Publikum, darunter zahlreiche Vertreter des Aus-

wärtigen Amtes, und von Botschaften wie z.B. von der Portugiesischen Botschaft, beteiligte sich sehr rege und kompetent an der Diskussion. Thema waren u.a., wie die Entstehung weiterer Entwicklungsruinen infolge des fallenden Ölpreises vermieden werden könnte.



Angola vor seinem Arabischen Frühling?

Fortsetzung von Seite 53

Screenshots von Posts verdächtigter Personen anfertigen und leitet sie an Personen des Sicherheitsdienstes weiter. Die Strategie der Regierung ist klar:

Sind die Ölpreise hoch, nutze es für Subventionen und Finanzierung von Patronage-Netzwerken. Fällt der Ölpreis, sichere dir zusätzliche Kreditlinien aus China mit künftigen Öllieferungen als Sicherheit. Da dieses Herangehen auf einfache Weise lukrative Einnahmequellen für die Landeselite

bereit hält, wännen sich diese in der besten aller möglichen Welten.

Weil der Plan narrensicher erscheint, wurde kein Plan B entwickelt. Wer hätte schließlich vorhersehen können, dass der Ölpreis innerhalb von Wochen von 110 Dollar auf 50 Dollar pro Barrel sinken oder dass die Wirtschaft Chinas in ernsthafte Schwierigkeiten geraten und nicht in der Lage oder nicht Willens sein würde, den Kreditrahmen zu erweitern oder auch nur die Konditionen zu verbessern?

Wer in der Regierung hätte gedacht, dass deren Spyware Programm entdeckt würde?

Wie es immer ist, im Falle von Autokratie, Defizite bei der Regierungsführung und einer einseitig auf Ölreichtum basierenden Wirtschaft wird die Verletzlichkeit des Ganzen nicht wahrgenommen - man macht weiter, bis es zu spät ist.

Original: Forain Policy „Angola Awaits Its Arab Spring von R. Loonley

Übersetzung ins Deutsche von Hans-Hermann Hirschelmann

Afrikahaus zum 10. Mal bei der Berliner Entwicklungspolitischen Bildungswoche (benbi) dabei.

Das von Kate e.V. organisierte 16. Berliner Entwicklungspolitische Bildungsprogramm im Freizeit und Erholungszentrum (FEZ) in der Wuhlheide bot unter dem Motto „**ZukunftsREICHE Welten – Wie begegnen wir Überfluss und Mangel?**“ eine ganze Woche Workshops, Kurzfilme und Diskussionen.

Die 90 Minuten-Workshops der über 20 NGOs behandelten Fragen wie „Warum wächst die Kluft zwischen Arm und Reich?“, „Welche Strategien zur Armutsbekämpfung gibt es hier und anderswo?“, „Was ist Bildungsarmut?“ oder „Wie fair ist das weltweite Handelssystem?“

KATE e.V., die Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung organisiert das Programm ab 2002. Es war von der deutschen UNESCO-Kommission in den Jahren 2008/2009, 2010/2011 sowie 2012/2013 als offizielles Projekt der UN -Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet. Vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erhielt es außerdem die Auszeichnung „Best Practice – Projekt für Globales Lernen 2009“

Das Afrikahaus bzw. sein Trägerverein Farafina e.V. beteiligt sich seit 2005 mit eigenen Workshops am benbi.



Afrika – Kontinent des menschlichen Reichtums

Die Afrikahaus-Schüler*innen-Workshops auf der Berliner Entwicklungspolitischen Bildungswoche (benbi) 2015

Wie viele afrikanische Länder gibt es und welche kennt Ihr? Wo befinden sich diese auf der Landkarte? Woran ist der afrikanische Kontinent reich? Wir begeben uns auf die Reise nach Ostafrika, der Wiege der Menschheit. Wir erfahren, welche Schätze sich hier befinden, wem sie gehören und wer von ihnen profitiert. Wie kann eine faire Verteilung aussehen? Gemeinsam finden wir es heraus.

Grundschule

Was bedeutet Reichtum für uns und auf welche Arten können wir reich sein? Woran sind Menschen in Ostafrika reich? Wir entdecken, welcher Reichtum sich vermehrt, wenn wir ihn teilen und malen die geteilten Schätze fantasievoll aus.

Sek I

Was heißt es für Euch, reich zu sein? Wie haben sich die Vorstellungen von Reichtum im Laufe der Zeit verändert? Welche Reichtümer lassen sich in Ostafrika fin-

den? In einem Quiz erkunden wir, wer von ihnen profitiert und entwickeln Ideen, wie die Schätze gerecht verteilt werden können.

Sek II

Wir reisen gemeinsam nach Ostafrika und erfahren, welche Reichtümer hier vorkommen. Wer profitiert von ihnen und welche Konflikte bestehen bei der Verteilung? Anhand vorgefundener und neuer, von Euch hinzugefügter Ideen, tauschen wir uns darüber aus, wie Gerechtigkeit hergestellt werden kann und entwerfen Möglichkeiten, wie wir selbst aktiv werden können.

November 2015

Workshop Sekundarstufe II

„Viel wissen wir nicht über Afrika, weil wir uns nicht richtig für afrikanische Länder interessieren. Das sollte aber nicht sein.“ (Ein Workshop-Teilnehmer)

Am Beginn erläuterten wir das Konzept des Workshops (WS). Der Ablaufplan war für alle gut sichtbar auf einem Flipchart dargestellt. So konnten die Schüler*innen Vorschläge und Ergänzungen einbringen.

Die Schüler*innen äußerten ihre Erwartungen an den WS. In der Abschlussrunde wurden die zum Ausdruck gebrachten Erwartungen wieder aufgegriffen.

Der Kontinent

Wie mit den Schüler*innen der Grundschule und der Sekundarstufe I, begannen wir mit der Vermittlung regional-geografischer Kenntnisse. Beim Zusammensetzen der Puzzle-Teile mit den fünf Regionen Afrikas lernten die Schüler*innen die Dimensionen des Kontinents kennen und wir diskutierten über die Bedeutung der regionalen Unterschiede auf dem afrikanischen Kontinent.

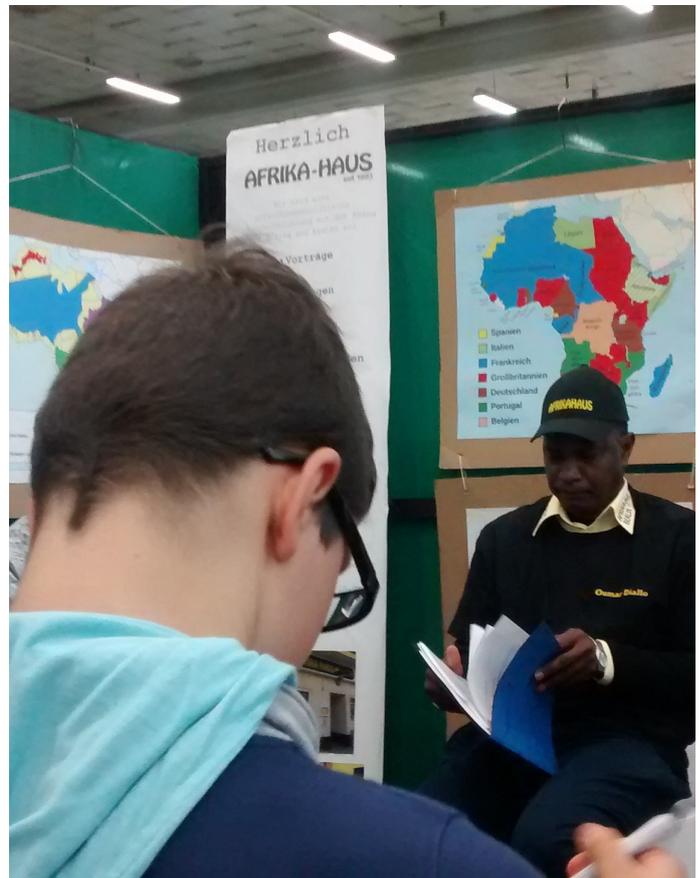
Es zeigte sich, dass viele der Jugendlichen schon Wissensgrundlagen zur neueren Geschichte und Geografie Afrikas sowie über politische und soziale Zusammenhänge in einzelnen afrikanischen Ländern mitbrachten.

Der von uns erwartete defizitorientierte Blick auf den afrikanischen Kontinent war in dieser Diskussion allerdings vorherrschend. So wurden erste Differenzierungen im Blick auf den afrikanischen Kontinent herausgearbeitet: es entstand das Bild eines Kontinentes mit reichhaltigen Rohstoffvorkommen, mit „überwältigenden“ Landschaften, und auf dem vielfältige kulturelle Ausprägungen zu Hause sind; aber auch mit immer wiederkehrenden sozialen und politischen Verwerfungen, mit großen Stadt-Land-Gegensätzen und mit Gesellschaften, denen durch die Kolonialgeschichte und gegenwärtige internationale Wirtschafts- und Handelsbeziehungen ein eigenständiger und nachhaltiger Entwicklungsweg versperrt wurde und wird.

Was macht reich?

Im Anschluss ging es um Anstöße für ein umfassendes Verständnis von Reichtum, das über materiellen Reichtum hinaus geht. Was macht Menschen, was Länder und was macht Afrika reich?

Die in die Diskussion eingebrachten Stichworte wurden auf einem Flipchart gesammelt und gemeinsam interpretiert. Genannt wurden u.a. ein Dach über den Kopf bzw.



eine Schutzmöglichkeit, eine Tätigkeit/Arbeit ausführen zu können, von der man leben kann, Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildungseinrichtungen, ausreichend zu essen und zu trinken; Freundschaften und eine Familie, Teil einer "Community" zu sein; sich frei bewegen zu können und auf ein gesichertes Rechtssystem vertrauen zu können.

Die Realisierung der Grundbedürfnisse, so erfuhren die Schüler*innen, wird von der Mehrheit der Menschen in den afrikanischen Gesellschaften als innerer und äußerer Reichtum betrachtet. Arm ist, wer einen Mangel an diesen Grundbedürfnissen erleidet.

Unterschiede

Dies führte uns zu der Frage nach den Ursachen der Unterschiede im Lebensstil und bei der gesellschaftlichen Teilhabe in afrikanischen Gesellschaften als auch zwischen Afrika und Europa. Dabei wurde die Frage aufgeworfen, ob von einer reichen Gesellschaft tatsächlich schon dann gesprochen werden könne, wenn alle genug zum Leben haben.

Am Beispiel der Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen in Namibia wurde danach diskutiert, wie afrikanische und europäische Gesellschaften und die

praktische Politik voneinander lernen und so für den jeweils anderen von Nutzen sein könnten.

Als nächstes entdeckten die Schüler*innen die große Bedeutung ihre Heimatstadt Berlin für die afrikanischen Gesellschaften.

Sie erfuhren, wie auf der Berliner Konferenz 1894/95, auch „Westafrika-Konferenz“ oder „Kongo-Konferenz“ genannt, die anwesenden Großmächte die Kriterien für die völkerrechtliche Anerkennung von Kolonialbesitz festlegten, und dass dies einen beispiellosen Wettlauf um die noch nicht besetzten Gebiete Afrikas auslöste. Innerhalb weniger Jahre war Afrika (bis auf Äthiopien und Liberia) dann unter den europäischen Mächten aufgeteilt. Viele Spuren in Berlin zeugen von der historischen Verstrickung Deutschlands in die koloniale Eroberung und Ausplünderung Afrikas.

Dies zu vermitteln war uns wichtig, weil die koloniale Vergangenheit Deutschlands in Schulbüchern und Unterricht immer noch eine zu geringe Rolle spielt und in der Auseinandersetzung mit Afrika und selbst bei Lebensentwürfen der Menschen der „afrikanischen Diaspora“ in Berlin selten thematisiert und dadurch nicht selbstverständlicher Bestandteil der Identität unserer Stadt wird.

Abschließend redeten wir über individuelle und allgemeine Handlungsmöglichkeiten vor dem Hintergrund der Frage, wie eine gerechtere Verteilung der „Reichtümer“ Afrikas organisiert werden kann.

Fazit:

Welche Wirkungen solcherart Workshops letztendlich hinterlassen, hängt von vielen Faktoren ab, die von uns kaum verfolgt und noch weniger selbst beeinflusst werden können.

In der Kürze der uns zur Verfügung stehenden Zeit war es uns gelungen, den Schüler*innen zu vermitteln, dass Afrika ein riesiger, reicher und für die Zukunft der Menschheit wichtiger Kontinent ist, dem größere Auf-



merksamkeit gebührt.

Wir haben Anstöße gegeben, über Reichtum und Armut differenzierter nachzudenken. Ebenso, dass Armut durch falsche politische Entscheidungen beeinflusst wird, und die Weltgemeinschaft mit den bis heute spürbaren Auswirkungen der kolonialen Unterwerfung und Ausbeutung der afrikanischen Staaten einen selbstkritischen Umgang finden muss.

„Hier und überall gegen Rassismus kämpfen“, war für eine Schülerin die wesentliche Schlussfolgerung aus der Diskussion zur Frage, was weltweit zu mehr Gerechtigkeit führen kann. Andere fanden es wichtig, sich politisch zu engagieren und Veränderungen in internationalen Organisationen herbeizuführen.

„Letztlich denken alle nur an sich selbst“ und „man kann nicht allen Menschen helfen“, lautete dagegen das eher pessimistische Resümee anderer Schüler*innen

Eine Teilnehmerin deutete dagegen an, dass das "Bruttonationalglück" in Bhutan eine mögliche Denkrichtung auch für europäische Gesellschaften sein könnte bei der Suche nach einem Ausweg aus ihrer nicht nachhaltigen Wirtschaftsweise.

Jürgen Weber, Journalist,
Dritte Welt Journalistennetzwerk e.V. (DWJN)

Workshops Grundschule und Sekundarstufe I

Beim gemeinsamen Zusammensetzen eines Puzzles, dessen fünf Teile die Regionen Afrikas darstellen, erfuhren die Schüler*innen, dass Afrika ein Kontinent mit über 50 Ländern ist, und die Länder in fünf Regionen zusammengefasst werden.

In mehreren offenen Erzähl- und Fragerunden über Afrika und seinem Reichtum gingen wir auf die verschiedenen Länder, Sprachen und Kulturen ein. Die Vielseitigkeit und Größe des afrikanischen Kontinents kamen zur

Sprache und dass Afrika nicht nur aus Krisen, Krankheiten, Katastrophen besteht.

Mit einem Tastspiel identifizierten die Schüler*innen verschiedenen Rohstoffe, die Afrika der Welt zu bieten hat. Es wurden zum Beispiel Kaffeebohnen, Kakao, Baumwolle usw. ertastet und eine Verbindung zu den daraus hergestellten Gegenständen im eigenen Alltagsgebrauch hergestellt. So bekamen die Schüler*innen einen Eindruck von der Bedeutung der globalen Arbeitsteilung.

Workshop



Nach dem Tastspiel sind wir näher auf das Thema Reichtum eingegangen und haben in Form einer Mindmap alles zusammengetragen, woran ein Mensch nach Meinung der Schüler*innen reich sein kann.

Ziel war es, verschiedene Facetten von Reichtum darzulegen und zu vermitteln, dass es außer materiellen Reichtum noch viele andere Arten von Reichtum gibt.

Auch Beispiele für die Verschiedenartigkeit der Reichtü-

mer Afrikas listeten wir auf, und sahen, dass Afrika die Welt nicht nur mit reichlich Rohstoffen für Kleidung, Fortbewegung oder moderne Kommunikationstechnologien versorgt sondern den „Grundstoff“ geliefert hat, ohne den es keinerlei menschlichen Reichtum geben könnte — den Menschen selbst. Ostafrika nennt man die Wiege der Menschheit. Von hier aus breitete sich der moderne Menschen über die Erde aus.

Wir redeten anschließend darüber, warum es nicht gut ist, wenn Reichtümer unfair verteilt sind und wie man das ändern könnte. Zur Sprache kam u.a. die Möglichkeit, nach Produkten Ausschau zu halten, bei denen ein Siegel verrät, dass faire Preise gezahlt wurden, die Arbeitsbedingungen akzeptabel waren usw.

Zum Abschluss lasen wir eine Geschichte zum Thema des Workshops vor, die deutlich machte, dass einsamer Reichtum nicht unbedingt glücklich macht.

Alles in allem hatten wir den Eindruck, dass die Schüler*innen viel Neues gelernt haben. Sie haben gut mitgearbeitet, viel Interesse gezeigt und vieles auch selbst erarbeitet.

DjaN / hhh

Hintergrund

Der Afrikanische Kontinent und seine Regionen

Jeder fünfte Erdbewohner lebt in Afrika. Afrika ist dreimal so groß wie Europa und misst mehr als ein Fünftel der Landfläche unseres Planeten.

Um den Überblick zu erleichtern, unterteilt man den afrikanischen Kontinent in Regionen. Die Einteilung ist nicht ganz einheitlich. Die Vereinten Nationen unterscheiden die fünf Regionen Nord-, West-, Ost- und Zentralafrika sowie das Südliche Afrika.

Nordafrika ist die Region zwischen Mittelmeer und der Sahara. Davon ist vier Fünftel von Wüste bedeckt. Daran schließen Halbwüsten und Trockensavannen an, wo es ca. 8 Monate nicht regnet und fast aller Regen in der Regenzeit fällt.

In Nordafrika leben heute vor allem Araber, Mauren und Berber.

Westafrika liegt zwischen dem Atlantischen Ozean und der Zentralsahara. Trocken- und Regenzeiten ändern sich je nach Klima- und Vegetationszone. (Vom Norden nach Süden u.a.: Wüste, Halbwüste, Trockensavanne, Feuchtsavanne, Regenwald)

Die Angehörigen der hier lebenden Völker sind meist dunkelhäutig, im nördlichen Westafrika leben auch Berber und Araber.

Ostafrika umfasst die Region zwischen Nil und Indischem Ozean und zwischen Nordafrika und Südlichem Afrika. Die Kultur ist stark von ostarabischen und indischen Einflüssen mitgeprägt.

Zwischen Atlantik und Indischem Ozean befinden sich die 14 Staaten des **Südlichen Afrikas**.

Zentralafrika reicht von Nordafrika bis zum Südlichen Afrika. Unterhalb Westafrikas ist die Region im Westen vom Atlantischen Ozean begrenzt.

Das politische Afrika umfasst 54 Staaten

Sprachen:

Es gibt über 2000 eigenständige afrikanische Sprachen, von denen rund 50 als größere Sprachen gelten, die jeweils von über einer Million Menschen gesprochen werden. Hinzu kommen die ehemaligen Kolonialsprachen, wie Französisch, Englisch oder Portugiesisch.

Was bedeutet eigentlich „Schwarzafrika“?

„Auf diese Frage gibt es keine eindeutige Antwort. Auch bevor Europäer und Araber das Wort benutzten, redeten Einheimische von „Schwarzafrika“. Gemeint ist der Teil Afrikas, in dem hauptsächlich Menschen mit dunkler Hautfarbe leben.

Ursprünglich kommt das daher, weil die Sonne desto häufiger und intensiver scheint, je näher der Äquator ist. Dunkle Haut schützt besser vor den gefährlichen Anteilen der Sonnenstrahlung. Deshalb haben in Gegenden mit intensiver Sonnenstrahlung lebende Menschen die Fähigkeit behalten, sich mit Hilfe der dunklen Hautfarbe zu schützen. Diese Fähigkeit ist in den Erbanlagen festgelegt.

Es gibt eine Theorie, nach der sich die Erbanlagen mit der Zeit ändern können, ohne dass Menschen mit dunkler und heller Hautfarbe gemeinsame Familien gründen. Die Theorie besagt, dass dunkelhäutige Familien, die in Gegenden mit geringerer Sonnenstrahlung leben, nach vielen Generationen, von alleine Anlage einer hellen Haut entwickeln – und umgekehrt. Da dies aber viele hunderte oder sogar tausende Jahre dauern würde, weiß bisher niemand, ob die Theorie stimmt.

Die Unterschiede in den Hautfarben in Afrika nördlich und südlich der Sahara kommen daher, weil es früher fast unmöglich war, die Wüste Sahara zu queren. Aber es gab auch eine Zeit, in der die Sahara grün war und hier riesige Rinderherden gehalten wurden. Deshalb hatten die Menschen der ersten Hochkulturen in Ägypten eine schwarze Hautfarbe.

Als das „Rinderland“ austrocknete und die Wüste Sahara entstand, gab es eine Völkerwanderung. Die Menschen, die hauptsächlich von den Rindern gelebt hatten, wanderten allmählich südwärts bis ihre Nachkommen nach fast 2000 Jahren Wanderung in Südafrika angekommen waren. Dadurch gerieten die Menschen, die dort vorher hauptsächlich von der Jagd lebten (die wegen der größeren Entfernung vom Äquator eine hellere Hautfarbe hatten) in die Minderheit. Die Gebiete nördlich der Sahara wurden dagegen später von den Arabern erobert (die auch eine hellere Haut haben).

Während der Kolonialzeit meinten die Europäer, wenn sie „Schwarzafrika“ sagten, das Gebiet, in dem sie Menschen einfingen um sie nach Amerika zu verschiffen und dort als

Sklaven zu verkaufen. Gleichzeitig identifizierten sie „Schwarzafrika“ mit der Möglichkeit, dort Rohstoffe auszuheben mit denen sie die Entwicklung Europas und Amerikas voranbringen konnten.

Um über die Unmenschlichkeit, die sie begingen, nicht nachdenken zu müssen, glaubten Europäer (aber auch Araber) gern an Theorien, die ihr Tun zu rechtfertigen schienen. Dazu gehörte die Idee, dass „Schwarzafrika“ kulturlos sei, erst zivilisiert werden müsse oder dass die Menschen dort gar einer „minderwertigen Rasse“ angehörten. Heute weiß jeder, dass solche Ideen Rassismus, also selbst unzivilisiert sind und warum trotzdem einmal so viele Menschen diesen Unsinn geglaubt haben.



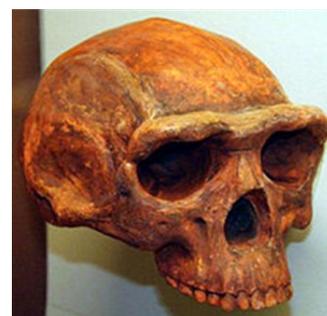
Afrika — die Wiege der Menschheit ... und damit auch allen menschlichen Reichtums

Wo die modernen Menschen ursprünglich herkommen und wie wir uns dann auf der Erde verteilt haben, können Wissenschaftler herausfinden. Sie untersuchen zu dem Zweck Knochen, die eine sehr lange Zeit in der Erde verborgen waren.

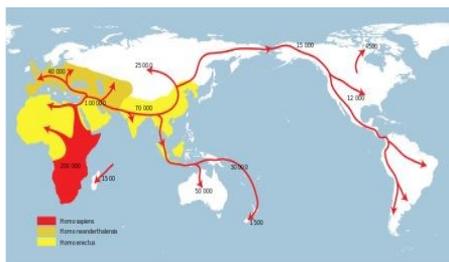
Die ältesten Menschenknochen, die

entdeckt und von Wissenschaftlern untersucht wurden, wurden in Afrika gefunden.

Es wurden sogar die ältesten Knochen von zwei Menschenarten in Afrika gefunden. Eine davon ist inzwischen ausgestorben.



Hintergrund



Durch die Knochenfunde weiß man, dass die später ausgestorbene Art schon vor fast zwei Millionen Jahren in Afrika gelebt hat und sich später bis in andere Regionen der Erde ausbreitete. Überreste von ihnen wurden z.B. in China entdeckt.

Auch diese Menschenart hatte schon Steinwerkzeuge angefertigt und benutzt. Die in Europa eine Zeit verbreiteten Neandertaler stammen von ihnen ab.

Die einzige nicht ausgestorbene Menschenart ist der moderne Mensch der Gattung Homo Sapiens, also wir. Die ältesten Überreste moderner Menschen sind ca. 200.000 Jahre alt und wurden in Ostafrika gefunden

Die Entwicklungsbiologen zählen uns zur Unterordnung der Trockenasaffen. Wir stammen also nicht von heute lebenden Affenarten ab, sondern sind Unterordnung einer Affenart, die sich zum Menschen entwickelt hat. Und nach allem, was wir bisher wissen, wurden wir in Afrika zu dem, was wir heute sind, inklusive der Notwendigkeit, ein Großteil dessen, was wir benötigen, um unsere Existenz zu sichern und uns bzw. unsere Mitmenschen zu bereichern, selbst her- und bereit zu stel-

len, indem wir Vorgefundenes gezielt bearbeiten.

Auf zu einer gemeinsamen Menschheit?

Heute haben wir diese Fähigkeiten zu einem Grad entwickelt, dass die Frage auftaucht, ob es nicht Zeit für eine „erwachsene“ Menschheit ist, d.h. eine globale Struktur, die es uns erlaubt, die Entwicklung und den Einsatz der Fähigkeit, sich selbst und die Mitmenschen reich oder arm zu machen, endlich als eine wirklich gemeinsame Menschheitsaufgabe sehen und anpacken lässt — zum gemeinsamen Nutzen innerhalb gemeinschaftlich ermittelter und verantworteter Grenzen.

hhh

Afrikas Reichtümer entwickel(te)n Europa

Afrika besitzt einen enormen Schatz an Rohstoffen, die für die Weltwirtschaft von großer Bedeutung sind. Geschätzte 89% der weltweiten Vorkommen an Mineralen wie Bauxit, Chromit, Kobalt, Diamanten, Gold, Platin, Titan und Coltan befinden sich in Afrika - Rohstoffe, die u.a. für den Bau von Hightech-Produkten wie Handys, Computer, Fernseher oder auch Autos dringend benötigt werden.

Hinzu kommen Rohstoffe für die Energiegewinnung wie Erdöl, Erdgas oder Uran sowie Holz, als Werkstoff und Brennmaterial.

Auch nach der Befreiung von den Kolonialmächten sind die Länder Afrikas überdurchschnittlich auf den Export dieser Rohstoffe angewiesen. Afrika besitzt 9% der weltweiten Erdölvorkommen. Erdöl macht 42% der Exporte aus Afrika aus. (Die Reichtümer sind allerdings sehr unterschiedlich verteilt. Erdöl findet man vor allem in Nordafrika, am Golf von Guinea und im Sudan, Minerale und Erze eher im Süden.)

Bereits seit dem 15. Jahrhundert wurden aus Afrika Gewürze, Elfenbein und Gold exportiert. Die Kolonialisierung Afrikas verhalf den europäischen Mächten wie Großbritannien, Frankreich, Belgien und später auch Deutschland zu den Bergbau- und Landwirtschaftsprodukten, die ihnen half, sich zu mächtigen Industriestaaten zu entwickeln.

Im atlantischen Dreieckshandel zwischen etwa 1660 und 1807 tauschten europäische Handelskompanien in Westafrika Feuerwaffen, Stahl- und Bronzebarren, grobes Tuch, Glasperlen und Manufakturwaren gegen Sklaven, die sie nach Amerika verschifften und dort weiterverkauften. Die mit deren Zwangsarbeit produzierten Waren wie Baumwolle, Rohrzucker oder Rum gingen wiederum nach Europa.

In Sambia, im Kongo und in Südafrika wurden Bergbauzentren errichtet, während in Süd- und Ostafrika vor allem Plantagen für Kakao oder Baumwolle angelegt wurden.

Noch heute erkennt man an den

Eisenbahnlinien, Straßen oder Häfen den Fingerabdruck der Kolonialmächte. Die Hafenstädte sind sehr modern und die Ballungszentren der Staaten. Im Landesinneren ist oft bis heute zu erkennen, dass Bahntrassen und Straßen als Lieferwege zu den Exportstädten angelegt wurden.

Die anhaltende Abhängigkeit der Länder Afrikas von Einnahmen aus dem Agrargüter- und Rohstoffexport unterwirft diese nicht nur den Launen des Weltmarktes.

Die Mächtigen in Politik und Wirtschaft entwickeln so auch kein ausreichendes Interesse an einer ausgewogenen industriellen Entwicklung der Binnenwirtschaft. Die verlangt nach besserer Bildung und Ausbildung, mehr Rechtsstaatlichkeit und einem freiheitlichen Klima, auch für die Unternehmen, die in dem Land investieren wollen. Aus Sicht der auf die alte Ausrichtung basierenden Mächtigen wird all das aber vor allem als unnötiger „Kostenfaktor“ gesehen, und als eine Bedrohung ihrer Macht.

hhh

Multimediashow von Peter Jaeger

Äthiopien - Entdeckungen am Horn von Afrika

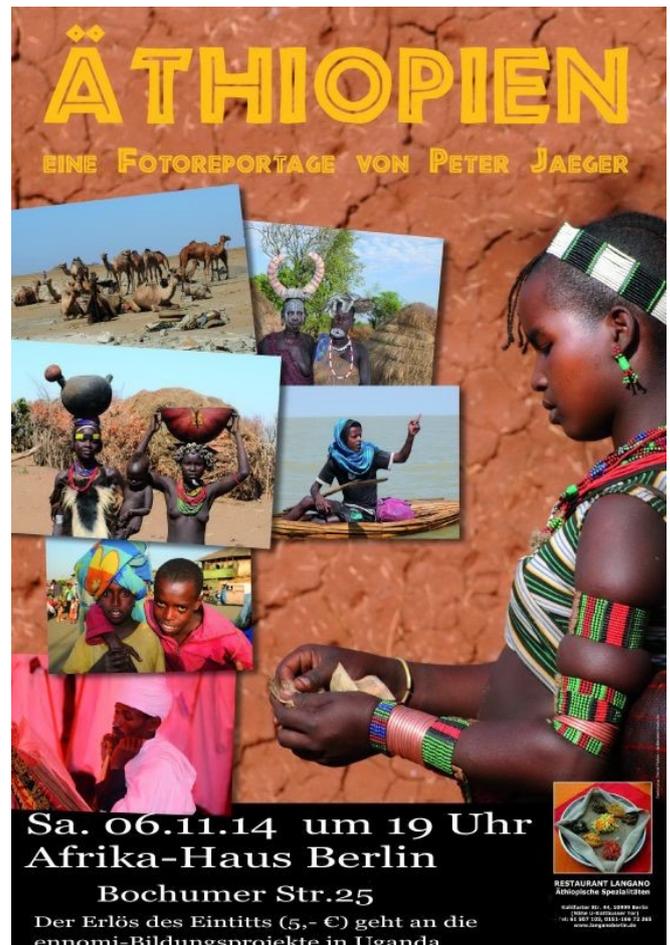
Äthiopien ist eines der faszinierendsten Länder Afrikas und kann auf eine Jahrtausendalte Kultur zurückblicken. Abgesehen von einer fünfjährigen Besetzung durch das damals faschistische Italien ist Äthiopien der einzige Staat Afrikas, der nie unter Kolonialherrschaft gefallen war.

In einem der ersten christlichen Länder überhaupt haben sich viele alte Kirchen und Klöster erhalten. In Lalibela beeindruckt die weltberühmten Felsenkirchen aus dem 10. bis 13. Jahrhundert.

Auch landschaftlich hat das höchstgelegene Land Afrikas viel zu bieten. Aktive Vulkane und bunte Salzseen haben die Danakil-Wüste zu einer faszinierenden Landschaft gemacht. Hier treffen wir auf die Salzkarawanen der Afar-Nomaden und blicken in den rotglühenden Lavasee eines aktiven Vulkans. Im Süden des Landes leben verschiedene Ethnien, die bewusst an ihren Traditionen festhalten.

Der Körperkult, der sich durch unterschiedliche Bemalungen, Tätowierungen und Schmucknarben zeigt, wird hier noch praktiziert und teilweise den Besuchern zur Schau gestellt.

Eintritt: 5 Euro für ennonie-Bildungsprojekte in Uganda e.V.



Der Verein will:

- ohne Verwaltungsapparat Spenden akquirieren, die 1:1 in Bildungsprojekte fließen;
- Bildungsprojekte mit den Menschen vor Ort entwickeln und umsetzen;
- gezielte Einzelhilfe leisten (kein „Gießkannenprinzip“);
- Bildungsprojekte ganzheitlich, d.h. unter Berücksichtigung des sozialen und soziokulturellen Umfeldes (z.B. einer Dorfgemeinschaft) fördern;
- nachhaltig helfen durch „Hilfe zur Selbsthilfe“;
- so weit wie möglich auf die geistigen und materiellen Ressourcen Ugandas zurückgreifen („Aus dem Land, für das Land“).

Eine fundierte Bildung und qualifizierte Ausbildung ist die Grundlage für eine menschenwürdige Zukunft.
Dazu wollen wir unseren Teil beitragen!

Veranstalter:

Ennonie-Bildungsprojekte in Uganda e.V.

Besucher*innen: 27

9. November 2015

18:30 Uhr

Filmabend:

Remembering – In Erinnerung an Kevin Carter

(13.09.1960 – 27.07.1994)

Filmabend und Gespräch mit Dr. Shungu M. Tundanonga-Dikunda zum Thema:

**(Süd)Afrikanischer Fotojournalismus:
Wie Fotojournalismus (ein Foto) zum
Selbstmord führt.**

1.1 Spielfilm:

Der Bang-Gang Club

Regie: Steven Silver (2010)

1.2 Dokumentarfilm:

The Death of Kevin Carter [The Life of Kevin Carter]

Dan Krauss (2004)

Sprachen: Globish – Denglish – Deutsch - English



Hintergrund

Kevin Carter (* 13. September 1960 in Johannesburg; † 27. Juli 1994 ebenda) war ein südafrikanischer Fotojournalist. Er war Mitglied des Bang-Bang-Clubs.

Der Bang-Bang Club ist der Name einer Gruppe von vier Fotojournalisten, die während der Apartheid, insbesondere zwischen 1990 und 1994, in den Townships Südafrikas aktiv waren. Zu dieser Gruppe werden die Südafrikaner Kevin Carter, Greg Marinovich, Ken Oosterbroek und der Portugiese João Silva gezählt. Doch diese hatten stets mit vielen weiteren Fotojournalisten zusammengearbeitet.

Carters wichtigste Arbeit ist das im März 1993 entstandene Foto eines halb verhungerten kleinen sudanesischen Mädchens, welches auf dem Weg zur Essensausgabe zusammenbrach und dabei von einem Gei-

er beobachtet wurde.

Verstört und depressiv durch die Ermordung seines Kollegen Ken Oosterbroek am 18. April 1994 wandte er sich vom Fotojournalismus ab, um als Naturfotograf zu arbeiten. Nur zwei Monate nach der Pulitzerpreisauszeichnung beging Kevin Carter durch eine Kohlenmonoxidvergiftung in seinem Wagen, den er in der Nähe seines Elternhauses abgestellt hatte, Suizid. Er hinterließ eine siebenjährige Tochter.

Der Film „**The Death of Kevin Carter [The Life of Kevin Carter]**“ von Dan Krauss (2004) behandelt die Umstände der Entstehung des preisgekrönten Fotos. 2006 wurde er in der Kategorie Bester Dokumentar-Kurzfilm für den Oscar nominiert. Dazu gab es zwei Nominierungen für den News and Documentary

Emmy Award als beste Dokumentation und als bestes Informationsprogramm.

Gewinnen konnte der Film den IDA Award der International Documentary Association, das Cleveland International Film Festival, das L. A. Shorts Fest, das Tribeca Film Festival und eine Goldmedaille bei der Verleihung der Student Academy Awards, außerdem den Golden Gate Award beim San Francisco International Film Festival.

The Bang Bang Club, ein kanadisch-südafrikanischer Spielfilm aus dem Jahr 2010 von Steven Silver basiert auf der Autobiographie von Greg Marinovich und João Silva. Er erzählt die Geschichte einer Gruppe von Fotografen, die in Südafrika in der Spätphase der Apartheid in den Jahren von 1990 bis 1994 als Pressefotografen unterwegs sind.

Wie ist eine postkoloniale Arbeit für LGBTI möglich?

Beispiele von Projekten aus verschiedenen afrikanischen Ländern

55 Staaten, etliche Sprachfamilien, diverse Klimazonen: Afrika ist kein Land, Afrika ist ein Kontinent und auch in Europa wird das immer öfter betont. Wenn über Feindlichkeit und Gewalt gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intergeschlechtlichen (LGBTI) Menschen gesprochen wird, kommt es besonders darauf an, um welches Land es sich handelt. Südafrika hat eine der fortschrittlichsten Verfassungen der Welt, aber gerade in Südafrika sind lesbische Frauen häufig Gewaltverbrechen ausgesetzt. In vielen afrikanischen Staaten sind homosexuelle Beziehungen kriminalisiert. Diese Gesetze wurden fast immer zu kolonialen Zeiten eingeführt.

Wie ist vor diesem Hintergrund eine postkolonial orientierte Projektarbeit in afrikanischen Ländern möglich? Welche Empfehlungen ergeben sich für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit? Was bedeutet das für die Arbeit mit LGBTI?

Ausgangspunkt für Akteur*innen aus dem Norden muss immer ein möglichst differenziertes Bild und am besten noch die Fähigkeit zur Selbstkritik sein.

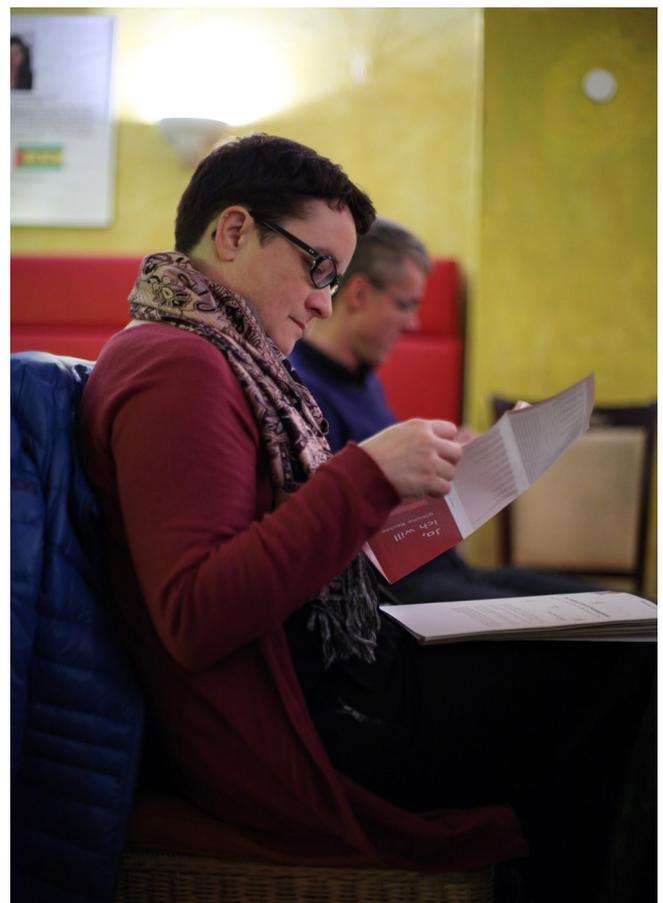
Es sprechen

- **Dr. Rita Schäfer**
Heinrich Böll Stiftung / Gunda Werner Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie
- **Uta Schwenke**
Hirschfeld Eddy Stiftung
- **Naana Lorbeer**, Amnesty International

Moderation:

Pascal Thibaut

Fotos: Caro Kadatz /
Hirschfeld-Eddy-Stiftung



Veranstalter:

Farafina e.V. / Afrikahaus + Hirschfeld Eddy Stiftung
Gefördert durch den Aktionsgruppenfond (GP) von
Engagement Global im Auftrag des BMZ

Zahl der Teilnehmenden: 33

Hintergrund

Menschenrechte für LGBTI-Menschen

Sarah Korth: Herausforderungen vor dem Hintergrund kolonialer und nachkolonialer Diskriminierungen am Beispiel Ugandas



abgelehnt, aber im Hintergrund formieren sich erneut die christlich-fundamentalistischen und homophoben Kräfte, die seine Verabschiedung medienwirksam vorbereitet und durchgeboxt hatten.

Ein Grund zum Feiern oder eine gemischte Bilanz?

Homosexualität ist weiterhin kriminalisiert, und im letzten Jahr stieg die Zahl der gewalttätigen Übergriffe auf LGBTI-Menschen, ihre Diskriminierungen am Arbeitsplatz sowie im öffentlichen und privaten Leben. Der Druck auf LGBTI-Menschen, ihre Familien und Freunde*innen steigt. Auch Mitschüler*innen, Studienkolleg*innen, Arbeitgeber*innen oder Vermieter*innen geraten durch die Hatz der Medien, der Politiker*innen und der fundamentalistischen Pfingstkirchen immer weiter unter Druck, und manche denunzieren LGBTI-Menschen bei der Polizei. Deshalb war das diesjährige Motto sehr gezielt gewählt. Es zielte auf Solidarität und ein wertschätzendes, unterstützendes Zusammenleben.

Alternativer Nobelpreis für Kasha Jacqueline Nabagesera

Eine internationale Signalwirkung hatte die diesjährige Auszeichnung des alternativen Nobelpreises (Right Livelihood Award) an Kasha Jacqueline Nabagesera. Die Juristin und LGBTI-Aktivistin setzt sich seit vielen Jahren für die Menschenrechte von LGBTI-Menschen ein und erhielt 2013 den Nürnberger Menschenrechtspreis. Sie hatte vor dem Obersten Gericht Ugandas gegen die Zeitung Rolling Stone geklagt, die im Oktober 2010 dazu aufrief, alle Homosexuellen zu hängen, und die



Wir sind eine Familie

Die Gay Pride Uganda im August 2015 hatte das Motto „**We are family.**“ Sie wurde an geheim gehaltenen Orten organisiert, aus Angst vor Gewaltübergriffen und Verhaftungen. Sie fand ein Jahr nach der Entscheidung des Verfassungsgerichts in Uganda statt, das ein verschärftes Anti-Homo-sexuellen Gesetz aus verfahrenstechnischen Gründen für nicht verfassungskonform erklärte.

Zur Situation in Uganda

Es war im Februar 2014 nach langen gesellschaftlichen Debatten und menschenverachtender homophober Hetze in den Medien im Parlament verabschiedet und von Präsident Yoweri Museveni unterzeichnet worden. Es sah drakonische lebenslange Haftstrafen für Homosexuelle und lange Haft für diejenigen vor, die Homosexualität fördern, indem sie Verwandte oder Kollegen*innen nicht anzeigen.

Das verschärfte Gesetz ist erstmal



Adressen und Fotos von einhundert LGBTI-Menschen veröffentlichte.

Kasha Jacqeline Nabagesera gründete auch die Organisation Freedom and Roam Uganda (FARUG). Gegenüber Amnesty International betonte Kasha Jacqeline Nabagesera, dass es bei der internationalen und entwicklungspolitischen Unterstützung wichtig sei, mit LGBTI-Organisationen vor Ort abzustimmen, welche Förderung sie für sinnvoll halten, um Gefährdungen und Probleme zu vermeiden. Sie wurde persönlich wiederholt angegriffen, ähnlich wie andere LGBTI-Menschen in Uganda. Die Polizei ermittelt oft nicht, viele Polizisten sind selbst homophob.

Wie es weitergeht, ist offen

Etliche LGBTI-Menschen leben aus Angst in den Nachbarländern, teils unter erbärmlichen Bedingungen in Flüchtlingslagern, wo sie auch mit Homophobie konfrontiert sind, oder sie haben Asyl in Südafrika oder einem europäischen Land beantragt. Gleichzeitig suchen diejenigen, die mit Schützenhilfe fundamentalistischer und kapitalkräftiger sowie einflussreicher Pfingstkirchenvertreter aus den USA für das drastisch verschärfte Homosexuellengesetz in Uganda politisch und medial Lobbyarbeit geleistet haben, nach neuen Wegen, ihre menschenverachtende Ideologie doch noch in einen Gesetzestext zu fassen und erfolgreich durchs Parlament zu bringen. Nur einzelne ugandische Politiker wagen es, sich öffentlich dagegen auszusprechen.

We all are family

Um so wichtiger war, dass die Gay Pride Uganda im August ein umfassendes Verständnis von Familie zelebrierte: die Herkunftsfamilie und Freunde*innen oder Allianzpart-

ner*innen, die wie eine familiäre Gemeinschaft zusammen halten.

Denn wegen des mit Feindseligkeit aufgeladenen politischen und gesellschaftlichen Klimas ist es auch für die biologischen Brüder und Schwestern oder die Eltern nicht leicht, gegenüber LGBTI-Familienangehörigen empathisch und solidarisch zu sein. Manche haben homophobe Einstellungen der Gesellschaft übernommen oder fürchten böse Nachrede von Nachbarn und schließen LGBTI-Menschen aus den familiären Netzwerken aus.

Homosexualität ist nicht unafrikanisch

Auch den Familienmitgliedern, die ihre lesbischen Schwestern oder schwulen Brüder oder Transgender-Verwandte unterstützen, wollte die diesjährige Gay Pride Mut machen und ihre Solidarität wertschätzen.

Schließlich ist Homosexualität in vielen afrikanischen Gesellschaften traditionell toleriert worden, das dokumentieren zahlreiche Begriffe und Namen für gleichgeschlechtliche Liebe in den verschiedenen afrikanischen Sprachen. In etlichen Gesellschaften forderten Familienverbände und die Ausrichtung auf Ahnen*innen, dass LGBTI-Menschen offiziell heirateten oder sich mit Familienverbänden arrangierten, um Ahnenverehrung und das familiäre Erbe zu sichern. Gleichgeschlechtliche Liebe an sich wurde nicht verboten.

Für gewaltsame Ausgrenzungen und Anfeindungen waren christliche Missionare zuständig, die in kolonisierten Gesellschaften neue Moral schaffen wollten und die heterosexuelle, monogame christliche Ehe propagierten. Sie wurde zum Sinnbild der neuen Ordnung. Indem die Missionare in Interessenallianz mit Vertretern des britischen Kolonialappa-

rats alle anderen Lebensformen gesetzlich kriminalisierten, leisteten sie der Homophobie Vorschub.

Koloniale Traditionen ...

1950 verabschiedete die britische Kolonialmacht in Uganda ein Anti-Homosexuellen-Gesetz, es blieb nach der politischen Unabhängigkeit des Landes 1962 in Kraft und die verschiedenen diktatorisch regierenden Präsidenten Ugandas, Milton Obote und Idi Amin hielten daran fest. Homosexuellen drohten 14 Jahre Haft. Verwalten, Kontrollieren und Strafen wurden zum Leitmotiv der kolonialen Machthaber, hierbei wurden sexistische und rassistische Vorurteile und Einstellungen ebenfalls in die Gesetzestexte und Herrschaftspraktiken integriert.

Manche wurden in etlichen afrikanischen Ländern noch nicht geändert, dazu zählt Uganda.

Seit 1986 ist Präsident Yoweri Museveni an der Macht. Ende September 2005 unterzeichnete er ein Gesetz, das gleichgeschlechtliche Ehen verbietet.

... vs. Selbstbestimmung

Die seit 2010 andauernde Debatte hat also eine Vorgeschichte; dazu ist auch zu sagen, dass das von US-amerikanischen Pfingstkirchenpredigern geförderte Family Life Network in Uganda anlässlich des Weltfrauentags 2009 einen Workshop gegen Homosexuelle organisierte, auf dem namhafte homophobe US-amerikanische Pfingstkirchenprediger sprachen und der Impulse für den Entwurf des Anti-Homosexuellen-Gesetzes bot.

Die Feststellung, dass Frauenförderung nicht die Interessen von Lesben einschließt, sondern gar im Gegenteil zu Ausschluss und Anfeindungen führen kann, traf die ugandische Juraprofessorin Prof. Sylvia

Hintergrund

Tamale schon im Jahr 2003. Sie ist ausgewiesene Gender-Expertin, unterrichtet an der Makerere-Universität in Kampala und vertritt einen dezidierten Menschenrechtsansatz. Sie hatte während eines Gender-Workshops gefordert, die Rechte von Homosexuellen in ein Grundsatzpapier der Gender-Kommission aufzunehmen. Einige Vertreterinnen von Frauenorganisationen und Politikerinnen sprachen sich dagegen aus.

Anschließend bekam Prof. Tamale zu hören, sie sei vom Westen angeheuert, um Homosexualität zu verbreiten und Kinder zu verführen.

Immer wieder setzten Medien in Uganda Pädophilie und Homosexualität gleich. Doch anstatt pädophile Lehrer und Kirchenvertreter strafrechtlich zu belangen, wurden Homosexuelle öffentlich gebrandmarkt und in moralisierenden sexistischen und politisierten Kontroversen angegriffen.

In diesem Kontext arbeiten LGBTI-Organisationen, ihnen gebührt unser Respekt und unsere Solidarität. Und mit Blick auf entwicklungspolitische Unterstützung sind Dialoge mit ihnen entscheidend.

Rita Schäfer

Literatur:

Epprecht, Marc (2013): *Sexuality and social justice in Africa, Rethinking homophobia and forging resistance*, Zed Books, London.

Tamale, Sylvia: *Out of the closet, Unveiling sexuality discourses in Uganda*, in: Cole, Catherine / Takyiwaa / Miescher, Stephan (eds.): *Africa after gender?* Indiana University Press, Bloomington, 2007, S. 17-29.

Fotos: Caro Kadatz /
Hirschfeld-Eddy-Stiftung

Farafina e.V. sagt der Eddy-Hirschfeld Stiftung an dieser Stelle noch einmal herzlichen Dank für die gute, reibungslose und außerordentlich fruchtbare Zusammenarbeit, die wir in den kommenden Jahren gern fortführen.

Oumar Diallo



VR China - Afrika (1964 – 2014)

50 Jahren nach dem Besuch des Ministerpräsidenten Zhou-Enlai.

Die psychohistorische und die psychosoziale Legitimierung des Engagements der VR China in Afrika:

Wer hat eine Heidenangst vor dem Chinesischen Drachen?

Wer hat eine Heidenangst vor dem Afrikanischen Leopard?

Gespräch mit Dr. Shungu M. Tundanonga-Dikunda - Public & Policy Affairs - Consultant (Veranstalter)

Sprachen – Langues – Languages: Globish – Denglish - Deutsch—Franglais



Bericht

Dr. Shungu betonte, dass die Länder Afrikas nichts mehr brauchen als eine moderne Industrielandschaft, die die Chance auf die Entwicklung von hinreichend eigener wirtschaftlicher Stärke eröffnen. Davon ausgehend war es ihm vor allem darum gegangen, die in dieser Hinsicht positiven Aspekte des Afrika-Engagements Chinas herauszustellen, das mit dieser Strategie schließlich selbst zur ökonomischen Weltmacht aufsteigen konnte. Diesbe-

züglich negative Darstellungen in Europa und Nordamerika bemühte sich Dr. Shungu, ein Verdrängungsbedürfnis hinsichtlich der eigenen Vergangenheit als Kolonisatoren und ein neokoloniales Interesse nachzuweisen.

Das Publikum zeigte sich vor allem am Verlauf von Infrastrukturprojekten interessiert, deren Beginn es zum Teil selbst erlebt hatte.

Hintergrund

Afrika und China **Neokoloniale Bestrebungen oder** **Win-Win-Situation?**

Die wachsenden wirtschaftlichen Aktivitäten Chinas auf dem afrikanischen Kontinent sorgen für große internationale Aufmerksamkeit. Vor allem im Bauwesen, in der Infrastruktur, dem Bergbau und der Ölgewinnung zeigen chinesische Firmen große Ambitionen auf dem afrikanischen Markt.

Diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen zwischen Afrika und dem Reich der Mitte sind kein neues Phänomen: Historisch reichen sie

bis mindestens ins 8. Jahrhundert zurück. Von Orten wie Zanzibar, Mombasa und Mogadishu aus wur-

den Seefahrten in den fernen Osten lange vor der Kolonialzeit unternommen (Njoha 2006: 20 f.). Ihren Höhepunkt hatten die Beziehungen zur Mitte der Ming-Dynastie in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts unter Kaiser Yǒnglè (永乐). Zu dieser Zeit führte der chinesische Admiral Zhèng Hé (郑和) eine große Flotte an die ostafrikanische Küste, pflegte diplomatische Beziehungen und brachte verschiedene Tiere wie Giraffen und Löwen mit nach China (Lin 2005: 36 f.)

Die modernen Beziehungen haben ihren Ursprung in der Bandung Asia-

Africa Conference 1955. Im Kontext des Ost-West-Wettbewerbs während des Kalten Krieges unterstützte China unterschiedliche afrikanische Unabhängigkeitsbewegungen. Auch wirtschaftliche Verbindungen entstanden zu dieser Zeit neu. Nach dem Kalten Krieg waren diese dann von einer rein kapitalistischen Ideologie geprägt und nahmen extreme Ausmaße an. Durch relative wirtschaftliche Inaktivität euroamerikanischer Staaten in Afrika entstand ein Vakuum, das China im vergangenen Jahrzehnt zu füllen begann (Mhandara et. al 2013: 80 f.) und sich im Jahr 2009 mit über 800 aktiven chi-

Hintergrund

nesischen Firmen in 49 afrikanischen Staaten (Mhandara et. al 2013: 89) zum größten Handelspartner des Kontinents machte (Johnston & Cheng 2014: 7).

Ein weiterer Grund für das rasante Wachstum der Kooperationen liegt darin, dass China seine Entwicklungshilfe nicht an politische Konditionalitäten knüpft, während euro-amerikanische Staaten häufig Einfluss auf die Politik auszuüben versuchen. Chinas internationale Politik basiert auf dem Prinzip der Nichteinmischung, somit ist der Staat ein willkommener Partner. Auch hat das ostasiatische Reich in seiner langen Geschichte nie versucht, afrikanische Gebiete zu erobern, was die gegenwärtigen Beziehungen in einem positiven Licht erscheinen lässt (Mhandara et. al 2013: 80).

Während die chinesische Regierung sich als selbstlosen Entwicklungshelfer darzustellen versucht, beurteilen westliche Medien die jüngeren Prozesse als neokoloniale Ambitionen des Staates. Auf Grund der vielen komplexen Vorgänge ist es schwierig, die Lage eindeutig zu bewerten.

Zum einen sind die Beziehungen beispielhaft für eine Süd-Süd-Kooperation und werden von offizieller Seite als ertragreich für alle betroffenen Staaten beschrieben. Die meisten afrikanischen Länder besitzen allein nicht die Kapazitäten, um ihre eigenen Rohstoffe im hohen Maß abzubauen, während China die afrikanische Infrastruktur verbessern und Arbeitsplätze schaffen soll. Unter anderem durch chinesische Investitionen hatte Afrika im Jahr 2007 mit 5,8% das bis dato größte Wirtschaftswachstum zu verzeichnen. Die Partner teilen dabei eine koloniale Vergangenheit und begegnen sich so scheinbar auf Augenhöhe (Adisu & Sharkey 2010: 5). Außerdem erhalten afrikanische Student*Innen vermehrt Zugang zu Bildung in China, was positiv zu werten ist.

Zum anderen steht China in starker Konkurrenz zu westlichen Staaten um wichtige afrikanische Rohstoffe wie Öl, Kupfer und Diamanten und versucht aus diesen wohl so viel Profit wie möglich heraus zu schlagen (Mhandara et al. 2013: 85). Chinas Industrialisierung verursacht einen hohen Bedarf und afrikanische Staaten bevorzugen die Kooperation eventuell nur dadurch, dass keine politischen Bedingungen an sie gestellt werden. Somit ist die Frage zu klären, inwieweit afrikanische Staaten und deren Bevölkerung von den Wirtschaftsprojekten tatsächlich profitieren.

Einerseits werden in einigen Ländern größtenteils chinesische Arbeiter*Innen eingestellt, wodurch relativ wenige Arbeitsplätze für die lokale Bevölkerung geschaffen werden, deren schlechte Arbeitsbedingungen wiederum von verschiedenen Seiten kritisiert werden (Adisu & Sharkey 2010: 5).

Des Weiteren bestanden 2008 über 70% der südafrikanischen Exporte nach China aus Rohmaterialien, während die Importe hauptsächlich Endprodukte ausmachten. Staaten können somit in eine neue Unabhängigkeit gedrängt werden (Mhandara et al. 2013: 79).

Hinzu kommt, dass das riesige Exportvolumen chinesischer Produkte nach Afrika der Bevölkerung zwar Zugang zu günstigen Gütern ermöglicht, lokale Produzenten jedoch ins Abseits drängt. Vor allem ist dies in der Textilindustrie zu beobachten, allerdings auch in vielen anderen Bereichen, in denen lokale Produzenten der Konkurrenz nicht standhalten können.

Außerdem finden chinesische Direktinvestitionen weniger im industriellen Sektor statt, sondern vor allem im Bereich der Dienstleistungen. Was anstatt eines steigenden Imports an Endprodukten wirtschaft-

lich jedoch benötigt wird, ist eine Entwicklung hin zur Industrialisierung mit eigenen Produktionsanlagen. Hier lässt sich schlussfolgern, dass China, sollte es die afrikanischen Staaten wirklich als ebenbürtigen Partner anerkennen, die Entwicklung des industriellen Sektors fördern würde (Mhandara et al. 2013: 97).

Die Beziehungen zwischen China und Afrika sollten weiter untersucht werden, um so die besten Handlungsmöglichkeiten für afrikanische Staaten festzustellen. Problematisch ist, dass es sich bei den Beziehungen Afrikas und Chinas vor allem um Kooperationen der Eliten zu handeln scheint (Mandhara et al. 2013: 86) und diese abseits von einem Ausbau in der Infrastruktur durch Straßen, Brücken, Dämme, Züge oder Telekommunikation (Adisu & Sharkey 2010: 5) nur begrenzt zur Verbesserung der tatsächlichen Lebenssituation der lokalen Bevölkerung beitragen.

Philipp Leuschner

Literaturverzeichnis

- Adisu, K. & Sharkey, T., 2010. The Impact of Chinese Investment in Africa. *International Journal of Business and Management*, 5(9), p. 5.
- Johnston, L.A. & Cheng, Y., 2014. China's Africa trade and investment policies: review of a "Noodle Bowl." *African East-Asian Affairs: The China Monitor*, (4), p. 7.
- Mhandara, B.L., Manyeruke, C. & Nyemba, E., 2013. Debating China's New Role in Africa's Political Economy. *African East-Asian Affairs: The China Monitor*, (2), pp. 79, 80, 81, 85, 89, 97.
- Njoh, A.J., 2006. African cities and regional trade in historical perspective: Implications for contemporary globalization trends. *Cities*, 23(1), pp. 20, 21.
- Lin (Hg.), 2005. *Zheng He's Voyages Down the Western Seas*. China International Press: Beijing. pp. 36, 37.7

SICHERHEIT, DEMOKRATIE, ENTWICKLUNG

Drei Säulen tragen Afrikas Zukunft!

Input:

Dr. Christopher Fomunyoh (*1)

Afrika-Referenten und Regionaldirektor beim National Democratic Institute for International Affairs in den USA (*2)

*1) Siehe: <https://www.ndi.org/fomunyohc>

*2) Siehe: https://www.ndi.org/about_ndi

Mit ihm diskutiert:

Georg Schmidt

Auswärtiges Amt, Botschafter, Regionalbeauftragter für Subsahara-Afrika und Sahel

Moderation:

Peter Lehmann, FAI

Im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts steht der afrikanische Kontinent, der gerade beginnt, seinen Platz als Player auf der globalen Bühne einzunehmen, vor zahlreichen Herausforderungen. Zu deren Bewältigung bedarf es der Einheit dreier Handlungssäulen.

- **Eine demokratische und effiziente Regierungsführung**
- **Nachhaltige Entwicklung**, um seiner wachsenden Bevölkerung und insbesondere der Jugend bessere Erwerbsmöglichkeiten und Lebensbedingungen zu bieten und
- **Umfassende Sicherheitspolitik**, die menschenwürdiges Leben tatsächlich sicherstellen kann.

Nur auf Grundlage dieser drei Säulen einer nachhaltigen, auf Demokratie und Sicherheit bauenden Entwicklung, so die These Dr. Fomunyohs, kann es gelingen, hinreichend ausländisches wie inländisches Kapital anzuziehen und in den Ländern zu halten.

Als Einstieg in die Diskussion wird Dr. Fomunyoh Entwicklungstrends identifizieren, wie er sie quer durch den



Kontinent vorliegen sieht und die Herausforderungen und aufkommenden Möglichkeiten des heutigen Afrikas verdeutlichen.

Zur Illustration wird er afrikanische Erfolgsgeschichten und zum Abschluss Empfehlungen an die politischen Führer und Entwicklungspartner in Afrika vorstellen, von denen er hofft, dass diese sie im Sinne einer kooperativen Gestaltung der Zukunft Afrikas aufgreifen mögen.

Das Podium wird u.a. erörtern:

Inwieweit bzw. wie ist die Notwendigkeit der Einheit von Demokratie / Menschenrechte, Sicherheit und (nachhaltige) Entwicklung in der Afrikastrategie der Bundesregierung und in den nachhaltigen Entwicklungsziel der Vereinten Nationen berücksichtigt?

- **Auf welche Weise können Akteure der Weltgemeinschaft das Bemühungen um Sicherheit, Demokratie und Wohlstand in den verschiedenen Regionen Afrikas unterstützen?**
- **Welcher Reformbedarf ergibt sich aus dem Gesagten für die Institutionen der Weltgemeinschaft?**

Vortrag und Diskussion werden in englischer Sprache geführt und simultan ins Deutsche übersetzt.

Veranstalter:

Farfina e.V. / Afrikahaus
In Kooperation Fachausschuss Internationale Politik,
Frieden und Entwicklung in der SPD Berlin (FAI)

Teilnehmer*innen: 46

Gefördert durch den Aktionsgruppenfond (GP)
von Engagement Global im Auftrag des BMZ

Bericht

Dr. Christopher Fomunyoh zu Gast im Afrikahaus

Sowohl der Initiator der Veranstaltung, Dr. Fidelis Etah Ewane, Professor für Internationale Beziehungen an der European University, München, als auch der Referatsleiter für Grundsatzfragen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit beim BMZ, Herr Christoph Rauh, hatten kurzfristig absagen müssen, und so bestritten Dr. Fomunyoh und der beim Auswärtigen Amt als Botschafter und als Regionalbeauftragter für Subsahara-Afrika und Sahel zuständige Herr Georg Schmidt den Abend, klug moderiert von Peter Lehmann vom Mitveranstalter FAI.

Die Konstellation gab Dr. Fomunyoh mehr Raum für den Vortrag seiner bemerkenswerten **Berliner Rede**, die wir hier mit seiner Erlaubnis in deutscher Übersetzung wiedergeben (S. 72).

Dr. Fomunyohs Perspektive

Trotz eines Wechsels vieler afrikanischer Länder zur Demokratie sah Fomunyoh wachsende Sicherheitsprobleme, die quer durch Afrika Frieden und Wohlstandsentwicklung bedrohen. Eine neue Herausforderung sei etwa die Ausbreitung nicht-staatlicher Akteure mit politischen, religiösen oder auch kriminellen Zielen, (oder einer Mischung daraus) die das Militär zwingen, sich an einer kostspieligen Kriegsführung zu beteiligen. Wirtschaftliche Probleme, eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, das Fehlen von Industrie und Arbeitsmöglichkeiten, eingeschränkte Bildung und wenig Zugang zur Teilnahme an politischer Steuerung und Koordination würden den informellen Netzwerken die Rekrutierung erleichtern. Deshalb müssen Sicherheit, Demokratie und eine nachhaltige Entwicklung wirtschaftlicher Leistungsfähig-



keit als eine sich gegenseitig bedingende Einheit betrachtet werden.

Genau hinsehen

S.E. Herr Georg Schmidt überzeugte durch qualifizierte und differenziert vorgetragene Ergänzungen und Bemerkungen, etwa zu Unterschieden präsidentialer und auf Parlamentsmehrheiten gestützter Regierungssysteme, wenn die Rede von Amts-

zeiten von Regierungschefs ist, und sich diese etwa für Rwanda und Burkina Faso ganz anders darstelle.

Dass stets genau hinzusehen und die näheren Umstände jeder Einzelfälle zu betrachten seien, schien das gemeinsame Credo beider Podiumsgäste zu sein — auch hinsichtlich anderer, seitens des Publikums aufkommender Fragen, wie die der Fragwürdigkeit von „Entwicklungshilfe“ oder der Möglichkeiten gemeinsamer Entwicklungsperspektiven entsprechend der jüngst verabschiedeten Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen.

Dr. Fomunyoh antwortete, dass er kein Afropessimist sei. Inwieweit sich die Strukturen der internationalen Beziehungen verändern lassen, hänge aber wesentlich von einer erfolgreichen Entwicklung eigener, afrikanischer Perspektiven ab, für die auch er selbst streitet.

hhh

Afrika und die Herausforderungen der Sicherheit, Entwicklung und Guten Regierungsführung

Die Berliner Rede von Dr. Christopher Fomunyoh, gehalten am 25. November 2015 im Afrika-Haus Berlin

Übersetzung: Hans-Hermann Hirschelmann,
Download des Originalmanuskripts vom www.afrikahaus-berlin.de

In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben viele afrikanische Länder eine Wandlung von einer autokratischen oder militärischen zu einer demokratischen Form der Regierungsführung durchgemacht, und der Kontinent hat eine Tendenz zum Fortschritt hinsichtlich Entwicklung und Regierungsführung gesehen.

Leider kämpft der Kontinent, während sich seine Erfolge in vielen Regionen zu verfestigen scheinen, gleichzeitig mit wachsenden Sicherheitsbedrohungen, die den Frieden und Wohlstand untergraben könnten, wenn Regierungsstrukturen nicht effektiver auf die Bedürfnisse der Bürger ausgerichtet werden.

Sicherheit

Gewiss, Afrika hat in der Vergangenheit Befreiungskriege, Bürgerkriege und andere Arten von Konflikt und Gewalt erfahren. Die Sicherheitsprobleme des heutigen Afrikas rühren aber von einer anderen Art von Bedrohungen her, und sie treffen auf andere Arten der Verwundbarkeit. Anders als in vorherigen Zeitabschnitten zwingt die Ausbreitung von nicht-staatlichen Akteuren das afrikanische Militär und die Sicherheitsbehörden, sich auf asymmetrische Kriegsführung einzulassen – auf die sie vielleicht nicht vorbereitet sind.

Südlich der Sahara verlieren die konventionelle Kriegsführung und

zwischenstaatliche Konflikte an Bedeutung, während innerstaatliche Konflikte zunehmen. Zwischen 2002 und 2005 ist die Anzahl der Konflikte zwischen Staaten um 60% gesunken. Doch weltweit spielten sich im Jahr 2005 über 50% aller innerstaatlichen Konflikte in Afrika südlich der Sahara ab, obwohl deren Zahl zu der Zeit bereits seit den 90er Jahren einen scharfen Rückgang repräsentierten. (UNDP/Human Security Database).

Die Sicherheitsprobleme des heutigen Afrikas, ob in Somalia, Südafrika, Sudan, im Nordosten Nigerias, der Zentralafrikanischen Republik, im Norden Malis oder in Ost-Kongo, entstehen innerhalb der nationalen Grenzen, auch wenn sie in manchen Fällen durch nichtstaatliche Akteure verschärft werden, die über die, wie wir alle wissen, sehr durchlässigen Staatsgrenzen hinweg operierten.

Es ist keine Überraschung, dass die Auslöser der Sicherheitsprobleme die Tendenz haben, zu verschwimmen. Oft liegt den Gewaltakten, wie man jüngst herausfand, eine Mischung aus unterschiedlichen Akteuren und Absichten zugrunde, die von gemäßigt politischen, über kriminelle bis hin zu religiösen Motivationen geleitet sind. In den meisten Fällen fließen mehrere Elemente ineinander, die mit Missständen in allen drei der genannten Sektoren (Sicherheit, Entwicklung und Regierungsführung)

korrespondieren, was die Lösung von Konflikten, einmal ausgebrochen, um so komplizierter macht.

Es gibt eine wachsende und beunruhigende Annäherung und Zusammenarbeit zwischen Netzwerken des organisierten Verbrechens, des Drogenhandels, illegaler Aktivitäten, Geldwäsche, Entführung und Terrorismus.

Mangelnde Wirtschaftsentwicklung, hohe Jugendarbeitslosigkeit, der Mangel an Gewerbe und Arbeitsmöglichkeiten, eingeschränkte Bildung, und wenig Möglichkeiten der Teilnahme an politischen Prozessen werden so zum sumpfigen Nährboden, der die verschiedenen extremistischen Gruppen gedeihen lässt.

Als afrikanische Länder, die diese Gruppen kollektiv bekämpfen, müssen wir aber auch diesen Nährboden der Rekrutierung künftiger Extremisten trockenlegen, die die Sicherheitsprobleme der Menschen verschlimmern.

Im letzten Jahrzehnt wurden afrikanische Länder mit schwerwiegenden Sicherheitsproblemen durch transnationale Terroristen oder die Jihadisten konfrontiert, die in manchen Ländern von den Regierungen bisher unregierte Gebiete aufsuchen und als Ausgangsort für Attacken gegen nationale und internationale Ziele nutzen — erwähnenswert sind etwa die Sahelzone und das Horn von Afrika.

Hintergrund

Wie wir letzten Freitag in Bamako, Mali oder an Boko Haram (der sich mittlerweile der Islamische Staat von Westafrika nennt) im Nordosten Nigerias sehen konnten, sind extremistische Organisationen, die in Afrika operieren, außerordentlich stark an Allianzen mit ähnlichen Organisationen aus anderen Gebieten der Welt interessiert. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang Al Quaida und der Islamische Staat von Irak und Syrien (ISIS).

In vieler Hinsicht wurde die terroristische Bedrohung, die in den letzten Jahren im Subsahara Afrika aufgeflammt ist, durch die globale Verbreitung von extremistischen Ideologien angeheizt, welche die einfach zu bedienenden Plattformen der sozialen Medien für sich zu nutzen gelernt haben.

Vor allem die Sahelregion und das Horn von Afrika sind durch die vom Mittleren Osten ausgehende exponentielle Ausbreitung des Jihadismus betroffen, die durch die Nachbeben der Libyenkrise und das chaotische Ende des Regimes Muhamed Gaddafi begünstigt wurde, in deren Folge sich beispielsweise leichte Waffen über den Kontinent verbreiteten.

Es ist allgemein bekannt, dass Al-Qaeda des Islamischen Maghreb (AQMI) ursprünglich von Elementen initiiert wurde, deren Ziel es war, die algerische Regierung der frühen 1990er Jahre zu stürzen, seine Aktivitäten in den letzten Jahren aber auf die ganze Sahelzone ausgedehnt hat und heute vor allem im Norden Malis aktiv ist.

Boko Haram, mit seinen Ursprüngen im Nordosten Nigerias, übt mittlerweile einen verheerenden Einfluss auf die Nachbarländer Niger, Tschad und auf mein eigenes Land Kamerun aus. Auf die gleiche Weise rufen die Aktivitäten von Al-Shabaab in

Somalia destabilisierende Effekte auf die Sicherheit und die Wirtschaftsentwicklung von Kenia und anderen Ländern in Ostafrika, und am Horn von Afrika hervor.

Ich würde gerne kurz ein paar der bekanntesten Ursachen der heutigen Sicherheitsprobleme in Subsahara Afrika ansprechen.

Boko Haram in Nigeria:

Nach Aussage des Global Terrorism Index Report (2015) ist Boko Haram die weltweit tödlichste Terrorgruppe (noch vor ISIS, den Taliban und Al-Shabab). Fast 7000 Menschen sind in deren Terrorattacken in Nigeria, Kamerun und Niger umgekommen. 2014 ereigneten sich 23 Prozent der weltweit auf Terrorismus zurückzuführenden Todesfälle im Norden Nigerias. Für 2015 gibt es noch keine vollständigen Zahlen, aber mit einer Welle von Selbstmordattentaten hat die Gruppe ihre grenzüberschreitenden Attacken in den Tschad, Kamerun und Niger dramatisch erweitert. Mindestens 53 Menschen sind dabei Anfang des Jahres in N'Djamena, der Hauptstadt Tschads, ums Leben gekommen.

Al-Shabaab in Somalia

Ein anderes Land Subsahara-Afrikas, Somalia, kämpft weiterhin gegen die islamistische Terrorgruppe Al-Shabaab, die seit 2009 bemüht ist, verschiedene Versuche der Bildung einer Somalischen Regierung zu untergraben. Obwohl sie 2014 große Rückschläge erlitten hatten und aus allen größeren Städten des Landes vertrieben wurden, hat Al-Shabaab im vergangenen Jahr mehr Menschen durch Terroranschläge umgebracht als je zuvor – mindestens 800 Menschen in mehr als 400 Angriffen. Auch Al-Shabaab hat versucht, außerhalb der Grenzen So-

malias in Djibouti, Äthiopien und Kenia Anschläge zu verüben und Menschen zu töten.

Nördliches Mali:

Trotz ihrer Zurückschlagung durch die malischen Streitkräfte, gestützt durch Militärs anderer afrikanischer Staaten und Frankreichs im Jahr 2013 (Operation Serval) bleibt Nordmali Brutstätte des islamistischen Terrors. Wie die kürzlichen Angriffe auf das Hotel Radisson Blu in Bamako letzten Freitag gezeigt haben, haben terroristische Gruppen in Mali (zu erwähnen sind Ansar Dine und Al Mourabitoun, die die Verantwortung für die Attacken übernommen hatten), begonnen, weiche Ziele wie Hotels, Cafés und Supermärkte anzugreifen.

Entwicklung

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich in vielen Ländern Afrikas das Brutto-Nationaleinkommen (BNE) pro Kopf fast verdoppelt. Nach Auskunft der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds und anderen Finanzinstitutionen haben viele afrikanische Länder Schritte zur Verbesserung des Geschäftsklimas unternommen. Dadurch sind die Kosten und die Zeit, die benötigt wird, um ein Geschäft zu starten, erheblich gesunken. Fünf afrikanische Länder, Benin, Elfenbeinküste, DRC, Senegal und Togo, befinden sich sogar unter den Top 10 der weltweiten Länderliste, wo Reformen durchgeführt wurden, die es einfacher machen, ein Business zu starten.

Sicher, der Überfluss an natürlichen Ressourcen bringt wirtschaftliche Vorteile mit sich. Afrika bleibt ein vitaler Handelspartner mit einer Vielzahl von unerschlossenen Mineralienvorkommen. Guinea zum Beispiel, ist mit seinen 12 Millionen Menschen der zweitgrößte Produzent von

Bauxit und hat reiche Vorkommen an Diamanten und Gold. Der nach Australien zweitgrößte Produzent von Bauxit hat zugleich die weltweit meisten Bauxit-Reserven, weitaus mehr als Australien. Ghana und Südafrika figurieren an prominenter Stelle unter den Top 10 der Gold produzierenden Länder der Welt. Fünf afrikanische Länder, Äthiopien, Elfenbeinküste, Uganda, Kamerun und Togo sind unter den zehn führenden Produzenten von Kakao. Fünf weitere Länder, Äthiopien, Elfenbeinküste, Uganda, Kamerun und Togo befinden sich unter den führenden zehn Kaffeeproduzenten.

Die Länder um den Golf wie Nigeria, Gabun, Kongo Brazzaville, Äquatorial-Guinea und Angola sorgen für insgesamt 20 Prozent der Ölimporte in die USA, und neue Technologien in der Ölförderung und Verarbeitung führen zur Entdeckung neuer Ölreserven in Ländern wie Mauretanien, Tschad, Ghana, Elfenbeinküste, Uganda, Kenia, Tansania, Mozambik und sogar Niger.

Werfen wir einen Blick auf die Karte der Bodenschätze der Demokratischen Republik Kongo (DRC): Kobalt, Kohle, Erdgas, Nickel, Diamanten, Edelsteine, Gold, Wasserressourcen für den Ausbau von Wasserkraft, um nur einige zu nennen.

Das heutige Zeitalter der Globalisierung hat einen Boom an neuen Technologien erlebt. Finanzströme und Innovationen haben Märkte geschaffen, die zum Nährboden wirtschaftlichen Wachstums wurden. Und eine der größten Wachstumsbranchen ist die Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT). Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass 2014 die weltweiten Investitionen in den ICT-Sektor nur noch in Afrika in Ländern wie Kenia gestiegen sind.

In Zusammenarbeit mit internationa-

len Agenturen, ICT Händlern und Forschern haben Ghana, Rwanda, Tansania, Südafrika und Nigeria riesige Investitionen in die ICT Infrastruktur getätigt. Dies ist keine Überraschung, wenn man bedenkt, dass Afrika auch das Zuhause von rund 200 Millionen junger Menschen zwischen 15 und 24 Jahren ist, eine Zahl, die sich nach Informationen der Afrikanischen Entwicklungsbank bis 2045 noch verdoppeln könnte. Diese Altersgruppe ist der größte Konsument von Elektronikgütern, und so wie sie sich vergrößert, wächst auch die Nachfrage in diesem Sektor. Die Demografie, würde sie richtig gemanaged, ist ein wirklicher Gewinn für Afrika.

Was viele Afrikaner zurecht bekümmert, ist, dass diese rosaroten Geschichten über die makroökonomischen Trends und das ökonomische Potenzial des afrikanischen Kontinents sich nicht notwendigerweise in Verbesserungen der Lebenswirklichkeit afrikanischer Bürger wiederfindet.

Zu viele Menschen leben immer noch unter der Armutsgrenze. Die Jugendarbeitslosigkeit ist extrem hoch, Korruption und Wirtschaftskriminalität grassiert und Investitionen in den öffentlichen Sektor, d.h. in Gesundheit, Bildung und soziale Wohlfahrt sind sehr niedrig.

Unter dem Strich heißt das, dass Afrika kein armer Kontinent ist. Tatsächlich ist er ein reicher und wohlhabender Kontinent. Das gilt sowohl für sein menschliches Kapital als auch für seine natürlichen Ressourcen.

Es ist das schlechte Management dieser Ressourcen, das die extreme Armut auf dem Kontinent und eine immer größer werdende Lücke zwischen arm und reich verursacht. Ungleiche Verteilung wirtschaftlicher Einnahmen tragen zu Sicherheitsproblemen bei, weil desillusionierte

Bürger, die in armen Verhältnissen leben, sich gegen den Status Quo der Regierenden stellen könnten.

Es ist diese extreme Armut, nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch bezüglich des Zugangs zur politischen Sphäre, Freiheit und Bürgerrechten, die die meisten Menschen auf der Welt mit Afrika assoziieren, die die jungen Afrikaner dazu bewegen, nach grüneren Weiden in anderen Ländern zu suchen und manchmal das Risiko der illegalen Migration und des Menschenschmuggels auf sich nehmen lassen, oder die sie anfällig macht für die intensiven Rekrutierungen extremistischer Gruppen.

In dieser Hinsicht könnte der Überhang an jungen Menschen, den ich vorhin als Gewinn bezeichnet hatte, auch zur Last werden:

Zwar müsste eine große Zahl Menschen im arbeitsfähigen Alter eigentlich öffentliche Einnahmen generieren, mit denen gesellschaftliche Bedürfnisse erfüllt werden können, doch kriert der in Afrika so hohe Sockel an Arbeitslosigkeit eine hohe Anzahl unzufriedener junger Menschen, die gegen den Staat gerichtete Bewegungen für deren Zwecke instrumentalisieren könnten.

Auf der letzten Migrationskonferenz in Malta vor einigen Wochen, sagte der Präsident der Republik Niger Mahamadou Issoufou, dass „auf der Suche nach einem besseren Leben in Europa jedes Jahr über 100.000 illegale Migranten aus Subsahara Afrika Niger und die Sahara-Wüste durchqueren“. Als Gründe für das illegale Treiben nannte er Armut, Ungleichheit und Demokratiedefizite und drängte auf eine Zusammenarbeit Europas und Afrikas. Gemeinsam müssten Bedingungen dafür geschaffen werden, die den Menschen das Gefühl geben, dass sie in ihren Heimatländern ein anständiges Leben führen könnten.

Hintergrund

Regierungsführung und Demokratie

Politische Stabilität, die auf eine gute Regierungsführung und effektiv gemanagte Institutionen zurück geht, schafft auch ein positives Klima für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, und beseitigt die Umstände, die einen Nährboden für den Extremismus bilden.

In einem autoritären Umfeld müssen Investoren befürchten, dass sich durch den Augenaufschlag eines einzigen Mannes oder eines kleinen Kreises von Oligarchien über Nacht die Regeln für geschäftliche und andere Aktivitäten ändern.

Eine Regierung von zweifelhafter Legitimität dürfte selten in der Lage sein, einen nationalen Konsens für die Bereitstellung effektiver Dienstleistungen für die Bürger herzustellen oder ein Wirtschaftswachstum bzw. eine wirtschaftliche Entwicklung zu generieren, die auf Nachhaltigkeit ausgerichtet ist.

Auf der anderen Seite benutzt so eine Regierung die öffentlichen Ressourcen, um das System der Selbstbedienung, Patronage und Korruption aufrecht zu erhalten, ohne die sie sich kaum an der Macht halten könnten.

Die Entwicklung starker demokratischer Institutionen und guter Regierungsführung trägt also wesentlich zu Wachstum und Entwicklung bei.

Mit einer dritten Welle der Demokratisierung, die nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Kalten Krieges begann, erlebte Afrika die Unabhängigkeit Namibias 1989/1990, das Ende der Apartheid und die Freilassung Nelson Mandelas in Südafrika 1991, sowie den Sturz vieler Militärdiktaturen und autokratischer Regime. Im Jahre 1990 führte das Freedom House in seinem weltweiten Ranking freier

Länder sage und schreibe vier afrikanische Länder als teilweise frei oder demokratisch an: Senegal, Botswana, Mauritius und Gambia. Heute wertet das Freedom House von insgesamt 30 Ländern elf afrikanische Länder als total frei und 19 als teilweise frei.

In der Tat haben viele Länder Afrikas in den letzten beiden Jahrzehnten beachtliche Fortschritte in der Erneuerung politischer Führung gemacht, glaubwürdige und transparente Wahlen durchgeführt, Raum gegeben für politische Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen und neue Institutionen geschaffen, die der Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und guten Regierungsführung verpflichtet sind.

So haben beispielsweise die African Union Charter on Democracy, Elections and Governance von 2007 und auf der Regionen-Ebene die Economic Community of West African States (ECOWAS, die Inter-Governmental Authority on Development (IGAD) und die Southern African Development Community (SADC) Beschlüsse für freien Verkehr von Personen, Gütern, Dienstleistungen gefasst, also zugunsten offener Märkte.

Anders als vor zwei Jahrzehnten ist im heutigen Afrika die Zivilgesellschaft sehr lebendig und bemüht, eine stärkere Rolle in der Vertretung gesellschaftlicher Interessen zu spielen. Es gibt Menschenrechtsorganisationen, die regelmäßig die groben Menschenrechtsverletzungen der noch etwa ein Dutzend verbliebenen autokratischen Regime anprangern. Unabhängige Medien (einschließlich von Radiostationen und Zeitungen lokaler Gemeinschaften) bieten Raum für verschiedenste Ansichten und kritische Stimmen.

Im ersten Vierteljahr des Jahres 2012 waren so Auseinandersetzungen

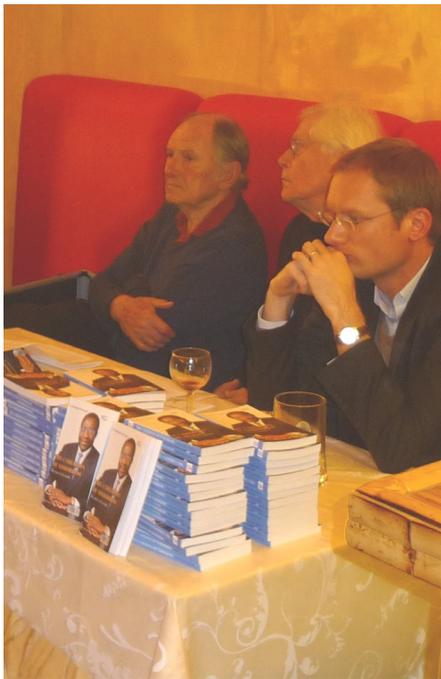
um eine weitere Kandidatur des damaligen Amtsinhabers Präsident Wadem, deren Legitimität viele Senegalesen wegen Überschreitung der verfassungsgemäß zulässigen Amtszeit anzweifeln, zu einem Testfall für die Demokratie Senegals geworden.

Größtenteils dank der effektiven Mobilisierung von Graswurzelinitiativen der senegalesischen Zivilgesellschaft, den Medien, Jugendinitiativen und politischen Parteien wurde der Wahlprozess geschützt, und das Land erlebte einen glaubwürdigen politischen Machtwechsel. Ähnliches geschah im Oktober 2014 in Burkina Faso, als der langjährig regierende starke Mann des Militärs, Blaise Compaore, versuchte, die Verfassung des Landes zu verändern, um seine bereits 27 Jahre währende Regentschaft fortsetzen zu können. Er wurde durch einen von der Bevölkerung durchgeführten, weitgehend friedlich verlaufenden Aufstand aus dem Amt gejagt.

Es war keine Überraschung, dass, als Reste der Unterstützer Compaores in der Präsidialgarde einen Putschversuch gegen den Veränderungsprozess unternahmen, die Bürger, unterstützt durch die Zivilgesellschaft, unabhängige Medien und das Militär auf die Straße gingen und den Putschversuch vereitelten.

Die Beispiele Senegals und Burkina Fasos sind bedeutsam, da sie demonstrieren, dass eine gesellschaftliche Basis von Demokratie in Afrika Wurzeln schlägt, die, wenn sie in richtiger Weise mobilisiert wird, einen Schutzwall gegen Angriffe auf die Demokratie bildet.

Vor dem Hintergrund dieser bedeutsamen politischen Veränderungen in Afrika beklagen und verurteilen viele Menschen in Afrika und Freunde Afrikas in der Welt die Rückschläge in Ländern wie Burundi, Kongo Brazzaville und Ruanda, wo die politischen



Führungen die verfassungsgemäßen Regeln unterminieren, indem sie die gesetzlichen Regeln zugunsten ihres Verbleibens im Amt manipulieren. Indem sie das tun, verengen oder zerstören diese politischen Führer den politischen Spielraum und öffnen die Tore für Gewalt und grobe Verletzungen der Menschenrechte, die den Bürgern, die unter ihrer Härte leiden, das Gefühl geben, nach alternativen Mitteln suchen zu müssen, die ihre Stimme zu Gehör bringt und Gewicht verleiht.

Zusammenfassung

In diesem 21. Jahrhundert sind Sicherheit, Entwicklung und Regierungsführung eng miteinander verflochten. In der heutigen, sehr vom Wettbewerb bestimmten, globalisierten Welt, werden nur die afrikanischen Länder voran kommen, die mit allen drei Herausforderungen gleichzeitig fertig werden. Die es nicht schaffen, werden unausweichlich Rückfälle erleiden und auf Ablehnung stoßen.

Einige Länder auf dem Kontinent sind immer noch von Korruption, schrumpfenden politischen Spielräumen, Mangel an glaubwürdigen politischen Veränderungen und der Marginalisierung der ärmsten Bevölkerungs-

schichten geplagt. Ohne einen effektiven Führungsstil und ohne angemessene öffentliche Dienstleistungen für die Bürger können die Grundvoraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung nicht erfüllt werden.

Die Sustainable Development Goals blieben eine Illusion. Um nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum zu fördern, braucht Afrikas Wirtschaft offene, inklusive Institutionen und brauchbare politische Systeme, die fähig sind, ein attraktives Umfeld für private Investitionen zu schaffen und sie in geeigneter Weise zu beaufsichtigen. Kurz gesagt, in der heutigen Debatte geht es nicht nur darum, dem Namen nach einen Nationalstaat zu haben. Wichtiger ist oder sollte sein, wie der Staat regiert wird.

Wenn wir nach vorne blicken, müssen wir sehen, dass Afrika ein schnell wachsender Kontinent ist, in dem ca. 40 Prozent der Einwohner unter 15 Jahre alt ist. In Ländern wie Mali und Uganda sind es fast 50, während in den USA nur ca. 20 Prozent der Bevölkerung unter 15 Jahre alt ist. Afrika ist demzufolge ein Kontinent der Jugend. Es besteht für mich kein Zweifel, dass diese junge Bevölkerung

Afrikas eine Bereicherung für den Kontinent und die Welt als Ganzes darstellt, wenn es den Führungskräften Afrikas gelänge, diesen jungen Menschen eine Erwerbsarbeit und damit die Grundlage eines sinnerfüllten Lebens zu ermöglichen.

Afrika ruft nach visionärer Führung, und die Welt hat ein wohlverstandenes Eigeninteresse, den Kontinent bei seiner Suche zu begleiten. Der Kontinent mit seinen schätzungsweise eine Milliarde Menschen strebt nach einer besseren Zukunft, die die Herausforderungen bewältigt, Sicherheit, Entwicklung und gute Regierungsführung zu garantieren.

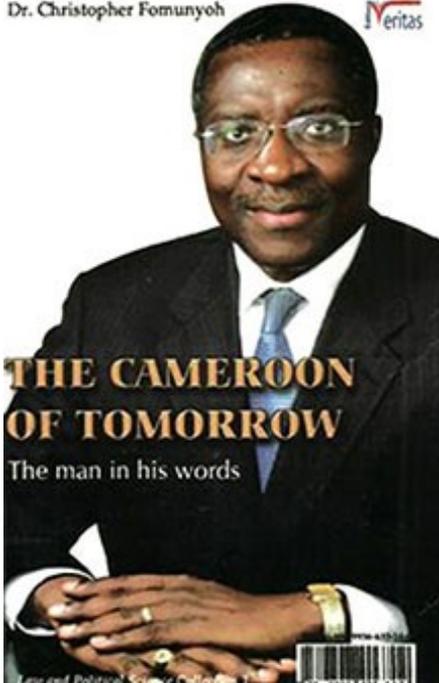
Damit ihre Bestrebungen Früchte tragen, müssen die Führer des afrikanischen Kontinents diesen drei Bereichen Priorität verleihen und sich so zu wahren Dienern ihrer Völker machen. Und sie müssen zeigen, dass sie in der Lage sind, Afrika auf der internationalen Bühne in einer Weise zu präsentieren, dass der wunderschöne Kontinent als Teil der Weltgemeinschaft, seinen Beitrag zur menschlichen Entwicklung leisten kann.

Vielen Dank, für Ihre Zeit und Aufmerksamkeit.

Hintergrund

Über den „Kameruner der Zukunft“

Dr. Christopher Fomunyoh



Der in Kamerun geborene Dr. Christopher Fomunyoh, Direktor der Fomunyoh Foundation, u.a. Doktor der Politologie und Master für internationales Recht, lebt mit seiner Frau Mary Anne, seinen beiden Söhnen Franklin und Brian und seiner Tochter Christina vornehmlich in den USA. Der große Erfahrungs- und

Wissensschatz des (sozial-) politisch engagierten Humanisten und Philantropen wird weltweit geschätzt.

Auf CNN, Voice of Amerika., dem BBC, Radio France International und anderen bekannten Radio- und Fernsehsendern tritt er regelmäßig als Experte für Demokratisierungsprozesse in Afrika auf und gibt Interviews in großen Zeitungen wie der Los Angeles Times, New York Times, Washington Post, Washington Times, Le Monde oder der International Herald Tribune und ist Autor vieler wissenschaftlicher Werke.

Dr. Fomunyoh ist Afrikareferent und Regionaldirektor der National Democratic Institut for International Affairs (NDI) in Washington, einem der Demokratischen Partei nahestehenden, wenngleich überparteilich arbeitenden Thinktank, der seine Aufgabe in der Stärkung demokratischer Institutionen sieht. Das NDI unterstützt weltweit die Partizipation von Bürgern und die Entwicklung einer auf Offenheit und Zuverlässigkeit aufbauenden Regierungsführung. Seit

1989 ist der geborene Kameruner aktiver Unterstützer von Demokratisierungsbestrebungen in Afrika.

Außerdem organisiert und berät Dr. Fomunyoh internationale Wahlbeobachtermissionen. Bisherige Stationen waren Benin, Kamerun, Zentralafrikanische Republik, Elfenbeinküste, die Demokratische Republik Kongo, Äthiopien, Ghana, Liberia, Madagaskar, Mali, Guinea-Conakry, Niger, Nigeria, Gambia, Senegal und Togo.

Dr. Fomunyoh bereiste ausgiebig Afrika, Asien, Europa, den Mittleren Osten und Nordamerika, Dabei verkehrte er regelmäßig mit Staats- und Regierungschefs, Ministern und anderen gewählten Volksvertretern sowie politischen und zivilgesellschaftlichen Führungspersonlichkeiten.

Vor einigen Jahren brachte Dr. Fomunyoh die Africa Statesmen Initiative (ASI) auf den Weg, ein Programm, das darauf angelegt ist, politische Spannungen in Afrika zu schlichten, indem es ehemalige demokratische Staatschefs dabei unterstützt, sich weiterhin aktiv für Fragen der Humanität, Konfliktmediation, Gesundheitsprogrammen und anderen Schlüsselsektoren der politischen, ökonomischen und menschlichen Entwicklung einzusetzen.

Ein jüngst erschienenes Buch über Dr. Fomunyoh mit dem Titel „The Cameroon of Tomorrow“ speiste Gerüchte, dass er bei den nächsten Präsidentschaftswahlen in Kamerun antreten könnte.

Ob er dann noch sein Versprechen wird wahr machen können, dem Afrikahaus (das er „eine europaweit einmalige Einrichtung“ nannte) im nächsten Jahr erneut seine Aufwartung zu machen? Wir wünschen ihm auf alle Fälle viel Erfolg.



Donnerstag, 10.12.2015

um 19:30 Uhr

Filmvorführung:

Capitaine Thomas Sankara

Schweiz / Burkina Faso 2012 R: Christophe Cupelin

Thomas Sankara, von 1983 - 1987 Präsident von Burkina Faso - unangepasst, antiimperialistisch, unter immer noch mysteriösen Umständen ermordet.

Dieses dokumentarische Portrait entreißt den fortschrittlichen Staatsmann dem drohenden Vergessen.

104 min, franz. mit dt. Untertiteln

Als Gesprächsgäste begrüßen wir

- Nicolai Röschert (AfricAvenir) und
- Dagmar Kamlah (freiburger film forum)

Veranstalter: KINO FÜR MOABIT

Einlass ab 19:00 Uhr.

Es gibt afrikanische Getränke und Snacks

Bericht

Vor Beginn der Vorführung gaben die Veranstalterinnen Maren Dörner und Nathalie Dimmer den Gästen Einblicke in ihre Organisation und was sie bewogen hatte, einen Film über den am 15. Oktober 1987 ermordeten ehemaligen Präsidenten Burkina Fasos, Thomas Sankara, zu zeigen. Dazu beigetragen habe auch der bereits vor einiger Zeit geäußerte Wunsch des Afrika-Haus-Leiters Oumar Diallo, zu diesem Thema zusammenzuarbeiten.

Der 104 Minuten-Film setzte sich vor allem aus Interviewszenen und Ausschnitten aus historischen Filmberichten über Auftritte Sankaras zusammen, die auf eine künstlerisch ambitionierte Weise zusammengestellt waren. Mit Applaus am Ende der Vorführung signalisierte das Publikum, dass es seine Erwartungen erfüllt oder gar übertroffen sah.

Im Anschluss beantworteten die Veranstalterinnen gemeinsam mit der Filmsachverständigen Dagmar Kamlah (freiburger film forum) und dem Afrika-Experten Nicolai Röschert (AfricAvenir) Fragen des Publikums.

Diskutiert wurde unter anderem über die Sinnhaftigkeit der verbreiteten Ansicht, Thomas Sankara sei „der Che Guevara Afrikas“. Viele der im Publikum Anwesenden sahen eine Parallelität dieser beiden Charaktere gegeben, andere jedoch fanden diesen Vergleich aufgrund der sehr unterschiedlichen historischen Hintergründe

bzw. Rollen unangemessen.

Nachfragen hatten sich zu Sachverhalten wie zunehmende Zweifel Sankaras an dem eigenen Führungsstil und eines gelasseneren Umgangs mit der Opposition ergeben, die der Film lediglich andeutet, was, wie Frau Kamlah zu berichten wusste, ein durchaus bewusst so gewähltes Element des künstlerischen Konzepts war.

Einen breiten Raum nahm die Diskussion über die historischen Möglichkeiten Thomas Sankaras angesichts kaum verhüllter Feindseligkeit der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich bei fortgesetzter wirtschaftlicher Abhängigkeit ein. Ob die auf eine weitgehende Autarkie des Landes ausgerichtete Politik Sankaras heute noch als angemessene Entwicklungsstrategie gesehen würde, wurde nicht weiter erörtert. Hervorgehoben wurde das schier atemberaubende Tempo, mit der Sankara die Alphabetisierung Burkina Fasos gelang und in dem Burkina Faso unter seiner Leitung einen Zustand der Selbstversorgung des Landes mit Lebensmitteln herstellen konnte.

hhh

Kino für Moabit
12/2015

Der TURMPALAST, das wichtigste Moabiter Nachkriegskino, ist jetzt endgültig aus dem Straßenbild verschwunden.
„Kino für Moabit“ engagiert sich für eine Erneuerung der Moabiter Kinokultur.

Weltfilm 1:
HORS-LA-LOI
3. Dezember | 20:00 Uhr
Subito, Waldenserstr. 4

Kinocafé:
DIE FAUST IM NACKEN
5. Dezember | 15:00 Uhr
Zunftwirtschaft, Arminiusstr. 2

Weltfilm 2:
CAPITAINE THOMAS SANKARA
10. Dezember | 19:30 Uhr
Afrika-Haus, Bochumer Str. 25

„Kino für Moabit“ ist nachbarschaftlich und gemeinnützig. Der Eintritt zu den Veranstaltungen ist frei. info@kinofuermoabit.de | www.kinofuermoabit.de

Hintergrund

Thomas Sankara: der Che Guevara Afrikas?

Der am 25. November 2015 in Frankreich von Christophe Cupelin gestartete Dokumentarfilm *Capitaine Thomas Sankara* zeigt u.a. anhand einiger bisher noch unveröffentlichter Archivbilder, wie dieser Staatsmann, der die Bevölkerung von Burkina Faso zutiefst geprägt hat, zu einem Mythos geworden ist.

Renaud de Rochebrune setzt über seine Rezension dieses Films ein Foto, auf dem sich Fidel Castro und Thomas Sankara 1984 in Kuba freundschaftlich die Hände schütteln. Durch diese sichtbare politische Stellungnahme lässt sich Sankara nicht nur mit den revolutionären Ideen von Che Guevara, sondern auch mit sozialistisch geprägten Militärregierungen in Verbindung bringen. Umso erstaunlicher ist sein Statement: *„Ohne politische und ideologische Schulung ist ein Angehöriger des Militärs nichts weiter als ein potentieller Krimineller.“*

Der Dokumentarfilm wurde erst 2007 gedreht, denn bisher unaufindbare Bilder waren anlässlich des 20. Todestages von Thomas Sankara wieder aufgetaucht. Er vergegenwärtigt vor allem anhand von Bildern aus Archiven den Werdegang und

die Aktivitäten eines äußerst beliebten Menschen, der von 1983 und 1987 an der Macht war.

Die Bilder zeigen einen in seiner Art einzigartigen Staatschef. Und dies nicht nur, weil er volksnah an Radrennen teilgenommen oder gelegentlich in der Öffentlichkeit elektrische Gitarre gespielt hat.

In den 1980er Jahren, als die militanten Revolutionäre bereits fast überall in der Defensive waren, hat dieser glänzende Pädagoge und stets gut gelaunte Redner, der seine Reden stets mit dem Slogan: „Vaterland oder Tod, wir werden siegen!“ beendete, vor allem die Jugend während seiner unzähligen Reisen durch das Land begeistert. Er forderte die Menschen u.a. auf, den Kampf gegen die Armut aus eigener Kraft anzugehen, veranlassete den Bau von Schulen und hörte

nicht auf, „den Neokolonialismus, den Rassismus und den Fantochismus“ (d.h., afrikanische Scheinregierungen, die wie die von ihm in Ouagadougou gestürzte Regierung dem Westen hörig sind) anzuprangern. Man sieht ihn aus vollem Halbe inmitten der gesamten Bevölkerung eines Dorfes skandieren: „Der Imperialismus? Nieder mit dem Imperialismus! Die Faulenzer? Nieder mit den Faulenzern! Die Diebe? Nieder mit den Dieben!“ und hört, wie er mit einem Lächeln den anderen afrikanischen Präsidenten oder Westlern in der OAU und der UNO die Leviten liest. Es lässt sich leicht vorstellen, welche Wirkung diese „Spektakel“ bei ihrer Übertragung im Fernsehen oder bei der Ausstrahlung im Radio nicht nur auf die Bevölkerung von Burkina Faso, sondern in der gesamten Welt hatten.

Der Film *Capitaine Thomas Sankara* hat jedoch den unangenehmen Beigeschmack einer Hagiographie, auch wenn er uns einen Helden der Revolution von 1983 zeigt, der gesteht, „100.000 Irrtümer“ begangen zu haben, und wie verlegen er die anderen afrikanischen Führungspersonlichkeiten macht – ganz zu schweigen von den Franzosen. Es wird allerdings verschwiegen, welche „Irrtümer“ er eigentlich begangen hat. Deutlich macht der Film jedoch, warum Thomas Sankara zu einem Mythos geworden ist. Das ist sicher auch der Tatsache geschuldet, dass er vermutlich im Auftrag seines besten Freundes Compaoré umgebracht wurde, der 1987 seine Nachfolge angetreten hat.

Oumar Diallo

Quelle: Die Geburt eines Mythos“ in *Jeune Afrique* Nr. 2863, vom 22.-28. November 2015



Was können Akteure der afrikanischen Diaspora für eine gemeinsame Perspektive nachhaltiger Entwicklung leisten?

Es sprechen:

- **Prof. Dr. Dr. Jacob Emmanuel Mabe**
Politikwissenschaftler und Philosoph
- **Dr. Salua Nour**
Privatdozentin, FU Berlin

Moderation:

Peter Lehrmann
FAI

Während einer im letzten Jahr gemeinsam von Farafina e.V. und FAI veranstalteten Podiumsdiskussion zum Thema „Afrikanische Entwicklungsperspektiven, Deutschlands Afrika-Strategie und die Frage der globalen Verantwortung“ kamen die Podiumsgäste Dr. Karamba Diaby (SPD, MdB), Prof. Dr. Dr. J.E. Mabe, (Politikwissenschaftler und Philosoph) und Dr. Boniface Mabanza (Katholische Arbeitsstelle Südliches Afrika, KASA) auf ihre eigene Rolle als entwicklungspolitisch engagierte Akteure der afrikanischen Diaspora zu sprechen. Dabei äußerten sie den Wunsch, diese Diskussion im folgenden Jahr zu vertiefen.

Am 16.12.15 möchten wir ihnen diese Gelegenheit bieten. In etwas veränderter Besetzung gehen nun die Podiumsgäste der Frage nach, wie sie und andere Mitglieder der Afrikanischen Diaspora ihre spezifischen Erfahrungshintergründe und Fähigkeiten einbringen können, wenn es gilt

- a) mit Akteuren der Zivilgesellschaft in Afrika entwicklungspolitische Konzepte, Ideen, Projekte, Maßnahmen, Ziele etc. voranzubringen bzw.



- b) in Europa die Kenntnisse über Afrika zu vertiefen und darauf hinzuwirken, dass die Initiativen der Länder und Völker Afrikas eine angemessene Rolle bei der Bewältigung globaler Herausforderungen spielen können.

Dabei werden erlebte bzw. bekannte Hemmnisse des entwicklungspolitischen Eingreifens durch Personen der afrikanischen Diaspora reflektiert und Möglichkeiten ausgetauscht, diese Hemmnisse zu überwinden. Abschließend wird geprüft, inwieweit Erkenntnisse über Afrika und die Beziehungen Afrikas und Europas in den Kampf um globale Entwicklungsgerechtigkeit (z.B. Klimagerechtigkeit) und andere globale soziale Rechte einmünden sollten und inwieweit dabei die von der UNO-Vollversammlung verabschiedeten „Sustainable Development Goals“ hilfreich sein können.

Bericht:

Obwohl der Bundestagsabgeordnete Dr. Karamba Diaby (SPD) letztlich nicht an der Veranstaltung teilnehmen konnte, wurde der in Zusammenarbeit mit der AG Internationale Politik, Frieden u.a. der Berli-

ner SPD gestaltete Abend hoch interessant und inspirierend.

Neben den vorgetragenen Informationen, Erlebnisberichten als „schwarze“ Sozialwissenschaftler*innen in und außerhalb Afrikas trugen dazu vor

allem die von Dr. Nour (Privatdozentin an der FU, über 20 Jahre Afrikaerfahrung) vorgetragenen Überlegungen grundsätzlicher Natur bei. Dr. Nour hob die Notwendigkeit hervor, die strukturellen Ursachen von

16. Dezember 2015

Mängeln entwicklungspolitischer Rationalität und Stringenz (Sensibilität, Weitsicht usw.) im Blick zu behalten. Sie legte sehr großen Wert auf die Beachtung der ökonomischen Abhängigkeiten, wie sie in der Kolonialzeit gelegt worden waren und noch längst nicht überwunden sind. Diese seien die eigentlichen Ursachen für Mängel auf der politischen Ebene wie Korruption, Menschenrechtsverletzungen, mangelnde Sicherheit, nicht hinreichende Bemühungen um den Aufbau einer Infrastruktur, auf deren Grundlage sich ein einheimisches Bürgertum entwickeln könnte. Dies könne nur auf Grundlage moderner, d.h. industrieller Produktionsverhältnisse geschehen

Eine nachhaltige Entwicklung setze entsprechende Veränderungen der ökonomischen Grundlagen voraus. Ohne diese Veränderungen seien etwa Bemühungen um Good Governance, eine effektivere Entwicklungszusammenarbeit oder auch die Nachhaltigkeitsziele der UN vergebliche Liebeshmüh bzw. bewegten sich auf der Ebene reinen Wunschdenkens.

Der zweite Referent, Dr. Dr. Mabe, Professor für Philosophie, Politologie und Linguistik (derzeit, TU-Berlin, jahrelange Erfahrung mit Lehrtätigkeit in verschiedenen Ländern Afrikas) betonte eher die Notwendigkeit, die Entwicklung der persönlichen Kompetenz und Integrationschancen in den Mittelpunkt aller Bemühungen zu stellen.

Von dieser persönlichen Grundlage aus sei man dann auch besser in der Lage, auf gesellschaftliche Veränderungen angelegte Ideen und Aktivitäten einzubringen.

Kontrovers war auch die Einschätzung einer möglichen Bedeutung des in vielen Ländern Afrikas einen breiten Raum einnehmenden "informellen Sektors". Während Dr. Mabe hier Ansätze für nationale Entwicklungsperspektiven sieht, würden diese Aktivitäten gezielt weiterentwickelt und integriert, vertrat Dr. Nour die Ansicht, dass im informellen Sektor produzierte Waren niemals mit der Importware aus China oder Europa konkurrieren können.

Hintergrund

Sieben Thesen zum Beitrag der afrikanischen Diaspora zu einer nachhaltigen Entwicklung in Subsahara-Afrika

Dr. Salua Nour, Freie Universität Berlin, Otto-Suhr-Institut, Input zur Podiumsdiskussion im Afrika Haus zum Thema: „Was können Akteure der afrikanischen Diaspora für eine gemeinsame Perspektive nachhaltiger Entwicklung leisten?“

These 1: *In Subsahara-Afrika fehlen die endogenen und die exogenen Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung.*

Seitdem sich die Erkenntnis in der Entwicklungsforschung und -praxis durchgesetzt hat, dass die Entwicklungsstrategien in den fünfziger bis weit in die neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts hinein hinsichtlich der Lösung der Entwicklungsprobleme Subsahara-Afrikas weitgehend gescheitert sind, ist im Entwicklungsestablishment die Rede von der nachhaltigen Entwicklung. Das Scheitern

bisheriger Entwicklungsstrategien wurde darauf zurückgeführt, dass sie auf die Lösung von Entwicklungsproblemen in einzelnen Sektoren, die Korrektur von als falsch eingeschätzter Wirtschaftspolitik oder die Überwindung von Krisensituationen zielten, jedoch nicht auf den Aufbau von Mechanismen der nachhaltigen Entwicklung.

In den letzten zwei Entwicklungsdekaden wurde daher der Aufbau solcher Mechanismen zum Oberziel aller Entwicklungsstrategien erhoben. Die Erfolgsquote dieser Strategie

bleibt jedoch sehr gering: In Subsahara-Afrika stagniert das Wachstum großer Wirtschaftssektoren, nimmt die Armut großer Teile der Bevölkerung zu, wird eine wachsende Zahl von Gesellschaften durch die Gewalt destabilisiert und ist ein eindeutiger Trend zur Vergrößerung der Einkommensunterschiede zwischen einer wohlhabenden gesellschaftlichen Minderheit und einer verarmenden Mehrheit zu beobachten.

Sind also auch Entwicklungsstrategien, die auf der Diskursebene auf eine nachhaltige Entwicklung zielen, in Anbetracht dieser Verhältnisse als gescheitert zu betrachten, dann lässt das darauf schließen, dass diese Strategien auf einer falschen

oder ungenügenden Erklärung jener Probleme entwickelt worden sind, auf deren Lösung sie zielen.

Aus einer kritischen Perspektive betrachtet scheint dieses Defizit zwei Ursachen zu haben:

- a) nur die endogenen und nicht auch die exogenen Probleme werden berücksichtigt, welche die Entwicklungsprozesse in Subsahara-Afrika blockieren (d. h. schlechte Governance, falsche Wirtschaftspolitik, ungünstige Investitionsbedingungen und nicht auch die Kräfte- und Wettbewerbsverhältnisse auf dem Weltmarkt sowie die Implikationen der internationalen Wirtschaftsordnung für die Produktions- und Verteilungsstrukturen in Ländern der Peripherie), und
- b) es wird bei der Analyse von Entwicklungshemmnissen sowie bei der Erstellung von Entwicklungsstrategien nicht zwischen den subjektiven und den objektiven Determinanten der zu lösenden Probleme unterschieden (d. h. den ideellen, vom politischen Willen gesteuerten und den materiellen, durch den Willen nicht beeinflussbaren Bestimmungsfaktoren).

Solange die entwicklungspolitischen Strategien auf Konzepten basieren, deren Erklärungs- und Problemlösungsfunktion durch diese analytischen Defizite beeinträchtigt wird, kann keine nachhaltige Entwicklung mit Hilfe dieser Strategien angestoßen werden.

These 2: *Mit der offiziellen Entwicklungshilfe kann keine nachhaltige Entwicklung in Subsahara-Afrika angestoßen werden.*

In Systemen mit funktionierenden Wirtschaftskreisläufen (d.h. in westlichen Industrieländern und einer Reihe von Ländern der Peripherie, denen eine Nachholentwicklung gelun-

gen ist) erfüllt der Wirtschaftssektor die Träger-Funktion sowohl für den politischen Sektor als auch für den Gesellschaftssektor. Im Wirtschaftssektor stehen Produktion und Konsum in einem relativen Gleichgewicht zueinander. Die nationalen Ressourcen werden durch private Unternehmen, aber auch durch die öffentliche Hand in einer Weise verwendet, die stets ihre Reproduktion sowie die Realisierung eines Surpluses ermöglicht.

Das erwirtschaftete Surplus wird zum Teil als Steuer zur Finanzierung der Staatsausgaben abgeschöpft; zum Teil für die Expansion der Produktion bzw. für Wachstumszwecke verwendet. Durch die Steuereinnahmen zu decken, nämlich: die Funktionskosten des Staatsapparats, die Kosten für die Erhaltung einer internen Ordnung (Justiz und Polizei), die Diplomatie- und Verteidigungskosten, die Kosten für die Bereitstellung der Infrastruktur sowie günstiger Investitionsbedingungen für den Wirtschaftssektor und schließlich die Kosten der sozialen Dienstleistungen, die der Staat der Bevölkerung zur Verfügung stellen muss (Bildung, Gesundheit, Wohnung, Umwelt). Abgesehen von Konjunkturzyklen und Krisensituationen, die den Verlauf der Entwicklung solcher Systeme beeinträchtigen können, findet dort eine nachhaltige Entwicklung statt.

In den meisten Ländern Subsahara-Afrikas kann der Wirtschaftssektor die Träger-Funktion für den politischen Sektor und den Gesellschaftssektor nicht erfüllen.

Aufgrund der historisch bedingten Verzerrung der Produktionsstruktur und einer durch die einseitige Verwendung unbearbeiteter Rohstoffe als Haupteinkommensquelle geprägten Form des Wirtschaftens ist es im Laufe der letzten hundert Jahre zu strukturellen Ungleichgewichten im

Wirtschaftssektor dieser Länder gekommen. Diese finden ihren Ausdruck in ihrer Unfähigkeit, die nationalen Ressourcen in einer Weise zu nutzen, die ihre Reproduktion sowie die Erwirtschaftung eines Surpluses ermöglicht.

Wegen ihrer Einbindung in die internationale Arbeitsteilung sind diese Länder gezwungen, ihre unverarbeiteten Rohstoffe schon am Anfang der Wertschöpfungskette für tendenziell fallende Preise zu exportieren, um ihren Bedarf an verarbeiteten Produkten zu steigenden Preisen zu decken. Tendenziell können sie daher ihren (durch die Konsumneigung der herrschenden Elite ins Enorme gesteigerten) Konsumbedarf nicht durch ihr anhand ihrer Produktionskapazität erwirtschaftetes Einkommen decken. Sie geraten somit notwendigerweise in den Teufelskreis der Verschuldung, die eine der Hauptursachen der Perpetuierung der Armut in diesen Ländern darstellt.

Unter diesen Bedingungen und bis zur Anpassung ihrer Produktionsstruktur an die Anforderung der Deckung des nationalen Reproduktions- und Konsumbedarfs mit Hilfe der eigenen Produktion kann in diesen Ländern keine nachhaltige Entwicklung stattfinden.

Mit der an diese Länder geleisteten Entwicklungshilfe wird kein Beitrag zur Lösung der Grundprobleme geleistet, die eine nachhaltige Entwicklung dort behindern, nämlich:

- a) das Problem ihrer durch endogene und exogene sowie auch durch subjektive (agency) und objektive (systemische) Faktoren bedingte dysfunktionale Produktionsstruktur und das Problem des Ungleichgewichts zwischen der (trotz formaler Demokratisierung einiger Länder in Subsahara-Afrika) machtmopolisierenden herrschenden Elite und der nichtorganisierten

Hintergrund

und politisch ohnmächtigen Mehrheit der Bevölkerung.

Sowohl die Entwicklungsstrategien der UNO bzw. der westlichen Gebergemeinschaft, die Millennium Development Goals und die Sustainable Development Goals, als auch die Strategien bilateraler Geber zielen auf die Befähigung der Empfängerstaaten zur Erbringung von Leistungen zugunsten der Deckung des Konsumbedarfs des Staatsapparats sowie des Wirtschafts- und Gesellschaftssektors, der durch die im jeweiligen Land verfügbaren Ressourcen nicht gedeckt werden kann. Ein großer Teil der Entwicklungshilfe-Ressourcen wird nachweislich veruntreut und der restliche Teil wird als soziale Hilfe für Konsumzwecke (Bildung, Gesundheit, Sicherheit, Nothilfe) verwendet. Damit wird die gegebene dysfunktionale Produktionsstruktur nicht korrigiert und werden die bestehenden politischen Ungleichgewichte nicht überwunden.

Mit der Entwicklungshilfe wird insofern keine nachhaltige Entwicklung in Subsahara-Afrika angestoßen.

These 3: *Eine nachhaltige Entwicklung in Subsahara-Afrika kann nur auf der Grundlage des Aufbaus wirtschaftlicher Reproduktionsmechanismen und der Organisation der Basis in handlungsfähigen Interessengruppen initiiert werden.*

Es gibt zunehmend Stimmen in der internationalen Entwicklungsdebatte, die die Einstellung der Entwicklungszusammenarbeit fordern (siehe den Bonner Aufruf oder die Schriften von Dambisa Moyo). Die Forderung wird durch die Kritik an den nachteiligen Auswirkungen der Entwicklungszusammenarbeit insbesondere auf die Länder Subsahara-Afrikas begründet: Dadurch werde die Herrschaft korrupter Eliten konsolidiert und würden Ressourcen verschwen-

det, Selbsthilfe-Initiativen vereitelt und die Wohlstand bzw. Wachstum produzierenden Marktmechanismen blockiert werden.

Dieser Forderung ist entgegenzusetzen, dass Subsahara-Afrika seit Jahrhunderten brutalen Formen der Ausbeutung und Vernichtung seiner natürlichen und humanen Ressourcen unterworfen gewesen ist. Die dadurch in dieser Region entstandenen strukturellen Schäden können unter den heutigen Bedingungen nicht mehr ohne externe finanzielle und technische Inputs behoben werden.

Die Herausforderungen dieser Region bestehen darin, ihre Interessen und Möglichkeiten konzeptionell an die Erfordernisse einer nachhaltigen Entwicklung anzupassen und in quantitativer Hinsicht sogar zu vervielfachen. Unter diesen Erfordernissen ist die Reform der Produktionsstruktur mit Blick auf die Schaffung funktionierender Reproduktionsmechanismen und die Organisation der Bevölkerung in handlungsfähigen Interessengruppen, die ein Gegengewicht zur Machtelite bilden.

These 4: *Subsahara-Afrika erlitt im Laufe der letzten 500 Jahre und erleidet heute noch fortlaufend Verluste an menschlichen Ressourcen, die nicht nur in quantitativer Hinsicht, sondern auch hinsichtlich des damit einhergehenden Abzugs von intellektuellem Potenzial die Entwicklung dieser Region beeinträchtigen.*

Subsahara-Afrika verlor durch den arabischen Sklavenhandel über die Häfen Ostafrikas und die Sahara-Routen geschätzte 17 Millionen Menschen im Zeitraum zwischen dem 7. und dem 19. Jahrhundert.

Durch den von europäischen Ländern betriebenen Atlantik-Sklaven-

handel verlor der Kontinent über 20 Millionen im Zeitraum zwischen dem 15. und dem 19. Jahrhundert.

Dieser Entzug von Humanpotenzial, mit dem der Verlust an intellektueller Substanz, an Produktionskapazität, an Innovationsfähigkeit und Talenten einherging, setzte sich im 20. und im 21. Jahrhundert fort in Form von Rekrutierung von über 500 000 Soldaten, die im ersten Weltkrieg, und von über eine Million Soldaten, die im zweiten Weltkrieg sowohl auf der Seite Frankreichs und Großbritanniens als auch auf der Seite Deutschlands kämpfen mussten, sowie in Form des brain drain, durch den Subsahara-Afrika seit 1960 und bis heute um die 500 000 hochqualifizierte Fachleute (darunter viele Ärzte, Ingenieure und Management-Experten) an die Industrieländer verloren hat, die die Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern Subsahara-Afrikas mit Hilfe von über 200 000 entsandten Experten abwickelt, deren Kosten einen großen Teil der Entwicklungshilfe verschlingen.

Auch die neuen Migrationswellen der letzten Jahre aus Krisengebieten und Wirtschaftsräumen, in denen die Menschen ihr Überleben nicht mehr sichern können, führen zur massiven Reduktion der Produktionspotenziale und -kapazitäten und in jenen Wirtschaftssektoren (Agrarsektor, Handwerk, Industriesektor), von deren Leistung die angestrebte nachhaltige Entwicklung abhängt.

These 5: *Die afrikanische Diaspora ist eine emotionale Gemeinschaft, die in sozialer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht stark fragmentiert ist und daher bislang keine tragende Rolle hinsichtlich der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung in Subsahara-Afrika spielen konnte.*

Die afrikanische Diaspora setzt sich in allen Teilen der Welt, in die Menschen aus Afrika in den letzten hundert Jahren eingewandert sind, aus sehr heterogenen gesellschaftlichen Gruppen zusammen mit unterschiedlichen kulturellen Identitäten, die nur die Abstammung aus Subsahara-Afrika in unterschiedlich starken Maßen emotional verbindet. Die afrikanische Diaspora ist also keine einheitlich strukturierte Aktionsgemeinschaft. Sie existiert nur in Form von national verfassten Organisationen von Einwanderern aus verschiedenen afrikanischen Ländern, die sich im unterschiedlichen Ausmaß für Belange ihrer Mitglieder im Gastland einsetzen und die über mehr oder weniger Ressourcen verfügen, je nachdem ob sie von öffentlichen Behörden subventioniert werden oder ihre Funktionskosten in eigenständiger Weise decken müssen, um ihre Programme umzusetzen.

In Deutschland, dem viertgrößten Einwanderungsland in Europa für Einwanderer aus Subsahara-Afrika (diesen Rang bekleidet Deutschland, mit heute rund 650 000 afrikanischen Einwanderern, nach Großbritannien, Frankreich und Belgien), gelten z. B. die ghanaischen Diaspora Organisationen, von ihrer institutionellen Stärke und ihrer Wirksamkeit als Interessengruppen her, als die stärksten Organisationen der afrikanischen Diaspora.

Andere afrikanische Diaspora-Organisationen treten als kleine Vereine auf in Funktion einer Kontakt- und Austauschstelle für afrikanische Einwanderer der ersten, zweiten oder dritten Generation aus einem jeweiligen Land Subsahara-Afrikas.

In wenigen Organisationen der afrikanischen Diaspora werden die nationalen Grenzen transzendiert, damit Mitglieder aus einer geografischen oder sprachlichen Region bzw. in Funktion zur Zugehörigkeit zu einer

Religionsgemeinschaft aufgenommen werden.

Die Verteidigung der Interessen Subsahara-Afrikas durch diese Organisationen in den Gastländern erschöpft sich in der Medien-/ Öffentlichkeitsarbeit und der Durchführung von Konferenzen, Seminaren oder auch Protestaktionen. Sie bilden jedoch keine handlungsfähigen Lobby-Gruppen auf politischer Ebene. Ihre Aktionsfähigkeit auf dieser Ebene wird zudem oft durch innere Streitigkeiten geschwächt.

Unter dem Begriff der afrikanischen Diaspora werden aber nicht nur die Mitglieder von afrikanischen Diaspora-Organisationen, sondern auch Einwanderer aus Subsahara-Afrika subsumiert, die nicht organisiert sind. Die soziale Schichtung organisierter und nichtorganisierter Einwanderer ähnelt sich weitgehend in den Gastländern:

Rund 3 % sind hochqualifizierte Fachkräfte; 40 % sind Arbeitsfähige, die im Gastland eine entlohnte Beschäftigung finden; 35 % sind selbstständig beschäftigt oder in der Ausbildung; 7 % sind in unzureichender Weise beschäftigt und 15 % sind arbeitslos. Bis auf die letzten zwei Kategorien haben also rund 78 % der afrikanischen Einwanderer in Industrieländern eine Einkommensquelle.

Ihr Engagement für ihre Heimatländer manifestiert sich in den Geldtransfers, die sie auf individueller Ebene zugunsten ihrer Familien tätigen. Darin liegt der größte Beitrag der afrikanischen Diaspora zur Bekämpfung der Armut in Subsahara-Afrika. In 2012 überstiegen die Geldtransfers der afrikanischen Diaspora in diese Region (30 Mrd. US Dollar) die Gesamtheit der an die Region geleisteten Entwicklungshilfe (25 Mrd. US Dollar). Afrikanische Experten und Investoren, die in ihre Heimatländer zurückkehren, um einen Beitrag zu

deren Entwicklung zu leisten, sind leuchtende und lobenswerte Beispiele; es handelt sich dabei jedoch um punktuelle, individuelle Initiativen, durch die die Mechanismen der Reproduktion der die nachhaltige Entwicklung in Subsahara-Afrika verhin-dernden Probleme nicht überwunden werden können.

Einwanderer aus Subsahara-Afrika werden in den verschiedenen Gastländern in unterschiedlicher Weise sozialisiert bzw. integriert. Ihr politisches Bewusstsein wird in der Regel von ihrer individuellen materiellen Lage determiniert, die ihnen wenig Handlungsspielraum lässt, um über den Kampf hinaus, den sie für das eigene Überleben führen müssen, sich für die Belange Subsahara-Afrikas (u. a. die Initiierung einer nachhaltigen Entwicklung)

Unter dem Begriff der afrikanischen Diaspora werden aber nicht nur die Mitglieder von afrikanischen Diaspora-Organisationen, sondern auch Einwanderer aus Subsahara-Afrika subsumiert, die nicht organisiert sind. Die soziale Schichtung organisierter und nichtorganisierter Einwanderer ähnelt sich weitgehend in den Gastländern: Rund 3 % sind hochqualifizierte Fachkräfte; 40 % sind Arbeitsfähige, die im Gastland eine entlohnte Beschäftigung finden; 35 % sind selbstständig beschäftigt oder in der Ausbildung; 7 % sind in unzureichender Weise beschäftigt und 15 % sind arbeitslos.

Bis auf die letzten zwei Kategorien haben also rund 78 % der afrikanischen Einwanderer in Industrieländern eine Einkommensquelle. Ihr Engagement für ihre Heimatländer manifestiert sich in den Geldtransfers, die sie auf individueller Ebene zugunsten ihrer Familien tätigen. Darin liegt der größte Beitrag der afrikanischen Diaspora zur Bekämpfung der Armut in Subsahara-Afrika.

Hintergrund

In 2012 überstiegen die Geldtransfers der afrikanischen Diaspora in diese Region (30 Mrd. US Dollar) die Gesamtheit der an die Region geleistete Entwicklungshilfe (25 Mrd. US Dollar). Afrikanische Experten und Investoren, die in ihre Heimatländer zurückkehren, um einen Beitrag zu deren Entwicklung zu leisten, sind leuchtende und lobenswerte Beispiele; es handelt sich dabei jedoch um punktuelle, individuelle Initiativen, durch die die Mechanismen der Reproduktion der die nachhaltige Entwicklung in Subsahara-Afrika verhindernden Probleme nicht überwunden werden können.

Einwanderer aus Subsahara-Afrika werden in den verschiedenen Gastländern in unterschiedlicher Weise sozialisiert bzw. integriert. Ihr politisches Bewusstsein wird in der Regel von ihrer individuellen materiellen Lage determiniert, die ihnen wenig Handlungsspielraum lässt, um über den Kampf hinaus, den sie für das eigene Überleben führen müssen, sich für die Belange Subsahara-Afrikas (u. a. die Initiierung einer nachhaltigen Entwicklung in den Ländern dieser Region) konkret, d.h. mit Organisationsarbeit, Programm und geordnetes Handeln i.S. langfristiger Ziele zu engagieren.

These 6: *Die Geldsendungen der afrikanischen Diaspora nach Subsahara-Afrika sind pro Jahr höher als die gesamte Entwicklungshilfe an diese Region; damit wird jedoch kein Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung geleistet.*

Die massiven Geldtransfers aus der afrikanischen Diaspora nach Subsahara-Afrika schaffen sicherlich Abhilfe hinsichtlich der in dieser Region verbreiteten extremen Armut. Damit wird das Einkommen ganzer Sektoren der unter Armut leidenden Gesellschaften erhöht und können Menschen ihre Grundbedürfnisse

(Gesundheit, Ausbildung, Wohnung) besser befriedigen. Dies gilt allerdings nur, solange die Geldtransfers erfolgen.

Versiegt dieser Ressourcenfluss wegen Krisenerscheinungen und steigender Arbeitslosigkeit in den Gastländern, dann hört es mit der Befriedigung der Grundbedürfnisse in den Heimatländern der afrikanischen Einwanderer auf. Der mit den Geldtransfers bisher vorwiegend gedeckte Bedarf in den Heimatländern war der Konsumbedarf, der die Produktionskapazitäten dieser Länder unter den heute noch gegebenen Bedingungen übersteigt.

Mit den Geldtransfers leistet die afrikanische Diaspora (mit wenigen Ausnahmen von Geldtransfers, die der Investition in produktive Aktivitäten dienen) insofern keinen anderen Beitrag zur Überwindung der Entwicklungsprobleme Subsahara-Afrikas als der Beitrag, den die offizielle Entwicklungshilfe leistet, nämlich: einen Beitrag zur Deckung eines Konsumbedarfs, den die Empfängerländer nicht mit Hilfe des durch die eigene Produktionskapazität erwirtschafteten Einkommens decken können, anstatt Maßnahmen auf politischer und wirtschaftlicher Ebene zu ergreifen, durch welche diese Kapazität aufgebaut werden könnte.

Es fehlt zwar nicht an Überlegungen in der Gebergemeinschaft bezüglich der Nutzung der Geldtransfers aus der afrikanischen Diaspora nach Subsahara-Afrika für produktive Zwecke wie das in Frankreich entwickelte und nun auch in Spanien umgesetzte Programm des Co-éveloppement, das Initiativen von afrikanischen Einwanderern fördert, die als Unternehmer in ihre Heimatländer zurückkehren oder dort investieren; anhand der sich daraus ergebenden Maßnahmen können sicherlich produktive Aktivitäten in den Heimatlän-

dern afrikanischer Einwanderer angestoßen werden; diese haben jedoch nur eine jeweils lokale Auswirkung bzw. keinen Effekt auf die strukturellen Probleme dieser Länder, die eine nachhaltige Entwicklung dort behindern.

These 7: *Die afrikanische Diaspora könnte einen Beitrag zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung in Subsahara-Afrika leisten, wenn ihre Akteure sich mit Blick auf die Unterstützung afrikanischer Initiativen zur Überwindung von endogenen und exogenen Entwicklungshemmnissen in dieser Region organisieren und ihr Handeln an gemeinsam erstellten Programmen orientieren würden.*

Die These klingt zwar kompliziert; damit ist jedoch eine klare Stoßrichtung für zukünftige Aktionen der afrikanischen Diaspora aufgezeigt, falls sich ihre heute noch fragmentiert handelnden Bestandteile entschließen sollten, sich für die Initiierung nachhaltiger Entwicklungsprozesse in Subsahara-Afrika einzusetzen.

Ein Programm im Dienst dieses Anliegens müsste sich an zwei Zielen orientieren, deren Erreichung die notwendige Voraussetzung für seine Realisierung darstellt:

- 1) Die Veränderung der Produktionsstruktur in den Ländern Subsahara-Afrikas mit Blick auf die massive Erhöhung ihrer nachhaltigen Produktionskapazität, inklusive des Aufbaus des Klein- und Mittelunternehmen-Sektors sowie ihrer Binnenmärkte, und des Erkämpfens von Plätzen auf dem Weltmarkt, und die Organisation der Bevölkerung in handlungsfähigen Interessengruppen, die ein Gegengewicht zu den machtmopolisierenden Herrschaftseliten bilden und Druck auf diese ausüben können, damit diese eine mit Blick auf das erste Ziel förderliche

Wirtschaftspolitik betreiben, inklusive der Austrocknung des Bodens für Korruption in Politik und Wirtschaft.

Aus der Orientierung an diesen Zielen ergeben sich zahlreiche sinnvolle Handlungsmöglichkeiten für die afrikanische Diaspora sowie im Übrigen auch für Organisationen der zivilen Gesellschaft in den Gastländern, die sich für eine nachhaltige Entwicklung in Subsahara-Afrika engagieren wollen. Ein auf die Erreichung dieser Ziele ausgerichtetes Programm würde folgende Aktivitäten einschließen:

- Gründung eines Dachverbands für die afrikanische Diaspora-Organisationen, mit dem die Existenzberechtigung dieser Organisationen nicht aufgehoben wird, sondern nur der auf das Gemeinwohl der Länder Subsahara-Afrikas ausgerichtete Teil ihrer Aktivitäten koordiniert wird (Fortsetzung der auf der Hannover-Konferenz von 2014 ergriffenen Initiative);
- Erstellung eines Aktionsplans auf der Ebene des Dachverbands mit Arbeitsteilung für die national-, sektoral- oder konfessionell verfassten Mitglied-Organisationen in den Bereichen:
 - a. Politische Bewusstseinsbildung (Informationen über die Mechanismen, die eine nachhaltige Entwicklung in Subsahara-Afrika behindern und über die sich daraus ergebenden Handlungsimperative);
 - b. Bildung von Lobby-Gruppen und Unterweisung in Lobby-Methoden mit Blick auf die Durchführung von fund raising Kampagnen zur Mobilisierung von Ressourcen für Investitionen in Subsahara-Afrika sowie für die Unterstützung des Aufbaus und der Vernetzung von Basisorganisationen in dieser

Region;

c. Vernetzung mit Strukturen der zivilen Gesellschaft und des nationalen privaten Sektors in den Ländern Subsahara-Afrikas mit Blick auf die Durchführung gemeinsamer Aktivitäten auf wirtschaftlicher und politischer Ebene.

- Kooperation mit nichtstaatlichen und staatlichen Institutionen in Gastländern mit Blick auf die Mobilisierung von finanziellen und technischen Ressourcen, die die Umsetzung des Aktionsplans erfordert.
- Öffentlichkeitsarbeit zur Information über den Aktionsplan und die Mobilisierung von Unterstützung seiner Umsetzung im jeweiligen Gastland.



Literaturhinweise

Bundestelle für politische Bildung:
Die afrikanische Diaspora

<http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/afrikanische-diaspora/>

<http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/afrikanische-diaspora/59527/schwarze-organisierung>

GIZ / Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (2009): Die ghanai-

sche Diaspora in Deutschland - Ihr Beitrag zur Entwicklung Ghanas

<https://www.giz.de/expertise/downloads/gtz2009-de-ghanaische-diaspora.pdf>

GIZ – Bundessamt für Migration und Flüchtlinge (2011): Potenziale der Migration zwischen Afrika und Deutschland (526 Seiten)

https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Beitragsreihe/beitrag-band-2-afrika.pdf?__blob=publicationFile

Konrad-Adenauer-Stiftung / Deutsche Afrika-Stiftung e.V.: Zwischen zwei Welten? Erfolgreiche Integration von Afrikanern in Deutschland, Schriftenreihe Nr. 83, Schriftenreihe, Heft 83

http://www.kas.de/wf/doc/kas_32966-544-1-30.pdf?121204154202

OECD: Entwicklungshilfe an Subsahara-Afrika

<http://www.oecd.org/dac/stats/documentupload/ODA%202014%20Technical%20Note.pdf>

Stiftung Partnerschaft mit Afrika e.V./ Afrikanischer Dachverband Norddeutschland e.V.: Versuch der Vernetzung Hannover 2014

http://www.misonetz.de/files/afrikanische_diaspora_deutschland_im_dialog_-_hannover_2014_-_ard_sep_2014-2.pdf

Universität Bielefeld / COMCAD-Gutachten (2008): Beitrag der Migranten aus Subsahara-Afrika zur wirtschaftlichen Entwicklung

https://www.uni-bielefeld.de/tidrc/ag_comcad/downloads/workingpaper_38_Sieveking,Fauser+Faist.pdf

World Bank: Migration and Development – Remittances

<http://siteresources.worldbank.org/INTPROSPECTS/Resources/334934-1288990760745/>

MigrationDevelopmentBrief20.pdf

<https://www.microlinks.org/library/migrant-remittances-newsletter-may-2011>

17. Dezember 2015

19:00 Uhr

BERLINER AFRIKAKREIS:

Nach der Klimakonferenz: Klimagerechtigkeit - die afrikanische Perspektive


Es sprechen:

- **Alpha Kaloga**
German Watch, Referent für Klimaanpassung und Entwicklung
- **Pieter Pauw**
Umweltwissenschaftler, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn
- **Prof. Jann Lay**
Komm. Direktor des GIGA Institut für Afrika-Studien (angefr.)

Moderation:

Prof. Dr. Theo Rauch
Geograph, FU-Berlin

Die Länder Afrikas leiden besonders unter den Klima-
veränderungen, die bereits heute spürbar sind. Der
Rückgang von Süßwasserreserven und der Nahrungs-
mittelproduktion sowie die Zunahme von Wetterextre-
men wie Dürren und Fluten, in deren Folge es zu ver-
stärkter Migration kommt, gehören zu den unmittelbaren

Folgen. Den Staaten bzw. Bewohnern stehen zudem zu
wenige Ressourcen zur Verfügung, um geeignete Maß-
nahmen zur Linderung bzw. Vermeidung der Effekte zu
ergreifen.

Bisher galten 2 Grad Erderwärmung gegenüber dem
vorindustriellen Niveau als unbedingt einzuhaltende
Grenze, auf die sich die meisten Diskussionen fokus-
sierten. Doch es mehren sich die Stimmen, die fragen,
ob das reichen wird?

Der ägyptische Präsident al-Sisi erklärte auf der Auftakt-
veranstaltung der Pariser Klimakonferenz, dass die afri-
kanischen Länder ein Ziel von maximal 1,5 Grad Erder-
wärmung im geplanten Weltklimaabkommen verankern
wollen. Zudem forderte er deutlichere Finanzausgaben:
Auch vor 2020 sollten den ärmeren Ländern jährlich 100
Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden.

Eine der weiteren in Paris thematisierten Herausforde-
rungen ist der Ausbau der Stromversorgung: Eine Reihe
afrikanischer Staaten haben in Paris einen Plan vorge-
stellt, ganz Afrika mit Strom aus sauberen, regenerati-
ven Energiequellen zu versorgen, wozu massiv in die
Entwicklung der Wind- und Solarkraft in Afrika investiert
werden müsse.

Diskutieren wollen wir über Umfang und Qualität inter-
nationaler Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungspro-
jekte mit klimapolitischer Relevanz. Wie steht es um
Ideen und Forderungen für eine klimapolitisch wirksame
Entwicklungszusammenarbeit (Förderung des Rechts
auf Entwicklung, Förderung eines emissionsarmen
Wachstums, hinreichende Berücksichtigung von Schutz
der regionalen Ressourcen und Naturschätze)?

Diese und weitere Fragen wollen wir mit Ihnen und den
Referenten diskutieren. Wir hoffen auf einen spannen-
den Abend und freuen uns über Ihr Interesse.

Veranstalter:

Farafina e. V. in Kooperation mit der SID (Society für
International Development - Berlin Chapter) und der
Initiative Südliches Afrika (INISA)

Teilnehmer*innen: 37

Gefördert von Engagement Global (FEB) mit Mitteln
des BMZ sowie vom Berliner Senat für Wirtschaft - Lan-
desstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ)

Klimawandel — Afrikas besondere Verwundbarkeit

Ca. 70% der gesamten Bevölkerung in Afrika lebt unmittelbar von der Landwirtschaft.

Die außerordentliche Bedrohung, die der Klimawandel insbesondere in Afrika bedeutet, rührt vor allem von der bestehenden großen Abhängigkeit von der Landwirtschaft. Insbesondere vermehrt und intensiver auftretende Extremwetterereignisse, Verschiebungen von Klimazonen und Auflösung bisheriger Regelmäßigkeiten bei Faktoren wie der Temperatur und Wasserverfügbarkeit setzen dem Landbau zu.

Deren Folgen sind neben Problemen für die Ernährungssicherheit auch sinkende Exporterlöse.

Beispielsweise kann in Uganda zukünftig das Hauptexportgut, Kaffee, auf Grund des Temperaturanstieges nur noch auf einer um ein Vielfaches verminderten Landfläche angebaut werden.

1/3 der Bevölkerung Afrikas lebt in Gebieten, die anfällig für Dürren sind, wie z.B. seit den 60er Jahren die Sahelzone, das Horn von Afrika und das südliche Afrika:

Aus Mosambik wird berichtet, dass Brunnen und Flüsse versiegt sind, die in der Vergangenheit nie ausgetrocknet waren. Die Gemeinden müssen Trinkwasser und Wasser für Vieh aus Entfernungen von 10-30 km holen.

Durch zeitweilige Austrocknung der Flüsse infolge von unregelmäßigem oder lange ausbleibendem Niederschlag können Bewässerungssysteme ihre Funktionstüchtigkeit verlieren. Die Aussäzeiten verschieben sich, ausgetrocknete Böden verdich-

ten sich und sind der Erosion preisgegeben, das Risiko von Missernten steigt, wie es wie beispielsweise im südlichen Afrika bereits zu beobachten ist.

Hinzu kommt, dass sich der steigende CO₂ Gehalt negativ auf das Wachstum von Hirse, Mais und Sorghum auswirken, die in den meisten Regionen Afrikas zu den Hauptnahrungs- und Einkommensquellen der Bevölkerung zählen.

Besonders betroffen sind infolge der Erwärmung und zunehmenden Versauerung der Meere auch die Küstenregionen, da außerordentlich große Aufwendungen für den Küstenschutz notwendig werden und mit zusätzlichen Einbrüchen in der Fischerei gerechnet werden muss.

Herausforderungen für die Gesundheitsvorsorge

Klimaveränderungen beeinflussen direkte und indirekt den Gesundheitszustand z.B. durch Hitzewellen und Luftverschmutzung, Änderung in der Nahrungsmittelproduktion; verminderte Wasserverfügbarkeit; Ausbreitung von Parasiten, Mikroorganismen und Infektionskrankheiten (v.a. durch Insekten übertragene Krankheiten, da wärmere Temperaturen ihnen bessere Lebensbedingungen bieten)

Laut Schätzungen der WHO sind v.a. Malaria, das Dengue-Fieber und schwere Durchfallerkrankungen bereits stark angestiegen, das Einzugsgebiet für Meningitis (Hirnhautentzündung) hat sich bereits von ursprünglich West- und Zentralafrika auf östliche Regionen des Kontinents ausgedehnt.



Migration in Afrika

Afrikaner machen die Hälfte der weltweit 25 Millionen Menschen aus, deren Lebensqualität auf Grund von Dürren, Desertifikation, Bodenerosion und extremen Wetterereignissen stark beeinträchtigt oder deren Existenz gefährdet ist, und die dadurch gezwungen sind, ihr Heimatdorf oder sogar ihr Land zu verlassen. Bereits für das Jahr 2050 kann die Anzahl der Umweltflüchtlinge auf weltweit über 150 Millionen steigen.

Wer soll das bezahlen?

Die afrikanische Delegation hat am Ende erreicht, dass im Pariser Vertrag die Notwendigkeit einer Begrenzung der Erderwärmung um 1,5 Grad festgehalten wurde. Jetzt muss es zu adäquaten also auch adäquat finanzierte Maßnahmen kommen. Das aber heißt, auch über eine Reform des Welthandelsregime zu reden

Quellen:

<https://germanwatch.org/fr/download/3164.pdf>

<http://klimawandel-bekaempfen.dgvn.de/meldung/afrika-leistet-widerstand-gegen-den-klimawandel/>

<https://germanwatch.org/thema/klima>

18. Dezember 2015

19:00 Uhr

Afrikanische Wege zur Geschlechtergerechtigkeit

Es sprechen:

- **Frau Dr. Salua Nour**
Privatdozentin, Dozentin, FU
- **Frau Dr. Pierrette Herzberger-Fofana**
Stadträtin, Erlangen

Moderation:

Frau Elisabeth Kaneza
Politologin

Gleichstellung und Entwicklungsgerechtigkeit der Geschlechter sind ein fundamentales Menschenrecht. Für die Entwicklung eines nachhaltig guten Zusammenlebens, das zugleich die großen Herausforderungen des 21. Jahrhundert meistert, sind sie eine notwendige Voraussetzung. Ohne gleichen Zugang zu Bildung, Gesundheit, zu Erwerbsarbeit (unter menschenwürdigen Bedingungen) und zu den entscheidenden Gremien der politischen und wirtschaftlichen Macht wird es keine nachhaltige Entwicklung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit geben und es wäre der Gesellschaft unmöglich, ihr menschliches Gesicht zu entwickeln.

Die UN verweisen auf Verbesserungen in der Gleichstellung und hinsichtlich der sozialen Möglichkeiten von Frauen und Mädchen im Rahmen der Millennium Entwicklungsziele. Global gesehen sind in 46 Ländern nun mehr als 30 Prozent der Sitze in nationalen Regierungen von Frauen besetzt,

Dennoch leiden immer noch weltweit Frauen und Mädchen an Diskriminierung und Gewalt. Frauen sind weiterhin in Führungspositionen unterrepräsentiert. In Afrika sind sie Strukturen und Normen der Gesellschaften gegenüber den Frauen oft sehr restriktiv und traditionell. Zwar wurden in einigen afrikanischen Ländern Quotenregelungen eingeführt, die die politische Partizipation von Frauen in lokalen, regionalen oder nationalen Parlamenten quantitativ erhöhen; qualitativ haben sich die Machtstrukturen jedoch vergleichsweise wenig geändert. Frauen werden weiterhin benachteiligt.

Doch ohne gesellschaftlichen Wandel der Strukturen und dem Willen, Geschlechtergerechtigkeit als zentrales Entwicklungsziel auf die Agenda zu setzen, wird es auch in den „anderen“ gesellschaftlichen Bereichen an Mut, Kraft und Motivation zur Veränderung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen fehlen. Entwicklungsungerechtigkeit bliebe Entwicklungshemmnis.

Ziel Fünf der SDGs

Die in diesem Jahr verabschiedeten 17 „nachhaltigen Entwicklungsziele der UN“ gelten nun für alle Länder der einen Welt. Im Ziel fünf sind neun Unterziele für Gleichberechtigung und Stärkung der gesellschaftlichen Möglichkeiten von Frauen und Mädchen formuliert

- Das Ende aller Formen von Diskriminierung von Frauen und Mädchen überall
- Ausrottung aller Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowohl im öffentlichen als auch im privaten Raum, unter Einschluss des Frauenhandels und sexueller wie anderer Formen der Ausbeutung.
- Ausrottung aller frauenfeindlichen Praktiken wie die Verheiratung von Kindern und frühe und erzwungene Eheschließungen und die weibliche Genitalverstümmelung
- Beachtung und Achtung des Werts unbezahlter Pflegearbeit und häuslicher Arbeiten durch die Bereitstellung öffentlicher Dienste, von Infrastruktur und sozialem Schutz und die Förderung geteilter Verantwortung im Haushalt und Familie als nationales Erfordernis bzw. Herausforderung. Sicherung der vollen und effektiven Teilhabe und gleiche Möglichkeiten der Erlangung von Führungspositionen auf allen Entscheidungsebenen in Politik, Wirtschaft und öffentlichem Leben.
- Sicherstellung eines universellen Zugangs zu geschlechtsspezifischen Gesundheitsleistungen und

Veranstalter: Farafina e.V.

Gefördert von der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft / Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit
und von Engagement Global (FEB) mit Mitteln des BMZ

Teilnehmer*innen: 17

Eine würdige Abschlussveranstaltung:

Afrikanische Wege zur Geschlechtergerechtigkeit

Das Podiumsgespräch zum Thema „Afrikanische Wege zur Geschlechtergerechtigkeit“ war zugleich die Abschlussveranstaltung des Farafina Jahresprogramms AFRIKA MITTEN IN BERLIN 2015.

Frau Dr. Salua Nour, Politologin, Freie Dozentin an der FU und Frau Dr. Pierrette Herzberger-Fofana, Stadträtin von Erlangen, Preisträgerin des von der African German Network Association e.V.“ (AGNA e.V.) verliehenen Africa Women Award, und die teilnehmende Moderatorin Frau Elizabeth Kaneza, alle drei profilierte Wissenschaftlerinnen, Dr. Herzberger-Fofana sowie Dr. Nour dazu mit Jahrzehnten Afrika-Erfahrung, hatten sich und damit auch dem Publikum eine Menge zu sagen. Über die ganze Zeit sprudelte es förmlich aus ihnen heraus, und eine ergänzte die persönlichen Erfahrungen, Eindrücke, Einschätzungen und Schlussfolgerungen der anderen.

Sowohl Frau Dr. Nour und Frau Dr. Herzberger-Fofana wünschten sich beide ein stärkeres Engagement der afrikanische Diaspora für mehr Ge-

schlechtergerechtigkeit in afrikanischer Politik und Gesellschaft.

Vor allem Frau Dr. Nour kritisierte die bisherigen Bemühungen internationaler Organisationen, insbeson-

dere der UN. Deren Ergebnisse seien mit großen Mängeln behaftet, weil deren Vorgaben (etwa Zahlenverhältnisse zwischen Mädchen und Jungen in Schulen oder des Anteil weiblicher Parlamentsangehöriger) meist allzu abstrakt seien und deshalb auch häufig nur sehr abstrakt erfüllt wurden.



Fortsetzung von Seite 87

der Familienplanung in Übereinstimmung mit dem Aktionsprogramm der Internationalen Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung und der Peking-er Aktionsplattform und den Dokumenten deren Folgekonferenzen

- Reformen, die Frauen das gleiche Recht geben auf die Nutzung wirtschaftlicher Ressourcen und Zugang zu Eigentum von bzw. Kontrolle über Land und andere Eigentumsbereiche, Finanzdienstleistungen, Erbschaften und natürliche Ressourcen, in Übereinstimmung mit nationalem Recht.
- Steigende Möglichkeiten der Nutzung von Technologie, insbesondere von Information- und Kom-

munikationstechnologie für Frauen, die ihre sozialen Möglichkeiten stärken.

- Anwendung und Stärkung einer soliden Politik und durchsetzbarer Rechtsvorschriften zur Förderung von Gendergerechtigkeit und Stärkung gleicher sozialer Möglichkeiten (empowerment) für alle Frauen und Mädchen auf allen Ebenen. Bei dem Podiumsgespräch wird es nicht zuletzt um Beispiele für afrikanische Wege und Beiträge zur Gendergerechtigkeit gehen, die Hoffnung machen.

Bericht

Frau Dr. Herzberger—Fofana kritisierte beispielsweise, dass viele der aufgrund von Gender Entwicklungszielen in einem nationalen Parlament gewählten Frauen aufgrund mangelnder Schulbildung nicht wirklich am politischen Prozess teilhaben könnten. Es müsse mehr auf die konkreten Verhältnisse vor Ort geachtet und Initiativen der Bevölkerung Geltung verschafft werden. Wäre das geschehen, hätte der Schwerpunkt mit Sicherheit zunächst mehr auf lokaler Ebene gelegen und die Frage der Qualifizierung und die Beseitigung anderer Blockaden der Gendergerechtigkeit wie Gewalterfahrungen hätte womöglich einen angemessenen Stellenwert erhalten.

Obwohl es in Afrika tatsächlich zunehmend Frauen in der Politik gäbe, würde die Mehrheit der weiblichen Bevölkerung keine Verbesserung ihrer eigenen Lebenssituation spüren. Das würde auch daran liegen, dass ein Teil der „aufgestiegenen“ Frauen privilegierten Schichten angehörten und dem Leben der Bevölkerungsmehrheit entfremdet seien.

Nach Frau Dr. Nour seien die UN Millennium-Entwicklungsziele gescheitert, weil bereits in der Entwicklung der Strategie die essentiellen Ursachen oft nicht verstanden oder bewusst übersehen werden. Die UN würden dadurch als eine von und für die Industriestaaten geschaffene Sozialabteilung erscheinen. Geschlechtergerechtigkeit könne aber nur auf Grundlage ökonomischer Möglichkeiten gedeihen, die erst geschaffen werden müssten.

Frau Dr. Herzberger-Fofana verwies auf die soziologischen und historischen Hintergründe der mangelnden Repräsentanz von Frauen in der afrikanischen Politik. Diese sieht sie vor allem in den seit Jahrhunderten verfestigten patriarchalischen Strukturen in der afrikanischen Gesellschaft. Traditionell sei man der Mei-

nung, dass eine gebildete Frau eine Plage in Gesellschaft und Eheleben ist. Eine laute Frau, die viel redet, wird als ungezogen wahrgenommen. Während die Männer Geld verdienen, wird die Verantwortung für die Kindeserziehung und den Haushalt seit jeher den Frauen zugesprochen. Diese Tradition, und weitere geschlechterabhängige Rollenverteilungen, würde vielfach auch von der Mehrheit der weiblichen Bevölkerung als die Norm akzeptiert, was häufig auch einen Mangel an Bildungschancen für Frauen anzeigen würde.

Einig war sich die Runde, dass die Ursachen und Aspekte mangelnder Geschlechtergerechtigkeit komplex sind und sich auch stets ändern. Sie müssten daher immer wieder aufs Neue analysiert werden, bevor man in der Lage ist, effektive Maßnahmen zu ergreifen.

Mit der Rede vom „traditionellen“ Verständnis der Geschlechterrollen soll aber nicht gesagt werden, dass Geschlechtergerechtigkeit etwa „unafrikanisch“ sei. Sowohl die ehemaligen Kolonialmächte als auch die heutigen afrikanischen Regierungen hätten wenig Interesse an einer Gleichstellung von Frauen gezeigt.



Vor der Zeit des Kolonialismus z.B. sei die Frau oft höher gestellt als der Mann, weil man meinte, sie verfüge über die Wunder des Lebens. Vor allem durch die Ausbreitung des Islams und des Christentums und durch die Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweisen seien Macht und Ansehen von Frauen, die vorzugsweise häusliche Arbeit verrichteten, wieder zurückgefallen.

hhh



AFRIKA

MITTEN IN BERLIN

ENTWICKLUNGSPOLITISCHER DISKURS IM AFRIKAHAUS

2015

Vorträge • Diskussionsrunden • Filme • Lesungen • Lesekreise • Ausstellungen

Afrika-Haus Berlin, Bochumer Straße 25, 10555 Berlin
www.afrikahaus-berlin.de, afrikahaus@t-online.de
Träger: Verein Farafina e.V. Tel./Fax: 030 – 392 20 10

